

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Centralorgan der Socialdemokratischen Partei Deutschlands.

**Abonnements-Bedingungen:**  
 Abonnements-Preis pränumerando:  
 Vierteljahr 3.20 Mk., monatlich 1.10 Mk.,  
 wöchentlich 28 Pf., frei ins Haus.  
 Einzelne Nummer 5 Pf., Sonntags-  
 Nummer mit illustrierter Sonntags-  
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-  
 abonement: 1.10 Mark pro Monat,  
 eingetragene in der Post-Zeitungs-  
 Preisliste für 1902 unter Nr. 7878.  
 Unter Kreuzband für Deutschland und  
 Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das  
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.  
 Erscheint täglich außer Montags.

**Die Inserations-Gebühren**  
 beträgt für die sechsgelaltene Kolonne  
 jeits oder deren Raum 40 Pf., für  
 politische und gewerkschaftliche Vereins-  
 und Versammlungs-Anzeigen 20 Pf.,  
 „kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pf.,  
 (nur das erste Wort frei). Inserate für  
 die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr  
 nachmittags in der Expedition abgegeben  
 werden. Die Expedition ist an Wochen-  
 tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn-  
 und Festtagen bis 11 Uhr vormittags geöffnet.  
 Telegramm-Adresse:  
 „Socialdemokrat Berlin“

Redaktion: SW. 19, Benth-Strasse 2.  
 Fernsprecher: Amt I. Nr. 1508.

Sonnabend, den 18. Januar 1902.

Expedition: SW. 19, Benth-Strasse 3.  
 Fernsprecher: Amt I. Nr. 5121.

## Die Arbeitslosennot vor dem Reichstage.

Im Reichstage wurde am Freitag die Debatte über die socialdemokratische Kostensinterpellation begonnen. Auf den Tribünen überwiegen die Arbeiter, die gespannt den Verlauf der Debatte verfolgten. Im Saale gähnten die Reihen der leeren Lehrsche, denn die Mehrheit der Wortwucherer bewies durch ihr Verhalten, wie wenig sie sich durch das Massenelend der arbeitslosen Proletarier berührt fühlte. Die Rechte, das Centrum und die Nationalliberalen waren nur durch je eine Handvoll Abgeordneter vertreten, denen man es überdies ansah, wie unbehaglich es ihnen ist, die Schilderung der Not der Arbeitslosen anhören zu müssen. Auch die Bundesratstribüne war verwaist und einsam. Graf Posadowsky in Gesellschaft des preussischen Ministerialdirektors Behrmann aus dem Ministerium der öffentlichen Arbeiten, umgeben von ein paar Geheimräten aus dem Reichsamt des Innern. Ad und zu tauchte noch ein Bundesrats-Bevollmächtigter auf, um bald wieder zu verschwinden.

Unser Interpellation wurde vom Genossen Jubel in längerer, wirksamer Rede begründet. Er erinnerte den Staat an verfallene Pflichten und zeigte, wie der Staat selbst die Arbeitslosigkeit fördert, indem er bei Kanal- und anderen öffentlichen Bauten ausländische Arbeiter verwendet anstatt deutscher, weil sie billiger und wechselfreier sind. Genosse Jubel legte dann einzelne Forderungen dar, durch welche von Reichswegen der Arbeitslosigkeit entgegenzuwirken werden kann. Darunter nannte er als Vorbereitungs-mittel die Arbeitslosenstatistik und die Schöpfung eines Reichs-Arbeitsamtes, sodann die sofortige Einführung eines zehnstündigen Maximalarbeitstages, die Ausdehnung der Arbeiterschutzgesetzgebung, die Einführung einer ausreichenden reichsgesetzlichen Arbeitslosenversicherung. Ferner verlangte er, daß Post-, Eisenbahn- und Militärverwaltung keine Arbeiterentlassungen vorzunehmen, um die Arbeitslosenmassen nicht noch zu vergrößern, sondern daß sie eher Verzierungen der täglichen Arbeitszeit vornehmen, um Arbeitsgelegenheit zu schaffen. Pflicht des Reiches sei es, Mittel und Wege zu finden, wie dem Elend unter den Vertriebenen abgeholfen werden könne.

Die Interpellation wurde von dem Grafen Posadowsky in ebenso langer wie dürftiger Rede beantwortet. Er eröffnete seine Rede mit der Verlesung amtlicher Auskünfte über den Stand des Arbeitsmarktes, die ihm auf Anfragen von einzelnen Staatsregierungen oder Polizeibehörden gegeben worden waren. Sie hatten alle die Tendenz, die Arbeitslosigkeit, da sie sich nicht einfach ablesen läßt, wenigstens so bedeutungslos als möglich hinzustellen. Der bayerische Bericht ging dabei so weit, die geringfügigkeit der Arbeitslosigkeit aus dem Nachlassen des Leihhandverkehrs und dem angeblich guten Verlauf öffentlicher Lokale herzuweisen, eine Schweiseführung, die selbst im Centrum und bei den Nationalliberalen Heiterkeit erregte. Die Reichsbehörden — Post, Eisenbahn, Werkverwaltung — an die sich das Reichsamt des Innern gewandt, beschränkten sich auf die Angaben, daß sie keine Entlassungen vornehmen wollen, dagegen projektierte Arbeiten beschleunigen werden. Daß diese Maßnahmen nicht entfernt genügen, dafür sand der Staatssekretär natürlich kein Wort der Kritik. Ja, er selbst wies denn noch ausdrücklich jeden Gedanken an ein energisches Eingreifen des Reiches von sich; das Reich könne nur vorgehen, um einer aktuellen Not abzuhelfen, alles übrige sei Sache der Gemeinden.

Noch nicht einmal zu einer bloßen regelmäßigen Zählung der Arbeitslosen kann sich Graf Posadowsky entschließen. Er erklärt die Aufgabe für so schwierig, daß sie kaum zu lösen sei.

Selten zeigte sich so die völlige Unfruchtbarkeit und Unthätigkeit der Reichs-Socialreform in großen socialen Fragen, wie in dieser Rede des Ministers für socialen Rückschritt, unter dessen Regiment seit Jahren auf jede größere That verzichtet worden ist. Es stand ihm denn auch recht gut zu Gesicht, als er sich bitterlich beklagte, daß die Socialdemokratie die „große That“ der bureaukratischen Umwandlung der arbeitsstatistischen Kommission nicht sofort mit tönendem Hurra begrüßte.

Wie dahin hatten die Junker den ministeriellen Ausführungen mit gelangweilten Gesichtern zugehört. Als der Agrarierfreund aber nun gegen die „großen Städte“ sprach, die Arbeitslosigkeit aus der Landflucht erklärte, den Arbeitslosen die Rückkehr aufs Land empfahl und bedauerte, daß die Landarbeiter sich unter der Junkerherrschaft nicht mehr wohl fühlen, da wurden endlich die Verfalls-bekundungen der Rechten ausgelöst.

Nach dieser Ministerrede ist endgültig klar, was das Reich in der schwierigen Frage thun wird: Nichts! Den Junkern alles, den Arbeitslosen nichts.

Auf Posadowsky folgte Hise, der Centrumsredner. Herrn Hises Socialpolitik gleicht den Weitschuppen, die reiche Weisheit, mit frommen Sprüchen gefüllt, an die Armen ihres Sprengels verteilen. Dünne wie die Armenuppen steht die Centrums-Socialpolitik, und wie jene nichts nützen, so beseitigt auch diese Socialpolitik des lägerischen Scheins nicht Hunger und Not der Armen.

Zu der Centrums-Socialpolitik ist selbst die Not der Arbeitslosen ein Vorwand zur Verleumdung des Wortwuchers. Herr Hise versüßte sich zu der unsäglichen Junkeridee, daß die industrielle Krise durch die „Stärkung der Landwirtschaft“, durch den Wortwucher geheilt werden solle! Die Herren von den Wucherpartei dankten dem „Socialpolitiker“ des Centrums mit verständnisvollem Beifall.

Abg. Gothein von der freisinnigen Vereinigung erwarb sich zwar durch eine seiner Ausführungen den bedauerlichen Beifall des

Herrn Dertel, hielt aber eine sonst verständige und gute Rede, in der er hauptsächlich das Entstehen der Uebersproduktion und der Krise darlegte. Den Kohlenbaronen, die die Industrie durch ihre Preispolitik in der schamlosesten Weise ausgeplündert haben, sagte er einige mangelnde Wahrheiten und enthielt dabei die Thatsache, daß die Kohlen-Syndikatswucherer sogar versucht haben, den Fiskus zum Beitritt in das Kohlen-Syndikat zu bewegen. Als er zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit die Kanalvorlage empfahl, entandten die Junker höhnische Jurufe. Sie wissen schon: „Gebaut wird er doch — nicht.“ Zutreffend wies Abg. Gothein als Ursache des Darniederliegens aller Geschäfte auf die Unsicherheit hin, die über die Gestaltung der Zoll- und Handelsbeziehungen in der Geschäftswelt besteht.

Nach Gotheins Rede wurde ein Vertagungsantrag angenommen. Die Debatte soll am Sonnabend fortgesetzt werden und wird wohl — wie der Präsident am Schluß der Sitzung bemerkt — noch den Montag in Anspruch nehmen. Die Nationalliberalen schieden als nächsten Redner den westfälischen Stumm, den früheren Bergwerksdirektor Hilke vor, die Agrarier Kanig und Gamp. Auch unsere Partei ist noch mit mehreren Rednern in der Liste verzeichnet, und je mehr das Reich der Arbeitslosennot Linderung verweigert, um so schärfer wird die Socialdemokratie ihre Anklage erheben.

## Zolltarif-Kommission.

Zur Beratung kommt § 5, der in 14 Einzelnummern die Gegenstände nennt, die vom Zoll befreit sind. Die Einzelnummern werden getrennt verhandelt. Nummer 1: Erzeugnisse des Ackerbaues und der Viehzucht von Grundstücken, die über die Zollgrenze hinandliegen, wird debottelos genehmigt. Nummer 2 läßt zollfrei die von deutschen Fischern und Mannschaften deutscher Schiffe gefangenen Fische, Robben, Wal- und andre Seetiere sowie die davon gewonnenen Erzeugnisse. Von der Zollfreiheit ausgeschlossen sind die in fremdländischen Küstengewässern gefangenen Schal- und Krustentiere. Hierzu liegt ein socialdemokratischer Antrag Geyer u. Gen. vor, wonach hinter den Worten „deutscher Schiffe“ eingeschaltet werden soll: „oder von Helgoländer Einwohnern“. **Moskauer und Stadthagen** begründen den Antrag damit, daß die Insel vor dem 1. Januar 1910 nicht in das deutsche Zollgebiet einbezogen werden kann und Schädigungen der Helgoländer Einwohner vermieden werden müssen.

Unterstaatssekretär v. Fischer: Die Begründung des Gesetzes befaßt bereits, was die Antragsteller wünschen.

Stadthagen macht geltend, daß dies dann auch im Gesetz zum Ausdruck kommen müsse.

Der Vorsitzende meint, nach dem vorliegenden Antrage könnten diejenigen Helgoländer Einwohner, die für England optiert hätten, auf englischen Schiffen den Fischfang betreiben, und da die Engländer den deutschen Fischern Konkurrenz machen, würde der Antrag ein Privilegium für diese Optanten sein.

Gothein: Vielleicht ließe sich die Sache durch eine bessere Erläuterung in den Motiven nach den Wünschen der Antragsteller gestalten. Redner beantragt, im ersten Satz des Abs. 2 das Wort „von“ vor Mannschaften einzufügen und den zweiten Satz zu streichen.

Der Antrag Geyer wird zu Gunsten des Antrags Gothein zurückgezogen.

v. Wangenheim (F.) — der erste Konservative, der in der Kommission das Wort nimmt — empfiehlt die Einfügung des Wortes „von“.

So wird einstimmig beschlossen.

Der zweite Antrag Gothein auf Streichung des zweiten Satzes wird gegen die Stimmen der Socialdemokraten und Freisinnigen abgelehnt.

Nr. 3 läßt zollfrei gebrauchte Kleidungsstücke und Wäsche, die nicht zum Verkauf oder zur gewerblichen Verwendung eingehen.

Brömel (fr. Bg.) beantragt, den Absatz 3 dahin zu ändern, daß an Stelle der Worte: „zur gewerblichen Verwendung“ gesetzt wird: „zur Verleihung“. Die jetzige Bestimmung schädigt einzelne Gewerbe.

Unterstaatssekretär v. Fischer und Schatzsekretär v. Thielmann polemisieren gegen den Antrag und verweisen auf die Motive, die ausdrücklich hervorheben, daß in der Einfuhr zur Reinigung und Ausbesserung eine gewerbliche Verwendung nicht zu erliden ist. Dagegen müßten Kleidungsstücke und Wäsche, die als Modell oder für Verleihgeschäfte eingeführt werden, von der Zollfreiheit ausgeschlossen sein.

Dr. Paasche (nl.) befürchtet bei Annahme des Brömel'schen Antrages Mißbräuche. Die Motive könnten allerdings ein übersichtlicheres Bild geben, als sie es thun.

v. Kardorff macht die Regierung darauf aufmerksam, daß gebrauchte Kleidungsstücke bisher aus Ausland zur Papierbereitung zollfrei eingingen.

Singer: Wir haben und bereits gefragt, ob wir nicht einen Antrag einbringen sollen, um die Regierung zu veranlassen, das ganze Material durch Gegenüberstellung übersichtlicher zu machen und uns dadurch die Arbeit zu erleichtern. Nun möchten wir wissen, wodurch die Regierung zu den neuen Bestimmungen gekommen ist, welche Erfahrungen man an den Zollstellen gemacht hat, ob Defraudanten vorgekommen sind und wir Schaden hatten. Darüber hat die Regierung nicht ein Wort geäußert.

Schatzsekretär v. Thielmann sagt eine dreispaltig gedruckte Gegenüberstellung des Materials zu.

Dr. Paasche meint, die Regierung werde schon ihre Gründe für die vorgeschlagene Aenderung gehabt haben. (Zuruf: Ja, die wollen wir eben wissen.)

Unterstaatssekretär v. Fischer: Mißbräuche sind allerdings nicht bekannt geworden.

Stadthagen: Die Bestimmung ist dem alten Tarif von 1870 entnommen. 1870 ist sie dann in den neuen Tarif mit hintergenommen worden, freilich ohne die Worte „zur gewerblichen Verwendung“. Was giebt es für Gründe hierfür?

Dr. Spahn (C.) hält es doch für richtig, die Regierungsvorlage anzunehmen, allerdings sei es zweifelhaft, ob der Ausdruck „Verkauf“ nicht zu eng sei und man nicht sagen sollte „Veräußerung“.

In der Abstimmung wird der Antrag Brömel, statt „zur gewerblichen Verwendung“ „zur Verleihung“ zu sagen, gegen 9 Stimmen — v. Kardorff stimmt mit der Minderheit — abgelehnt.

Nummer 4 lautet: „Zollfrei bleiben: Gebrauchte Gegenstände von Angehörigen zur eignen Benutzung; gebrauchte Maschinen zum Gewerbe- und Landwirtschaftsbetrieb, jedoch nur ausnahmsweise auf besondere Erlaubnis.“

Singer beantragt, die letzten Worte von „jedoch“ an zu streichen. Gerade die Landwirtschaft wird geschädigt, wenn man gebrauchte Maschinen nur ausnahmsweise auf besondere Erlaubnis zollfrei lassen wolle.

Unterstaatssekretär v. Fischer: Auch nach dem bisherigen Recht waren die gebrauchten Maschinen nicht zollfrei. Es sind Mißbräuche vorgekommen und Kautelen müssen geschaffen werden.

v. Wangenheim: Die Einführung gebrauchter Maschinen aus Oesterich und Rußland hat nicht viel zu bedeuten, der Schaden, den Herr Singer befürchtet, wird nicht eintreten.

Der Antrag Geyer und Genossen wird mit 20 gegen 8 Stimmen abgelehnt.

Der zweite Absatz der Nummer 4 läßt zollfrei: „Auf besondere Erlaubnis auch als Ausstattungsgegenstände, Braut- oder Hochzeitsgeschenke eingehende neue Sachen, sofern sie für Ausländer oder länger als 2 Jahre im Auslande wohnhaft gewesene Inländer bestimmt sind, die aus Anlaß der Verheiratung mit einer im Inlande wohnhaften Person ihren Wohnsitz nach dem Inlande verlegen. Von der Zollfreiheit ausgeschlossen sind: Nahrungs- und Genußmittel, unverarbeitungsfähige und Gespinnstwaren, sowie sonstige zur weiteren Verarbeitung bestimmte Erzeugnisse, Rohstoffe aller Art und Tiere.“

Geyer und Genossen beantragen, die Eingangsworte „auf besondere Erlaubnis“ und den zweiten Satz des Absatzes zu streichen.

Singer: Glaubt man denn mit solch kleinen Maßnahmen die Größe des Deutschen Reiches zu stützen? Im Ausland wird man über solche Bestimmungen lächelnd die Achseln zucken. Welche Tiere sollten denn verzollt werden? Tiger und Elefanten, oder auch der Schopfhund und die Hauskatze, die als Brautgut mitgenommen werden.

Graf Kanig will Hochzeitsgeschenke ganz freigelassen wissen, Brautgeschenke aber nicht. Verlobungen könnten zurückgehen.

Brömel (fr. Bg.) wendet sich gegen den Satz des Entwurfs: „oder länger als zwei Jahre im Auslande wohnhaft gewesene Inländer“. Weshalb soll ein Unterschied in der Zeit gemacht und jemand, der drei Jahre draußen gewesen ist, von der Vergünstigung ausgeschlossen bleiben.

Unterstaatssekretär v. Fischer: Es ist hauptsächlich an Dienstboten und Gouvernanten gedacht, die zwei Jahre im Auslande waren. Die monierten Bestimmungen sind dem alten Vereins-Zollgesetz entnommen.

Direktor im Auswärtigen Amt v. Körner: Die Worte „ohne besondere Erlaubnis“ gelten schon seit 50 Jahren. Die Maßregel richtet sich nicht gegen das Ausland; die Fassung ist vielmehr gerade so gewählt, um die Gegenseitigkeit mit dem Auslande herzustellen.

Dr. Spahn (C.): Man soll nicht Dinge nur deshalb aufrecht erhalten, weil sie 50 oder 100 Jahre alt sind. (Zustimmung.) Es fragt sich, ob man die Konstruktion der Vorschrift nicht ändern soll. Staaten, die uns die Vergünstigung nicht gewähren, sollen sie ohne besondere Erlaubnis auch von uns nicht haben.

Gothein beantragt, statt 2 Jahre 6 Jahre zu setzen.

Nach weiterer Debatte werden alle Abänderungsanträge abgelehnt; auch der Antrag Kanig, der die Brautgeschenke nicht frei lassen wollte, fällt mit sieben nationalliberalen und konservativen Stimmen. Der zweite Absatz der Nummer 4 wird angenommen. Der dritte Absatz der Nummer 4 lautet: „Durch Anordnung des Reichszolltarifs kann bestimmt werden, daß für die Angehörigen eines Staates, der Gegenseitigkeit nicht gewährt, die in Nummer 1 und 3 vorgesehene Vergünstigung ganz oder teilweise außer Anwendung bleiben sollen.“

Singer: Eine derartige Maßnahme kann nur unter Mitwirkung des Reichstags erfolgen. Redner beantragt, hinter dem Worte „kann“ mit Genehmigung des Reichstages“ einzuschalten.

Gamp bekämpft den Antrag.

Brömel: Es handelt sich hier um ein Novum, wenn dem Reichszolltarif allein Vollmacht erteilt werden solle. Der Antrag der Socialdemokraten trifft aber die Sache nicht ganz. Hier müsse am besten der ganze Passus gestrichen werden.

Dr. Spahn (C.) will den Absatz wie folgt fassen: „Unter Zustimmung des Bundesrats kann auf Antrag des Reichszolltarifs bestimmt werden.“ Die Mitwirkung des Bundesrats reiche hier aus.

Direktor v. Körner erklärt sich gegen die Anträge Singer und Spahn, da beide die Anordnungen sehr verzögert würden.

In der Abstimmung wird der socialdemokratische Antrag gegen die Stimmen der Socialdemokraten und Freisinnigen abgelehnt und der Antrag Spahn gegen die Stimmen der Socialdemokraten und Freisinnigen angenommen.

Nummer 5 läßt zollfrei: „Gebrauchte Sachen, die etwelch als Erbschaftsgut eingehen, auf besondere Erlaubnis.“

Ein socialdemokratischer Antrag, den Stadthagen begründet, will Nummer 5 streichen, event. wie folgt gestalten: „Gebrauchte Hausgeräte und Effekten, welche erweislich als Erbschaftsgut eingehen.“

Nach kurzer Debatte wird Nummer 5 unter Ablehnung des socialdemokratischen Antrages angenommen.

Der erste Absatz der Nummer 6 läßt Gebrauchsgegenstände aller Art für Reisende zum persönlichen Gebrauch zollfrei; ebenso lebende Tiere reisender Künstler. Er wird unverändert angenommen.

Der zweite Absatz der Nummer 6 läßt zollfrei: 1. Aus dem Ausland zurückkommende gebrauchte Koffer, Reiseetaschen und sonstiges Reisegepäck, wenn kein Zweifel darüber besteht, daß darin Gebrauchsgegenstände von Reisenden in das Ausland gebracht worden sind. Ein Antrag Geher (Soz.) will statt der letzten Worte „wenn kein Zweifel besteht“ bis „worden sind“ sagen „wenn darin Gebrauchsgegenstände von Reisenden in das Ausland gebracht worden sind“. Reichs-Schatzsekretär v. Thiersmann will diesem Antrag Geher nicht widersprechen. Abgeordneter Lurz (C.) spricht sich für die Fassung der Vorlage und gegen den Antrag Geher aus.

Bei der Abstimmung wird der Antrag Geher mit großer Mehrheit angenommen, ebenso der dadurch geänderte ganze Absatz 6.

Nachdem noch der Direktor im Reichsamt des Innern Vermuth unter die Kommissionsmitglieder des Dezemberheft 1901 des „Statistischen Jahrbuch“ verleiht hat, schließt die Sitzung.

Nächste Sitzung Dienstag.

## Politische Uebersicht.

Berlin, den 17. Januar.

### Ein Staat ohne Verantwortlichkeit.

Zum erstenmal hat der preussische Ministerpräsident Graf Bülow einen wirklichen Witz gemacht. Das war bei der Staatsdebatte im preussischen Abgeordnetenhaus. Er hat unsere staatsrechtlichen Verhältnisse dahin charakterisiert, daß niemand für sie die Verantwortung übernehmen könnte. Thatsächlich werde die Politik durch die Krone gemacht, die aber unverantwortlich ist; der leitende Minister sei nicht in der Lage, diese Politik zu verantworten und die pflichtmäßige Rechenschaft für sie abzulegen; das sei ein Eingriff in die Kronrechte!

In der That ein vorzüglicher Witz, ein Witz, der um so hochfester ist, als sich der gute Graf schelmisch auf die — preussische Verfassung berief. Der leitende Minister mag vielleicht den Posten nur oberflächlich kennen, daß er aber die Grundlage der preussischen Verfassung nicht kennen oder nicht verstehen sollte, ist schwerlich anzunehmen. So kam er lediglich einen bösen Sarkasmus beabsichtigt haben, als er unter Berufung auf die preussische Verfassung die wichtigsten Vorgänge der preussischen Politik für — indiskutabel erklärte, weil jede Diskussion einen Eingriff in die Kronrechte bedeute.

Graf Bülow citierte am Donnerstag den Art. 45 der preussischen Verfassung: „Der König ernennt und entläßt die Minister“. Er hat diesmal ausnahmsweise richtig citiert und hat nicht den „großen König Friedrich II.“ mit dem „forsischen Parvenü“ verwechselt, der das Wort vom Grantzbeißer gesprochen. Aber er hat den Sinn dieser Verfassungsbestimmung völlig mißverstanden, wohl um auf diese Weise die heutigen Zustände diplomatisch, aber in aller Schärfe zu charakterisieren. Er leitete nämlich aus dieser Verfassungsbestimmung sein Recht ab, sich über die Ernennung und Entlassung von Ministern nicht verantworten zu brauchen. Er sagte wörtlich:

„Die Entlassung und die Ernennung der Minister ist nach der Verfassung lediglich Sache der Krone, und deshalb bin ich verfassungsmäßig gar nicht in der Lage, auf diesen Teil der Ausführungen des Herrn Abg. Richter näher einzugehen.“

Wir brauchen den satirischen Grafen Bülow nicht zu belehren, daß das grundsätzlich ist. Die Entlassung und die Ernennung von Ministern kann nicht ohne ministerielle Gegenzeichnung geschehen. Vermuthlich hat Graf Bülow die Umgestaltung des Kabinetts im letzten Sommer verantwortlich gegengezeichnet, damit hat er verfassungsmäßig die Verantwortung übernommen und verfassungsmäßig die Pflicht, dem Parlament Rede und Antwort zu stehen. Trotzdem entzieht sich der Minister dieser Pflicht und macht die Angelegenheit zu einer Privatangelegenheit der Krone.

Somit erklärte sich Graf Bülow bereit, selbst für private Aeußerungen des Kaisers die Verantwortung zu übernehmen. Jetzt will er nicht einmal mehr die von ihm gegengezeichneten Handlungen verantworten.

Das Bedenkliche, die Verantwortung in dieser Weise abzulehnen, begreifen wir sehr gut. Und seine Citerung der Verfassung ist zwar formell völlig abjur, aber sie kennzeichnet vorzüglich die thatsächlichen Zustände, zu denen unsere halbabsolutistische Verfassung jetzt geführt hat.

Die aktive Politik ist zum Kronrecht geworden, und da der Monarch unverantwortlich ist, der Minister aber die Verantwortlichkeit mit der wichtigen Begründung ablehnt, das sei ein Eingriff in die Kronrechte, so giebt es in Preußen jetzt niemand, dem die Verantwortung zufällt. Niemand übernimmt die Verantwortung für die Vorgänge in der preussischen Politik.

Formell ungeheuerlich, entspricht dieses Verhältnis materiell durchaus den Dingen, wie sie sich nun einmal entwickelt haben. Graf Bülow braucht sich nicht mehr nach Medlenburg zurückzusehen. Preußen ist medlenburgischer als Medlenburg; es ist ein Staat ohne Verantwortlichkeit, ein unverantwortlicher Staat. Der König macht alles, und das Ministerium sieht sich nicht in der Lage, über die Ausführung der Kronrechte Rede zu stehen!

So wiggelt bissig Graf Bülow.

### Abgeordnetenhaus.

Das Abgeordnetenhaus hat bereits am Freitag die Etatsberatung beendet und den Etat der Budgetkommission überwiesen. In diesem Hause läßt sich eine Debatte höchstens einen Tag auf einer gewissen Höhe erhalten; gerade als wenn Graf Bülows Flucht hinter den Schild der Krone sich nicht ereignet hätte, ergüßten sich die meisten Staatsredner, anstatt die großen Gesichtspunkte zu behandeln, in mehr oder minder wichtigen Einzelfragen. Der Pole Dr. v. Jagzewski klagte nochmals über die Ostmarkenpolitik. Abg. Ehlers (fr. Bg.) hielt es für angebracht, sich über die Verhinderung frischen Obstes zu verbreiten; Herr Kirch vom Centrum jammerte über die zu hohen Gerichtsosten und pries die Toleranz des Centrums. Nur die beiden nationalliberalen Redner v. Ehner und Dr. Friedberg beleuchteten die eigenartige politische Situation, die durch das Fallenlassen der Kanalvorlage herbeigeführt ist, wobei insbesondere der letztere nicht genug die Unterstützung rühmen konnte, die seine Partei der Regierung gewährt. Interessanter als dieser Teil seiner Rede war die staatsrechtliche Belehrung, die er dem Ministerpräsidenten über die Ministerverantwortlichkeit zuteil werden ließ.

Abg. Friedberg führte hierüber mit Recht an:

„Herr Richter fragte, warum ist die Kanalvorlage nicht wieder eingebracht und wann wird sie wieder eingebracht? Darauf antwortete der Ministerpräsident: Warten Sie nur ruhig, Herr Richter, ob eine Vorlage hier eingebracht werden soll, das geht

Sie gar nichts an, das ist Sache der Krone.“ Ich habe noch nie gehört, daß es eine Prerogative der Krone sei, Gesetze einzubringen, sondern das ist ein verantwortungsvoller Akt, der der Gegenzeichnung der Minister bedarf. Die Staatsregierung ist derjenige Faktor, der die Gesetze einbringt, und an dieser sind beteiligt die verfassungsmäßig verantwortlichen Minister, und wenn man einen Minister fragt, warum thun Sie dies oder jenes nicht, so kann der Minister ausweichend antworten, aber er kann sich nicht auf das Prerogativ der Krone beziehen und sich nicht hinter eine unverantwortliche Stelle stellen.“

Graf Bülow war im Hause nicht anwesend, an seiner Stelle suchte Herr v. Rheinbaben die Angriffe auf den Ministerpräsidenten abzuwehren, allerdings ohne sonderlichen Erfolg.

Am Sonntagabend stehen die Interpellationen des Centrums über das Altenbekener Eisenbahnunglück und der Nationalliberalen über den Fall Kuhlentamp auf der Tagesordnung. Bei Besprechung der letzteren soll auch der Fall Wreden bedört werden.

**Die Eröffnung des englischen Parlaments.** Die gestern bereits telegraphisch mitgeteilte Thronrede, mit der das Parlament eröffnet wurde, bot wenig Bemerkenswertes. Daß England nicht geneigt ist, auf Friedensvermittlungsvorschläge einzugehen, unterlag ohnehin keinem Zweifel. So viel bekannt geworden ist, sind derartige Vermittlungsvorschläge von einer unbedeutenden Macht bisher auch gar nicht gemacht worden. Die Thronrede betonte nur von neuem, was von den englischen Regierungsvertretern schon so oft erklärt worden ist, daß der Krieg nur in der bedingungslosen Unterwerfung, in der vollständigen Niederwerfung und Eingliederung der beiden Boeren-Republiken sein Ende finden könne. Bemerkenswert war nur die besonders scharf accentuierte Erklärung der Thronrede, daß die englischen Truppen in Südafrika durch ihre Humanität das höchste Lob verdient hätten, ein Passus, von dem anscheinend zu erraten ist, an welche Adresse er gerichtet ist.

Somit ist an der Thronrede höchstens das beachtenswert, was nicht berührt worden ist: beispielsweise die Wytiles-Affaire, das französisch-italienische Mittelmeer-Abkommen, die Koweit-Frage, die englisch-russischen Konflikte in Ostafrika und dergleichen mehr.

Auch die Adreßdebatte in den beiden Häusern brachte nichts Sensationelles. Begreiflicherweise drehte die Debatte sich im wesentlichen um den südafrikanischen Krieg. Salisbury gab im Oberhaus die bekannte offizielle Darstellung über den Ausbruch des Krieges. Er wiederholte die oft gehörte kindische Behauptung, daß die Boeren „absolut ohne Provokation“ in die Kapkolonie eingedrungen seien und daß es deshalb den Boeren überlassen werden könne, zuerst ein Friedensschluß nachzusuchen. Erst wenn dieser Zeitpunkt eingetreten sei, werde es auch für England an der Zeit sein, seine Friedensbedingungen zu stellen. So lange die Boeren nicht ihre Unterwerfung anböten, thue England gut, so wenig als möglich über die Friedensbedingungen selbst zu sagen.

Rosebery schloß sich darin den Ausführungen des Premier an, daß die „Großmut“ von 1881 nicht wiederholt werden könne — beiläufig eine nette Großmut, zu der sich England nach seiner vernichtenden Niederlage am Majababerge bereit finden ließ. Trotz dieser Erklärung des principiellen Einverständnisses mit der Südafrika-Politik des Kabinetts fand es der Ministerpräsident für angemessen, sich ein wenig an Herrn Chamberlain zu wenden. Zwar — Lord Rosebery versteht sich auf den Eiertanz trotz einem deutschen Reichsfanzler — erklärte er, für den Geist und die Worte von Chamberlains jüngster Rede gegen Bülow nichts als Lob zu haben, trotzdem aber äußerte er „Besorgnisse über die fortwährenden Kontroversen mit Deutschland und andern Mächten, zu denen Chamberlains Dialektik so eigenartig beitrage“.

Der Staatssekretär des Auswärtigen Landes, Dowse entgegnete hierauf, daß er bedauere, daß Rosebery erklärt habe, England werde allgemein in Europa verabscheut. Selbst wenn dies wahr wäre, so sei dies keine Erklärung, wie sie von einem Mann von dem Gewichte Roseberys im Rate der Nation proklamieren sollte. Es sei aber nicht wahr, England genieße zwar sehr große, und ebene Populärität auf dem Festlande infolge des südafrikanischen Krieges; dem das Schauspiel, daß eine große Macht eine schwache Nation bedränge, erwecke stets Teilnahme für die letztere. Er könne aber nicht zugeben, daß Englands Stellung gegenüber den Großmächten eine unbefriedigende und unwürdige sei.

Im Unterhaus wurde zunächst Chamberlain bei seinem Eintritt von den Ministern eine stürmische Ovation bereitet, die erste Antwort auf die Reden des Herrn Bülow. Im Laufe der Debatte beklagte sich Campbell Wannerman über die Unzulänglichkeit der von der Regierung bezüglich des Krieges gegebenen Aufklärungen und verlangte eingehende Mitteilungen über die Anwendung des Kriegrechts. Es sei nicht im Interesse der gedeihlichen Entwicklung Südafrikas, wenn man unerbittlich eine Politik der Gewalt und Eroberung fortsetze; die Hauptfrage sei, die Boeren wissen zu lassen, daß man zu einer Lösung gelangen wolle, die auf gegenseitiger Zustimmung und nicht auf Gewalt beruhe. Dies sei die Politik seiner Partei. Redner protestierte sodann gegen die Einführung von Zwangsmassregeln in Irland. Balfour erwiderte, die Regierung habe keinerlei Nachrichten über den Krieg unterdrückt und die Haltung Campbell Wannermans hinsichtlich des Krieges sei schwer zu verstehen. Die Regierung sei entschlossen, die Boeren zu untersuchen und ihr Land zu annektieren.

Auf eine Anfrage bezüglich der Zwischenfälle am persischen Meerbusen erklärte der Unterstaatssekretär des Außenbüros Lord Cranborne dann noch, die Politik Englands habe in dieser Frage keine Aenderung erfahren. Das Ziel dieser Politik sei der Einfluß Englands im Golf. Da England dort thatsächlich das Handelsmonopol besitze, so sei es infolge eines Zwistes zwischen zwei Schicks geübt gewesen, zur Aufrechterhaltung des status quo eine Flottenmacht dorthin zu entsenden.

Wie man sieht, bewegen sich die Ausführungen sämtlicher Redner in belanglosen Allgemeinheiten und der Aeußerung bekannter Dinge; interessantere Debatten werden vielleicht die nächsten Tage bringen.

## Deutsches Reich.

### Die Posttarif-Kommission

des Reichstags ruht nun einige Tage von ihren schweren Arbeiten aus. Ein eigentümliches Verhängnis hat gewollt, daß ihre erste That in der einstimmigen Annahme eines socialdemokratischen Antrags bestand und ihre letzte ebenfalls. Freitag wurde bekanntlich ein Antrag Geher zum Schluß einstimmig angenommen, der die Zollpladereien für die Reisenden, die mit dem Koffer über die Grenze kommen, etwas erleichtert. Der Vorsitzende, Herr v. Kardorff, machte es allerdings seinen Freunden leicht, für diesen Antrag zu stimmen; er wählte nämlich folgende Formel: „Diejenigen Herren, welche bereit sind, dem socialdemokratischen Abänderungsantrag zuzustimmen, den auch der Herr Schatzsekretär empfohlen hat, ersuche ich, eine Hand zu erheben.“ Und siehe da, man that es.

Graf Ballestrem hatte schon recht, als er am ersten Tage der Beratung der Posttarif-Kommission zu einem Schriftführer, der ihm die merkwürdige Thatfache der einstimmigen Annahme des socialdemokratischen Antrages mitteilte, lächelnd sagte: „Na, da wird ihn wohl die Regierung empfohlen haben.“

**Der Gewährsmann der „Duellrede“.** In Sachen der Potsdamer Aeußerungen des Kaisers über das Duell haben, wie die „Potsdamer Korresp.“ berichtet, in den letzten Tagen gerichtliche Vernehmungen vor dem Amtsgericht in Potsdam stattgefunden. Es ist ermittelt worden, daß der stellvertretende Vorsitzende der Potsdamer Stadtverordnetenversammlung, Geh. Rechnungsrat Steinbach, die angeblichen Duelläußerungen des Kaisers am Dienstag in dem Metzgerischen Restaurant, Schloßstraße 14, in aller Öffentlichkeit erzählt hatte. Von den Herren der damaligen Anwaltschaft wurden namentlich bereits der Vertreter des Wolffschen Telegraphen-Bureaus, Kaufmann Sobiech, ferner der Mechaniker Köpfer, derselbe, welcher die Aufstellung der Instrumente der Pelinger Sternwarte übernommen hat, und der Kassierer der Potsdamer Lebensversicherung, Ohlhardt, gerichtlich über die Steinbach'schen Aeußerungen vernommen. Steinbach, der selber einst als Einjährigter im 1. Garde-Regiment z. F. gedient hat, hat einen Sohn, welcher Reserveoffizier im 1. Garde-Regiment z. F. ist und als Gerichtsassessor bei der Landesverwaltung in Berlin beschäftigt wird.

**Arbeiterfuss-Vorlagen.** Der Bundesrat hat am Donnerstag den bereits vom Grafen Posadowski angekündigten Entwurf über gewerbliche Kinderarbeit dem Ausschuss überwiesen. Den Ausschussanträgen, betreffend den Entwurf von Bestimmungen über die Beschäftigung von Gehilfen und Lehrlingen in Gast- und Schankwirtschaften und betreffend den Entwurf von Bestimmungen über die Beschäftigung von Arbeiterinnen und jugendlichen Arbeitern in Eichenforstwerken und den zur Herstellung von Eichen dienenden Werkstätten mit Motorenbetrieb wurde die Zustimmung erteilt.

**Die Reichstags-Erfahrungswahl im Wahlkreis Breslau-West** ist nunmehr auf den 20. März anberaumt worden.

Es ist erlaucht, daß die Behörde, nachdem sie sich bisher in der Vorbereitung der Wählerliste überaus lange Zeit genommen hat, nun noch den Wahltermin um 2 Monate hinausjögert. Ein solches Verfahren widerspricht gleicherweise dem politischen Anstande wie dem Sinne des Wahlgesetzes.

**Der verfolgte Drechslgraf.** Gegen den Grafen Pückler-Klein-Tschirne ist ein neues Strafverfahren wegen der bekannten Rede eingeleitet worden, die er am 17. November vor 36. in den „Concordia-Sälen“ in Berlin gehalten hat. Graf Pückler sprach damals über seine Beurteilungen in Berlin und Dresden und griff dabei neben den Juden, die er wiederum mit Drechslgrafen auszuweisen empfahl, auch die Behörden auf das festigste an, da sie nach seiner Meinung „wie toll und verächtlich hinter den Juden herliefen“. Die Anklage gegen Graf Pückler richtet sich nicht nur auf ein Vergehen gegen die öffentliche Ordnung, sondern auch auf Verleumdung der Gerichtsbehörden und zwar speciell auf Verleumdung der Richter der 9. Strafkammer des Landgerichts I in Berlin, die seiner Zeit den Grafen zu einer Geldstrafe von 500 M. wegen Aufreizung zu Gewaltthatigkeiten verurteilt haben.

Man sollte den neuesten Luther der Anstimmten doch endlich dem Arzt überlassen, anstatt ihn staatsanwaltschaftlich zu behandeln.

**Wann sind die Konservativen militärisch sachverständig?** Zu der Sitzung der Budgetkommission am Freitag hat der konservative Redner, wie aus dem an anderer Stelle mitgeteilten Bericht hervorgeht, in Bezug auf eine militärische Forderung der Regierung erklärt: wenn die Militärverwaltung etwas für notwendig halte, so sei die Volksvertretung nicht sachverständig genug, um die Verantwortung für die Ablehnung der Forderung übernehmen zu können. Einen ähnlichen Grundsatz habe früher schon Herr v. Beyerow einmal aufgestellt.

Die Herren Konservativen vergessen nur, daß inzwischen die Kanalvorlage erörtert worden ist. Auch dieser Entwurf wurde von den militärischen Sachverständigen aus Gründen der Vaterlandsverteidigung für absolut notwendig erklärt, democh haben die Konservativen keinen Augenblick sich besonnen, in dieser militärischen Frage sich für sachverständig zu erklären und die Gründe der Militärverwaltung als nicht gerechtfertigt zu bezeichnen. Oder haben die Herren den Kanal etwa abgelehnt, obwohl sie sich bewußt waren, die militärische Bedeutung des Kanals nicht beurteilen zu können? Dann hätten sie doch den Gipfel freiwilliger Vaterlandslosigkeit erreicht. Oder sind die Konservativen im Abgeordnetenhaus so erleuchtet, militärische Fragen richtig beurteilen zu können, während sie im Reichstag zu dummt und unwissend sind?

**Der Landrat und Gendarmereibefehlshaber als Duellant.** Zu der neuesten Duellaffaire wird noch von der „Tägl. Rundschau“ gemeldet:

Der Zweikampf v. Wennigsen-Falkenhagen fand am Donnerstagvormittag 10 Uhr im Gehölz unweit des kaiserlichen Jagdschloßes Sponpark bei Springe statt. v. Wennigsen ist seit ungefähr 8 Jahren Landrat des Kreises Springe. Da er als solcher Befehlshaber der Gendarmen des Kreises ist, so waren die Gendarmen nicht zur Stelle, zumal die Angelegenheit sehr geheim gehalten wurde. v. Wennigsen, ein Sohn des Oberpräsidenten a. D. und früherer nationalliberaler Führer Rudolf v. Wennigsen, ist verheiratet. Dem Zweikampf wohnte der ältere Bruder des Herrn v. Wennigsen, der Landeshauptmann von Neu-Gümmen, bel. v. Wennigsen erhielt bei dem ersten Angelwechsel einen Schlag in den Unterleib, der ihn kampfunfähig machte. Unser Berichterstatter in Hannover schreibt uns, daß die Verwundung schwerer und der Zustand v. Wennigsen's bedenklich sei. Wennigsen's Gegner stellte sich nach dem Zweikampf sofort der Behörde in Hameln.

Ueber die Ursache des Duells weiß ein Blatt mitzutellen:

„In Springe war es seit langer Zeit offenes Geheimnis, daß zwischen dem Domänenpächter, dessen Wohnhaus nur durch einen Hof von dem Hause des Landrats getrennt ist, und der Frau v. Wennigsen intime Beziehungen bestanden. Da die Gerüchte über das Verhältnis der Frau v. W. zu Falkenhagen immer bestimmter auftraten, beschloß man in dem Klub, welchen die Honoratioren von Springe angehören, die Sache dem Landrat zu unterbreiten. Dies soll am Montag geschehen sein. Am Sonntag hatte Herr v. W. mit seiner Gemahlin noch verschiedene Besuche gemacht. Am Montag soll sie nach Hannover gefahren sein und, wie man in Springe erzählt, von dort in Begleitung Falkenhagens am Abend nach Springe zurückgekehrt sein. Dienstagvormittag verließ Frau v. Wennigsen auf Befehl ihres Mannes das Haus, um, wie man sagt, zu einer Schwester nach Leipzig zu fahren. Einer Auseinandersetzung zwischen Herrn v. Wennigsen und Falkenhagen folgte noch am gleichen Tage die Forderung.“

**Abnehmer für die China-Deufmünze gesucht.** Wie aus Eberfeld gemeldet wird, ist die Zahl der nicht an den Mann gebrachten China-Deufmünzen eine so große, daß das dortige Bezirkskommando sich veranlaßt gefühlt hat, einen Wettbewerb zu erlassen, sich zur Entgegennahme der wenig begehrten Deufmünzen auf dem Bezirkskommando einzufinden. Eine so geringe Nachfrage nach der China-Deufmünze dürfte noch nicht dagewesen sein! Auch ein Beweis für die Begeisterung für den heiligen Kreuzzug! —

### Ein gerammtes Torpedoboot.

Am Donnerstag fand zwischen Swinemünde und Danzig bei den Torpedoboot-Übungen eine Kollision zwischen dem Boot „B 89“ und dem Torpedoboot „S 8“ statt. Infolge starken Nordweststurms wurde das Boot „E 89“ von dem Torpedoboot

durchschlagen und mußte auf der Höhe von Jernhöft sich selbst überlassen werden. Das Boot „S“ traf am Freitag vormittag in Swinemünde ein und ging nach Einnahme von Kohlen sofort wieder in See, um das andre Boot zu suchen und einzuholen. Inzwischen ist aber bereits in Stettin die Nachricht eingegangen, daß es dem angerauten Boote gelungen ist, den Hafen von Kolberg zu erreichen.

**Die Griesheimer Explosion.** Die am 25. April v. J. in der Pikrinäure-Abteilung der chemischen Fabrik zu Griesheim erfolgte und 23 Personen das Leben kostete, sowie eine große Anzahl Arbeiter und sonstige Angestellte der Fabrik schwer verlegte, war am 7. Mai v. J. von unserer Fraktion zum Gegenstande einer Interpellation gemacht worden, bei deren Besprechung mit Genossen Hoch und Wurm es scharf todelte, daß bei der Fabrikation eines so gefährlichen Stoffes wie Pikrinäure nicht genügend Sicherheitsmaßregeln getroffen worden wären. Demgegenüber erklärte Graf Poldowski, daß die Fabrikation von Pikrinäure keineswegs zu den gefährlichen Arbeiten gehöre, auf welche die Vorschriften des Sprengstoff-Gesetzes in Anwendung zu kommen hätten. Wurm machte hiergegen darauf aufmerksam, daß Pikrinäure zwar bei langsamer Erhitzung ohne Explosion verdampfe, bei rascher Erhitzung aber 300 Grad Celsius aber explodiere.

In der 8. Hauptversammlung des Vereines deutscher Revisionsingenieure, die Anfang September v. J. stattgefunden hat, ist nun, laut einem Bericht in der „Jahresnummer des Gewerblich-technischen Ratgebers“ vom Geheimen Regierungsrat Prof. Konrad Hartmann, Senatspräsident des Reichs-Versicherungsamts, über das Griesheimer Unglück ein Gutachten abgegeben worden, das den von unsren Genossen Hoch und Wurm im Reichstage geführten Anschuldigungen vollkommen entspricht. Prof. Hartmann war zufällig Augenzeuge der Explosion gewesen. Vor Prof. Hartmann sprach in jener Hauptversammlung ein Herr G. Braune über die Explosion, äußerte sich ganz im Sinne des Grafen Poldowski abfällig über die Interpellation und meinte: In Beanstandungen der Anlage und des Betriebes der Pikrinäure-Abteilung hätte keine Veranlassung vorgelegen, es habe sich um die Explosion eines Stoffes gehandelt, welcher nach allen Erfahrungen weder leicht entzündlich, noch gar unter normalen Verhältnissen explosiv sei. Auch die Fabrikation sei davon überzeugt gewesen, daß die Pikrinäure richtig veredelt und nicht explodiere, welchem Irrtum der Chemiker der Werke, Doktor D. Jolobi auch zum Opfer fiel.

Prof. Hartmann erklärte hierauf: „Er könne an die Ungefährlichkeit der Pikrinäure, wie sie in dem Vortrage des Herrn Braune nach dem Vorgange des Herrn Jolobi angenommen werde, nicht glauben. Auch die Fachmänner seien wohl anderer Ansicht geworden, denn zur Zeit werden durch eine Kommission der Berufsvereine der chemischen Industrie Vorschriften über die Fabrikation und Verwendung der Pikrinäure aufgestellt. — Daß man in Griesheim auf die allerdings weit unterschätzte Gefährlichkeit der Pikrinäure-Fabrikation nicht Rücksicht genommen habe, gebe daraus hervor, daß die hierfür bestimmten Arbeitsräume inmitten anderer Werkstätten und Lagerräume gelegen waren. Auch für Feuerlösch-Einrichtungen sei wohl nicht genügend gesorgt gewesen. In derartigen Betrieben müßten auch den Arbeitern bestimmte Verhaltensmaßregeln für den Fall eines Brandes gegeben werden. Er müsse aus den Griesheimer Vorgängen der zuständigen Berufsvereine empfehlen, ihr Augenmerk auch darauf zu richten, daß neben oder in nächster Nähe von Räumen, in welchen derartig gefährliche Fabrikationen vorgenommen werden, nicht auch noch große Mengen feuergefährlicher Stoffe gelagert werden. So z. B. lagerten in Griesheim in unmittelbarer Nähe der Räume für Pikrinäure-Verarbeitung 1 Million Nitroglycerin. (H) Wenn diese Flüssigkeit in Brand geraten wäre, so würde nach der eigenen Angabe des Direktors der Griesheimer Fabrik nicht nur die ganze Fabrik, sondern auch der Ort Griesheim zerstört worden sein. Alles dies müßte zu der Erwägung führen, ob nicht bessere Vorsichtsmaßregeln hätten getroffen werden können, ob die Feuerlösch-Einrichtungen, sowie die Verhaltensmaßregeln für die Arbeiter nicht der Verbesserung bedürftig seien. Er habe es für seine Pflicht gehalten, auf alle diese Umstände hinzuweisen, um zur weiteren Prüfung der Verhältnisse anzuregen, da durch die Mitteilungen des Herrn Braune leicht eine zu optimistische Auffassung der Angelegenheit veranlaßt werden könne.

Damit sind die Anschuldigungen, die unsere Genossen im Reichstage gegen die Griesheimer Fabrikation, den Gewerkeausführungsbeamten des Bezirks und die zuständige Berufsvereinskommission erhoben, in allen Punkten durch die größte Autorität auf diesem Gebiete bestätigt.

## Ausland.

### Schweiz.

**Wissenschaft, sociales Mitgefühl und Geldsack.** Aus Zürich wird uns geschrieben: Der Große Stadtrat von Zürich verhandelte am Sonntag über den bereits erwähnten, vom Stadtrat verlangten Kredit von 84 000 Fr. zur Unterstützung bedürftiger Kinder. Der Kommissionsreferent war der liberale Kapitalist und Unternehmer Oberstlieutenant Schueebell. Er führte aus, daß man gegen den verlangten Kredit selbst nicht sei, wohl aber gegen das Bestreben, einmal in der Woche jedem Kinde für 10 Cts. Wurst oder Fleisch zu verabfolgen, da aus der Wurst natürlich später ein Brot (Schredli) hervorgehen würde. Die Sozialdemokraten Dr. med. Brugbacher, Pfarrer Pfleger, Oberrichter Lang und Stadtrat Dr. Crismann negieren mit Entschiedenheit diese kapitalistische Gefühlslosigkeit, die auf Steine an Stelle des Herzens schießen läßt, gebührend fest, wobei namentlich Lang das Verschämende und Traurige einer solchen Debatte betonte. Dr. Crismann wies auf Grund vorgenommener wissenschaftlicher Untersuchungen das Unzulängliche der bloßen Suppe als Nahrungsmittel für die Säuglinge nach, so daß noch etwas, namentlich Fleisch, ergänzend hinzutreten müsse. Pfarrer Pfleger erinnerte daran, daß man auch an die Beschuhung der Kinder denken müsse. Ferner teilte er mit, daß ein höherer städtischer Beamter (Armensekretär Ottiler) erklärt habe, daß ein erwachsener Arbeiterlohn mit 40 Cts., ein Kind mit 20 Cts. für Ernährung den ganzen Tag auskommen könne! Pfleger machte sofort, nachdem er die Ottilerschen Speiserezepte sich verschafft, einen Versuch mit seinen Kindern, die sich aber bald über das Ungenügende dieser Ernährung beklagten. Dieser für sein Amt offenbar gänzlich unangemessene Armensekretär Ottiler scheint das verhältnismäßig hohe „Häusliche Glück“ mit Nutzen geleistet zu haben. — Die 84 000 Fr. wurden schließlich bewilligt.

### Frankreich.

**Doppelskandaturen bei den Parlamentswahlen** sind in Frankreich bisher nicht gestattet; jeder Kandidat darf nur in einem Wahlkreis kandidieren. Die Wahlrechtskommission der Kammer hat aber jetzt mehrere Anträge ausgearbeitet, die eine Modifikation des Wahlgesetzes vom 17. Juli 1850 herbeiführen sollen. Danach soll es gestattet sein, daß ein Kandidat in zwei verschiedenen Wahlkreisen aufgestellt wird.

### Niederlande.

**Der Allgemeine Bund der niederländischen Marinematrosen** hielt am 12. Januar zu Weiden seinen Jahreskongress ab. Der Bund hat im verfloffenen Jahre erhebliche Fortschritte gemacht. Die Mitgliederzahl ist von 1100 auf 1598 gestiegen, von denen sich zur Zeit 847 im Auslande, und 689 im Inlande befinden. Für die Witwen und Waisen der dem niederländischen indischen Armeemarine getöteten Mitglieder wurden 1400 Gulden an freiwilligen Beiträgen aufgebracht. Im Jahresbericht wurde auch der Angriff geachtet, die kürzlich in der zweiten Kammer gegen den Bund gerichtet worden sind und dabei scharf hervorgehoben, daß, wenn der Staat wolle, daß seine Diener in der Stunde der Gefahr für

ihn kämpfen sollten, er diesen Dienern zum mindesten auch das Recht zugehen müsse, diesen sich andre zu erwehren, das heißt: das Koalitionsrecht. Aus den Verhandlungen ging übrigens hervor, daß die bewußt-socialistische Stimmung, aus der man in der Kammerstimmung dem Bund einen Strich drehen wollte, nicht die herrschende ist, wenn auch der Bund auf modern-gewerkschaftlichem Boden steht und, wie ein Beschluß, sich dem Landeskomitee für allgemeines Wohlfahrt und ähnlichen Komitees anzuschließen, zeigte, auch die politische Aktion zu würdigen weiß. — Das bisher monatlich erscheinende Verbandsorgan „Het Anker“ soll in Zukunft wöchentlich herausgegeben werden, doch wird hierüber erst endgültig eine Abstimmung entscheiden.

## England.

**Zur Wahl in Dewsbury.** Mit der Kandidatur Auzels von der socialdemokratischen Föderation scheinen sich nunmehr auch die übrigen socialistischen Fraktionen abzufinden. Die „J. L. P. News“ enthält eine Reihe Resolutionen von Zweigvereinen der „Unabhängigen Arbeiterpartei“, in welchen dieselben sich mit der Kandidatur auseinandersetzen, die Zerwürfnisse der beiden Wählerparteien bedauern und energische Unterstützung der Kandidatur versichern.

**Der Prozeß gegen Dr. Krause,** welcher beschuldigt ist, zur Ermordung des englischen Advokaten Foster aufgereizt zu haben, hat am Freitag vor dem Central-Kriminalgerichtshof in Old Bailey begonnen, an den Krause vom Polizeigericht verwiesen worden war. Dr. Krause erklärte, er sei unschuld. Der General-Staatsanwalt Carson begann mit der Vorlesung der Einzelheiten des Thatbestandes, insofern derselbe bereits vor dem Polizeigericht durch Zeugenausagen belegt wurde.

## Parlamentarisches.

### Die Budget-Kommission des Reichstages

Am Freitag die Beratung des Militäretats fort. General v. Einem wies zur Begründung der Forderung einer Vermehrung der Infanterie um 10 Compagnien auf die Erfahrungen des russisch-türkischen Feldzuges, speziell vor Plewna hin, wo der Mangel an schwerer Infanterie sich bitter gerächt habe. Die Infanterie sei zu einem wesentlichen Bestandteil jedes Heeres geworden. Die Vermehrung erfolge lediglich mit Rücksicht auf unser Heer und unsere bereits fertig gestellten Festungen, ohne Rücksicht auf den Infanterie-Bestand der Nachbarstaaten im Osten und Westen.

Abg. Müller-Sagan (freil. Sp.) beantragt Ablehnung der Forderung, weil sie sich an Momente lehne, die schon 1877 bei Plewna maßgebend gewesen seien. Die Forderung hätte demnach bereits in die Disposition des letzten Finanzgesetzes aufgenommen werden können. Da dies nicht geschehen sei, dürfe die Forderung nicht als dringlich gelten und brauche daher nicht in dem jetzigen unglücklichen Finanzjahre bewilligt zu werden.

Kriegsminister Goltz hat diese Auffassung durch vertrauliche Mitteilungen zu erläutern. Im Rahmen des Gesetzes zu bleiben, sei kein neues Parlament gefordert worden, sondern nur neue Compagnien.

Abg. Müller-Sagan (C.) erkennt zwar die Forderung als grundsätzlich berechtigt an, wünscht aber die Frage der Civilhandwerker endgültig klargestellt zu sehen, ehe er einer Vermehrung der Infanterie zustimmen könne.

Kriegsminister v. Goltz erklärt im Gegensatz zum Vorredner, daß sich die Civilhandwerker bewähren hätten. Durch Vermehrung der Zahl der Civilhandwerker würden die Mannschaften aus der Zahl der Delonomehandwerker frei, welche zur Vermehrung der Infanterie nötig seien.

Abg. Vogel tritt für den Kriegsminister, der immer so thue, als ob das Vaterland in Gefahr sei, wenn eine seiner Forderungen abgelehnt würde. Der Kaiser habe ja doch in Hamburg und Danzig erklärt, daß der Friede auf Jahre hinaus gesichert sei. Weder Deutschland noch Frankreich können einen Krieg wollen.

Kriegsminister v. Goltz erwidert es für geboten, ohne Rücksicht auf die gegenwärtige politische Konstellation nach allen Richtungen Hinzusehen für den Kriegsfall zu treffen.

Abg. Liebermann v. Sonnenberg spielt sich als militärischer Sachverständiger auf und verlangt als solcher Verteidigungsmaßregeln für den denkbar unglücklichsten Fall.

Abg. Büsing (natl.) und Bürg zu Jann und Rupphausen (L.) meinen, wenn die Militärverwaltung erklärt, eine Vermehrung der Infanterie sei notwendig, so könne die Volksvertretung unmöglich die Verantwortung auf sich laden, die Forderung abzulehnen.

Referent Abg. Speck (C.) will die Mittel für den Ersatz der Delonomehandwerker durch Civilhandwerker nur für das VI. Corps und dementsprechend auch höchstens 5 Infanterie-Compagnien bewilligen, in jedem Falle die zwei neuen Stabsoffiziersstellen für Infanterie freistellen.

Kriegsminister v. Goltz will wenigstens 6 Compagnien und 2 Stabsoffiziere haben.

Abg. Speck ist bereit auch 6 Compagnien zu bewilligen.

Abg. Wachen erklärt die Forderung für so gut und so schlecht begründet, wie jede andre militärische Forderung. Redner fragt weiter, in welchem Tempo neue Compagnien für vorhandene und noch geplante Festungen gefordert werden würden.

Kriegsminister v. Goltz erwidert, diese Frage könne nur im neuen Militärgesetz nach Ablauf des Duinquennats erledigt werden. Eine Sicherheit gegen rasche Vermehrung der Infanterie könne kein Kriegsminister bieten. Er müsse unbedingt an der Forderung von zehn Compagnien festhalten.

Abg. Dr. Müller-Sagan weist darauf hin, daß sich erst zehn Minuten vorher der Kriegsminister mit sechs Compagnien begnügen wollte, jetzt erkläre er zehn Compagnien für unbedingt notwendig. Redner will gegen die ganze Forderung stimmen.

Abg. Stockmann (Sp.), Graf Oriola (natl.) und Freie (freil. Sp.) plädieren aus politischen und militärischen Gründen für die Bewilligung von zehn Compagnien.

Die letzten Redner berühren wieder die Frage der Delonomehandwerker und stellen fest, daß Ersatz durch Civilhandwerker nicht sowohl aus Sparaussehungsgründen verlangt werde, als vielmehr im Hinblick auf die Auktorität, die den Civilhandwerkern von Delonomehandwerkern gemacht werde.

Der Kriegsminister verteidigt die Forderung der zwei neuen Stabsoffiziere mit allgemein dienstlichen Erwägungen. Er verleihe Befehl, nicht Tadel, daß er im Rahmen der Präsenz des Gesetzes die Reorganisation ermöglicht habe.

Abg. Speck (C.) will jetzt einen Stabsoffizier bewilligen.

In der Abstimmung wird die Forderung 10 Compagnien mit 12 Stimmen des Centrums, der Freisinnigen Volkspartei und der Socialdemokraten gegen 11 Stimmen abgelehnt, dagegen 6 Compagnien mit 12 gegen 10 Stimmen bewilligt. Mit einer Stimme Mehrheit werden drei neue Stabsoffiziere für die Infanterie bewilligt gegen die Stimmen des Centrums, der Freisinnigen und der Socialdemokraten. Abg. S. J. u. L. (C.) stimmt mit der Mehrheit.

Annahme finden die 7 Maschinen-Gewehrabteilungen, worüber die Abstimmung Donnerstag angesetzt war. Die Forderung betr. die Umwandlung der Velleidungsabteilungen (Einführung des Civilhandwerker-Betriebs) wird für das VI. Armeecorps genehmigt, für das VII. Armeecorps und das Gardecorps abgelehnt. — Nächste Sitzung: Dienstag.

**Die Geschäftsbordnungs-Kommission des Reichstages** hat den dem Reichstage von gerichtlicher Seite unterbreiteten Antrag, die Genehmigung zur Vorlesung des Abg. Conrad Hausmann (libd. Sp.) als Zeugen zu erteilen, abgelehnt.

**Abgeordnetenhand.** Die Gesetzentwürfe, betreffend die Dotationen der Provinzen, sowie betreffend die Heranziehung zu Kreisabgaben sind Freitag in später Abendstunde ausgeben worden.

**Provinzialdotationen.** Der Gesetzentwurf, betreffend die Ueberweisung weiterer Dotationen an die Provinzialverwaltungen, der dem Landtage soeben zugegangen ist, verfolgt, wie die „Berliner Korr.“ anführt, mit der Verstärkung der den Provinzialverbänden zustehenden Staatsrenten um den Jahresbetrag von zehn Millionen Mark ein doppeltes Ziel.

Einerseits will er die Provinzen in die Lage bringen, leistungsfähige Kreise und Gemeinden auf den Gebieten des Armen- und Wohlfahrtswesens in ausgiebiger Weise als bisher zu unterstützen, und dadurch einen übermäßigen kommunalen Steuerdruck verhüten. Andererseits will der Gesetzentwurf die Provinzen auf dem Gebiet des Neubaus und der Unterhaltung von Chauffeeen entlasten und hierbei die Nachteile ausgleichen, welche für die Provinzen Ost- und Westpreußen, Brandenburg, Pommern, Posen und Schlesien sich daraus ergeben haben, daß im Jahre 1876 bei Verfassung der für die Uebernahme der Chauffee-Unterhaltung den Provinzen gewählten Dotationsrenten die Streckenlänge der Chauffeeen zu Grunde gelegt worden ist, ohne daß zu Gunsten der genannten Provinzen, welche damals in der Ausstattung mit Chauffeeen hinter den andern Landesteilen zurückgeblieben waren, ein entsprechender Ausgleich erfolgte.

## Der Boeren-Krieg.

### Ein Boeren-Erfolg

Aus Maseling wird gemeldet: Boeren unter Kemp und Colliers machten in letzter Woche einen kombinierten Vorstoß, indem sie die Bahnhöfe von Osten nach Westen überschritten. Ein Kontingent traf in Willowdam, wenige Meilen westlich von Maseling ein und überraschte die dort stehende englische Besatzung. Es folgte ein Gefecht. Ein andres Kontingent zog bis fünf Meilen vor Janmaribastadt, nahm daselbst Vieh weg und verbrannte die Wagen, die ihm in die Hände fielen. Andre Boerenabteilungen griffen die Besatzungen von Maritzam und Kraaipan an. Die Engländer brachten einen Panzerzug ins Gefecht. Es wurden drei gefallene Boeren aufgefunden; einer wurde gefangen genommen. Einige Stück Vieh wurden den Boeren wieder abgenommen, aber man nimmt an, daß der Feind mit 1000 Stück Vieh entkommen ist. Die Hauptmasse der Boeren ist am 10. Januar über die Bahnhöfe zurückgegangen. Die bei Janmaribastadt in Aktion getretene Abteilung steht noch westlich der Linie.

### Die Konzentrationlager.

Ein am Freitag veröffentlichtes Plaubuch enthält noch eine Depesche Richters vom 20. Dezember v. J. in welchem dieser meldet, er habe Votha mitgeteilt, er werde die Farmen und die Familien der im Felde stehenden Boeren unbedenklich lassen, wenn Votha sich bereit erkläre, die Familien der Boeren, welche sich ergeben hätten, zu schonen. Votha habe dies energisch abgelehnt. Richters weist die Aufschuldigung, daß G. van der Merwe vorgelommen sei, mit Entrüstung zurück. Ferner giebt das Plaubuch eine Statistik für den Dezember, der zu Folge in den Konzentrationslagern sich 117 017 weiße Insassen befanden; 2380 Personen, darunter 1767 Kinder, sind in den Lagern im Monat Dezember gestorben.

## Partei-Nachrichten.

**Gemeindevahlen.** Bei der Wahl in Zeij erhielt unser Kandidat 442 Stimmen, während zwei Gegner je 253 und 224 Stimmen erhielten. Es ist also Stichwahl erforderlich.

**Bei der Erstwahl der Wahlmänner im Landtags-Wahlkreis Soraan-Porti-Guben** wurden von den in Porti aufgestellten 12 Parteikandidaten dreier Klasse 8 und von den aufgestellten 6 zweiter Klasse einer gewählt. Die Wahlbeteiligung war lächerlich gering. Die größte Anzahl der in einem Bezirk abgegebenen Stimmen dritter Klasse betrug 19; in 3 Bezirken wurden nur je 5 Stimmen abgegeben. Im ganzen wurden in der dritten Klasse in 10 Bezirken 63 socialdemokratische und 46 Kartellstimmen, in der zweiten Klasse in 5 Bezirken 12 socialdemokratische und 14 Kartellstimmen abgegeben.

### Politikalisches, Gerichtliches usw.

— **Durch ein Hagblatt** soll der Genosse Jäckel in Grimnitzschan einen Fabrikanten beleidigt haben. Er wurde dafür zu zwei Wochen Gefängnis verurteilt.

## Aus Industrie und Handel.

**Der Außenhandel Deutschlands im Jahre 1901** spiegelt in den nunmehr veröffentlichten Ergebnissen den starken Niedergang der Industrie wieder, der besonders in der erheblichen Mindereinfuhr von Rohmaterialien zum Ausdruck kommt. Die Gesamteinfuhr im Jahre 1901 betrug in Tonnen: 44 804 857 gegen 45 911 799 und 44 652 288 in den beiden Vorjahren, daher weniger 1 056 942 und 847 431. Eine besonders starke Einfuhrsteigerung zeigt sich nur bei Getreide und andern Landbau-Erzeugnissen mit 713 820 Tonnen mehr. Mehr noch als diese Zunahme ausmacht, ist die Einfuhr von Weizen gegen das Vorjahr gestiegen; sie hat mit 2 134 200 Tonnen die Vorjahreseinfuhr um 840 336 Tonnen überholt. Bis zuvor war die Einfuhr von Weizen auch nur annähernd so bedeutend wie im Jahre 1901. Auch die Getreide- und Roggenseinfuhr zeigt eine Zunahme, während weniger Roggen, Hafer, Weiz, Malz z. einging. Wesentlich ist die Steigerung nur noch bei Droguen, Oel und Fetten, Rohstoffen, Materialwaren und Papier. Die Rohstoffeinfuhr hat den bedeutendsten Anstieg mit 1 064 244 Tonnen. Eisen einen solchen von 352 445. Holz eine Abnahme von 545 974 Tonnen zu verzeichnen. Steine, Erden, Erze, Thonwaren, Instrumente, Maschinen, Kupfer, Blei erfahren eine geringere Einfuhrabnahme.

Gesamteinfuhr im Jahre 1901 betrug in Tonnen: 32 303 495 gegen 32 681 747 und 30 403 226 in den Vorjahren, daher gegen 1900 weniger 818 252, dagegen gegen 1800 mehr 1 900 268. Unter den 16 Postartikeln, die eine Ausfuhrsteigerung gegen das Vorjahr aufweisen, steht Eisen mit einem Mehr von 708 893 Tonnen obenan. Die Steigerung ist eine Folge der Synthesispositivität, die durch niedere Preise den Auslandsmarkt eroberten, allerdings auf Kosten des Inlandsmarktes, der seinen Bedarf zu höheren Preisen decken mußte. Ein Mehr von 59 060 Tonnen erzielten Materialwaren, während Rohgüter, Roggennmehl, Weizenmehl, Reis teilweise recht bedeutende Anstöße brachten, erstere deshalb, weil die Vereinigten Staaten von Amerika nur 113 541 gegen 313 198 Tonnen im Vorjahr, also rund 200 000 weniger bezogen, Droguen zc. (+ 55 320). Erden, Erze liehen um 727 154, Kohlen um 100 409, Getreide um 93 021, Steine um 78 735, Thonwaren um 64 442, Papier um 29 375, Abfälle um 20 440 Tonnen nach. Baumwolle, Flach, Hanf, Kleider, Leinwand, Seide zeigen eine geringere Ausfuhr, Wolle dagegen brachte eine Besserung durch Zunahme der Ausfuhr gegen das Vorjahr.

**Rasseler Erdbeertrocknung.** Die Verhandlung der Strafkammer des Landgerichts Rassel gegen die Ausschüßsäde der Aktiengesellschaft für Erdbeertrocknung ist auf den 3. Februar anberaumt und wird voranständig fünf Tage währen.

**In den Prozessen der Hochöfenwerke** gegen die Walzwerke wegen Abnahme der gekauften Rohreifmengen haben erstere, wie die „Niederrhein. Ztg.“ meldet, auch am Landgericht in Düsseldorf ein obliegendes Urteil erstritten. Die Walzwerke wurden zur Abnahme der gekauften Mengen und zur Uebernahme der Kosten verurteilt. Die abgeschlossenen Verträge wurden für rechtskräftig erklärt.

**Außenhandel Frankreichs.** Nach der amtlichen Statistik betrug im Jahre 1901 der Wert der Einfuhr 4 714 548 000 Frank, gegen 4 697 892 000 Frank im Vorjahre, der Wert der Ausfuhr 4 166 165 000 Frank, gegen 4 108 694 000 Frank.

# Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Die freie Vereinigung der Asphaltreue eröffnete für den Westen eine Zahlstelle bei Bradtke, Königin-Augustastr. 24. In derselben laßt sich jeden Sonnabendabend von 6-8 Uhr Kollege Otto Hübnert.

## Deutsches Reich.

**Ueber Krise und Arbeiterorganisationen** berichtet Dr. Jastrow in seiner „Arbeitsmarkt-Korrespondenz“: Bisher hat jeder plötzliche und starke Rückgang der geschäftlichen Konjunktur den Mitgliederbestand der Arbeiterorganisationen stark gelichtet. Es darf sogar als ein bemerkenswertes Zeichen der inneren Festigkeit der Organisationen angesehen werden, daß bei dem diesmaligen Rückschlag der bisher übliche Mitgliederabfall im großen und ganzen ausgeblieben ist. Bei dem an die gewerkschaftliche Zentralorganisation angeschlossenen Verband der Bergarbeiter hat die Mitgliederzahl 1901 noch zugenommen. Während gegen Ende 1900 die Zahl der vollzählenden Mitglieder rund 30 000 betrug, ist sie 1901 auf 34 000 gestiegen. Bei den Zimmerern ist die Organisation gleichfalls ungeschwächt aus dem ersten Krisenjahre hervorgegangen. Die Zahl der Mitglieder betrug 1899/1900 24 393, 1900/01 24 492. Von den Zimmerern wird diese Erscheinung um so mehr als Erfolg betrachtet, als ihr Verband in dem einen Krisenjahre 1891 nicht weniger als 3000 Mitglieder verloren hatte. Die Mitgliederzahl der Dachdeckerorganisation stieg von 3086 i. J. 1900 auf 3606 i. J. 1901. Die Organisation der Holzarbeiter hat allerdings eine Einbuße zu verzeichnen, die indes nach Angabe der Verbandsleitung nicht einmütig sein soll. Endgiltige Vergleiche mit den Ziffern für 1900 wird man zwar erst anstellen können, wenn die Ergebnisse der Statistik für 1901 vorliegen. Es wird sich dann auch herausstellen, ob die bis jetzt nur geringe Einwirkung der Krise auf den Umstand zurückzuführen ist, daß die Organisationen in den Jahren des Aufschwungs ihre Unterstüßungseinrichtungen erheblich ausgebaut und namentlich vielfach die Arbeitslosen-Unterstützung eingeführt haben.

Die Generalversammlung der Lederarbeiter ist zum 31. März und folgende Tage nach dem „Gesellschaftshaus zur Krone“ in Magdeburg einberufen.

Bei der Gewerbegerichtswahl in Verburg siegte die Liste des Gewerkschaftskartells.

Die Möbelpolierer in circa 20 Tischlerwerkstätten zu Worms haben wegen Lohninflationen die Arbeit niedergelegt.

Die Schneidergeschilfen Mannheim haben beschlossen, dieses Frühjahr in eine Lohnbewegung einzutreten. Die auswärtigen Kollegen werden jetzt schon erucht, den Bezug nach Mannheim streng fernzuhalten, da der Kampf voraussichtlich ein harter werden wird. — Alle arbeiterfreundlichen Blätter werden um Abdruck dieser Zeilen ersucht.

## Ausland.

Ein Weberstreik ist in Enschede (Holland) wegen Lohnherabsetzung ausgebrochen. Es herrscht große Einigkeit unter den Ausständigen.

Zu Verdiers (Belgien) dauert der Spinnereistreik fort. Ein starkes Polizeiaufgebot ist vor der Fabrik postiert und patrouilliert durch die Straßen. Der Bürgermeister von Verdiers hat versucht, eine Vermittelung zwischen Unternehmern und Arbeitern herbeizuführen. Die Unternehmer lehnen jedoch alle Forderungen der Arbeiter strikte ab; sie wollen auch nur die Hälfte der Arbeiter wieder aufnehmen. Eine Anzahl Arbeiter ist wegen Streikvergehen verhaftet beziehentlich unter Anklage gestellt.

Eine Einigung ist in der dänischen Eisenindustrie durch die Verhandlungen, die in dem gemeinsamen Ausschuss der Vertreter der Arbeitgeber-Organisationen der Eisenindustrie und Schiffswerften und des Dänischen Schmiede- und Metallarbeiter-Verbandes gepflogen wurden, erzielt worden. Der neue Tarif wird jetzt den in Betracht kommenden Organisationen zur Begutachtung vorgelegt werden und soll im Laufe einer Woche endgiltig festgelegt werden. Bis dahin bleibt das am 11. Dezember beschlossene vorläufige Uebereinkommen in Kraft.

Die Weberinnen in „Stockholm Baumwollwaren-Fabrik“ haben sämtlich (110 Personen) die Arbeit eingestellt. Der Arbeitgeber wollte die Löhne um 10 Proz. herabsetzen.

## Sociales.

Aus den Rechnungsergebnissen der Berufsgenossenschaften, die jetzt dem Reichstage zugegangen sind, haben wir bereits die Hauptzahlen mitgeteilt. Wir lassen heute noch einige Einzelheiten folgen.

Unter der Gesamtzahl der Verunglückten, für welche im Jahre 1900 zum erstenmal Entschädigungen festgestellt wurden, befanden sich nicht weniger wie 3432 unter 16 Jahren, also im gewöhnlichen Sinne Kinder.

Im besonderen seien der Wirtschaft der Berufsgenossenschaft einige Betrachtungen gewidmet, deren Verwaltung bekanntlich außerordentlich kostspielig ist. Eine Unfallrente erreichte im Jahre 1900 die imponierende Höhe von 145,89 M., die laufenden Verwaltungskosten aber betragen über 10 Proz. der Ausgaben für Entschädigungen, so daß auf jede Unfallrente circa 15 M. Verwaltungskosten kommen. (Darin sind die Ausgaben für Unfallversicherung nicht eingeschlossen.) Bei den landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften erreicht eine Unfallrente durchschnittlich ganze 77,85 M., die laufenden Verwaltungskosten betragen fast 12 Proz. der Ausgaben für Entschädigungen. In allen Berufsgenossenschaften wurden im Jahre 1900 für 102 008 Unfälle Entschädigungen festgestellt. Verteilt man die 8 679 102 M. laufende Verwaltungskosten auf diese Unfälle, so kommen auf jeden Fall circa 85 M.

Gegenüber den Verwaltungskosten sind die Ausgaben für Unfallversicherung (Ueberwachung der Betriebe) außerordentlich gering. Sie betragen bei allen Berufsgenossenschaften im ganzen 636 653 M. Die landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften geben hierfür gar nur 3255 M. aus. Während also für Ueberwachung der Betriebe nur etwas über 600 000 M. ausgegeben wurden, gab man für Reisekosten und Tagelöhne beinahe 800 000 M. aus. Darunter figurieren die landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften mit etwa 117 000 M. Das heißt, sie geben an Diäten für Reisen ihrer Vorstandsmitglieder z. B. 89 mal so viel aus, wie für die Ueberwachung der Betriebe.

Einzelne Berufsgenossenschaften leisten darin sogar Außerordentliches. So die Mecklenburg-Schwerinische land- und forstwirtschaftliche Berufsgenossenschaft. Ihre 5 Vorstandsmitglieder erhielten für ihre Reisen durch Mecklenburg zusammen 6015 M., während für Ueberwachung der Betriebe kein Pfennig aufgewendet wurde. Unter den gewerblichen Berufsgenossenschaften zeichnet sich die Tiefbau-Berufsgenossenschaft in dieser Beziehung aus. Ihre 14 Vorstandsmitglieder bezogen 17 530 M. Tagelöhner und Reisekosten. Sie hat überhaupt 302 463 M. laufende Unkosten bei 1028 neuentstehenden Unfällen und 54 023 M. Kosten der Betriebsüberwachung.

Die Zunderberufsgenossenschaft zahlte ihren zwölf Vorstandsmitgliedern 16 985 M. Diäten, so daß auf jedes derselben schon über 1400 M. entfallen; für Ueberwachung der Betriebe gab sie nur 5822 M. aus.

Die Mälaree-Berufsgenossenschaft zahlte an ihre 5 Vorstandsmitglieder 10 390 M., jedem also 2078 M. Diäten. Das ist nicht etwa, wie wir zur Vermeidung von Mißverständnissen ausdrücklich hervorheben wollen, Bezahlung für belobte Verdienste.

das sind nur „Speisen“ für Bekleidung einer ehrenamtlichen Tätigkeit, deren Bezahlung gesetzlich verboten ist. Die berufsmäßige Bezahlung in den Berufsorganisationen wird von einer großen Anzahl belobter Bureauarbeiter ausgeführt, deren Befoldung 3,6 Millionen Mark erforderten.

Zur Verbesserung der Fabriksaufsicht hat das Gewerkschaftskartell in Braunschweig an den dortigen Landtag eine Eingabe gerichtet, in der, wie wir früher schon mitteilten, unter anderem auf die Anstellung einer Assistentin gewirkt wird. Aus der uns jetzt vorliegenden, mit ausführlicher Begründung versehenen Eingabe erfährt man auch die interessante Thatsache, daß die braunschweigische Fabriksinspektion dienstlich angewiesen ist, bei Ausübung ihrer Tätigkeit den Unternehmern keine „unnütigen Opfer oder zwecklosen Beschränkungen“ aufzuerlegen.

Wenn das einen Sinn haben soll, dann nur den einer Milderung der gesetzlichen Vorschriften, welche Verpflichtungen den Unternehmern im Punkt Arbeiterschutz aufzuerlegen sind, das bestimmt ja die Gewerbeordnung; dem selbständigen Ermessen des Fabrikspektors ist fast gar kein Spielraum gelassen. Unnütige Opfer und zwecklose Beschränkungen, das heißt doch nur solche, die über den Rahmen der Gewerbe-Ordnung hinausgehen, kann der Fabrikspektor dem Unternehmer gar nicht auferlegen; ihm diejenigen aufzuerlegen, die das Reichsgesetz vorschreibt, darin kann ihn eine Landesbehörde durch keine Dienst-anweisung beschränken.

Der Reichstag sollte sich solcher Dienst-anweisungen sehr erdhof annehmen. Das Gewerkschaftskartell in Braunschweig erstrebt mit vollem Recht die Aufhebung dieser Bestimmung der Dienst-anweisung.

Ein Anerkennungsanstalt enthält der Rechnungsabschluss der Versicherungsanstalt für das Königreich Sachsen, der mit dem Vorschlage für 1902 soeben dem Ministerium des Innern zugegangen ist. Der Bericht ergibt, daß im letzten Drittel des Jahres 1901 die Beitragseinnahmen eine erhebliche Verminderung erfahren haben und der Vorschlag für 1902 setzt die Monateinnahmen aus Beiträgen um 27 000 Mark geringer an, wie für 1901. Im Bericht heißt es alsdann, daß dieser geringere Betrag das höchste sei, worauf bei dem wirtschaftlichen Niedergang gerechnet werden könne.

Herr v. Meißel, für den dieser Bericht ja bestimmt ist, wird danach Gelegenheit haben, seine im Reichstage geäußerten optimistischen Anschauungen über die Wirtschaftslage zu berichtigen.

**Arbeiterpensionen.** In der brennischen Bürgerchaft stellte Genosse Ebert den Antrag auf Einführung von Pensionen für die brennischen Staatsarbeiter. Dieser Antrag wurde abgelehnt, dagegen eine Deputation mit der Vordralung der Frage beauftragt, ob solche Einrichtung durchführbar ist.

**Altersversicherung in England.** Die Vertreter von Gewerkschaften und Kooperativgenossenschaften traten dieser Tage in London zu einer Konferenz zusammen, um über die Einführung eines Alterspensions-Gesetzes für Arbeiter zu beraten. Es gelangte eine Resolution zur Annahme, in der die Regierung aufgefordert wird, ein Alterspensions-Gesetz einzubringen, welches die Altersversorgung aller Arbeiter, der männlichen wie der weiblichen, nach dem zurückgelegten 60. Lebensjahre vorsieht. Die Höhe der Pension soll wöchentlich nicht unter 5 Sh. betragen. Die Gewerkschaften und Genossenschaften werden aufgefordert, in einer Agitation zu Gunsten eines solchen Gesetzes einzutreten.

## Versammlungen.

**Wahlverein des 6. Berliner Reichstagswahlkreises** (Schönhauser Vorstadt). Die regelmäßigen Vereinsversammlungen finden nicht, wie in Nr. 13 irrtümlich berichtet, jeden Dienstag nach dem ersten, sondern jeden ersten Dienstag nach dem 15. im Monat statt.

Die Berliner Gewerkschaftskommission hielt am Donnerstag eine Delegiertenversammlung ab, in der die bevorstehende Arbeitslosenzählung besprochen wurde. A. Förster berichtete, daß dem Wunsch der vorigen Versammlung gemäß einige Änderungen an der Zählkarte vorgenommen worden seien. Es ist die Frage aufgenommen worden, ob Krankheit die Ursache der Arbeitslosigkeit ist, und seit wann der Befragte am Orte wohnt. Die letztere Frage hat den Zweck, festzustellen, ob die von gegnerischer Seite aufgestellte Behauptung zutrifft: die Zahl der Arbeitslosen in Berlin habe durch Zugang von außerhalb einen so großen Umfang angenommen. — Die Arbeit des Zählens soll in der Weise vorgenommen werden, daß die Parteiorganisation, wie sie bei Flugblattverbreitungen und dergleichen Parteiarbeiten in Anwendung kommt, auch bei der Arbeitslosenzählung die Grundlage bildet, von der aus die Zählarbeit besorgt wird. Da aber für diese außerordentliche Arbeit die Kräfte, welche der Partei sonst zur Verfügung stehen, nicht ausreichen, so haben die Gewerkschaften für Hilfskräfte in genügender Zahl zu sorgen. Diese Hilfsmannschaften haben sich am Tage der Verbreitung der Zählkarten — Sonntag, den 26. Januar, morgens 8 Uhr — in folgenden Lokalen einzufinden: Gewerkschaftshaus — Brüder, Waldemarstraße — Regow, Wasserhorststraße — Ewald, Schönhauserstraße — Habels Brauerei, Bergmannstraße — Königs Hof, Wiltonstraße — Arminenhallen, Kommandantenstraße — Peters Gesellschaftshaus, Alt-Weißb. Fischer, Weißelstraße — Schweinmörder Gesellschaftshaus, Schweinmörderstraße — Kösliner Hof, Köslinerstraße — Norddeutsche Brauerei, Chausseestraße — Brinmann, Prinzenallee — Bauer, Rosenkalerstraße — Rimmann, Brunnstraße — Feind, Weinstraße — Königsbauk, Frankfurterstraße — Stechert, Andreasstraße — Keller, Kopenstraße — Dieke, Werdstraße. Die Gewerkschaftsmitglieder, welche sich sonst nicht an den politischen Partei-Arbeiten beteiligen, sammeln sich in den vorstehend angegebenen Lokalen und werden von da aus nach Bedarf in die einzelnen Bezirkslokale geschickt, um an der Verteilung der Zählkarten teilzunehmen. Am Sonntag, den 2. Februar, werden die Zählkarten wieder eingesammelt. Zu diesem Zweck hat sich jeder, der bei der Verteilung thätig war, wieder in dasselbe Bezirkslokal zu begeben, wo er am 26. Januar die Karten erhalten hat. In dieser Weise ist die Zählarbeit organisiert. Um auch möglichst weite Kreise des Publikums auf die Zählung aufmerksam zu machen, sollen entsprechende Hinweise in verschiedenen Berliner Zeitungen gegeben werden. Am nächsten Donnerstag findet eine Konferenz statt, zu der jede Gewerkschaft einen Delegierten zu entsenden hat. Derselbe soll über die Befragung der einzelnen Lokale das Nähere verabreden werden.

Dem Bericht schloß sich eine Diskussion, die sich ausschließlich um Einzelheiten bei der Zählarbeit drehte.

Unter „Verlegenen“ äußerte Massini den Wunsch, in nächster Zeit eine Delegierten-Versammlung der Gewerkschaftskommission einzuberufen, in der den Bundesrätern Gelegenheit gegeben werde, sich über ihre Tarifbewegung auszusprechen, um Anregungen der Tagespresse zurückzuweisen und Klarheit zu verbreiten über die vielfach falsch beurteilte Tarifbewegung. — Es wurde beschlossen, in nächster Zeit eine Versammlung der Delegierten und Vorstände einzuberufen mit der Tagesordnung: Berichterstattung der Bundesräter über ihre Tarifbewegung.

Als Revisor an Stelle des ausgeschiedenen Genossen Rätche wurde Bundesräter Teske gewählt.

Es fehlten die Delegierten der Graveure, Hafnarbeiter, Maschinisten und Heizer, Ruffler, Steinhaue.

Eine Versammlung der arbeitslosen Vergolder Berlins fand am Montag, den 13. Januar 1902, vormittags 10 Uhr, in der Andrastraße bei Neukölln statt. Das ziemlich starke Polizeiaufgebot war vollständig überflüssig, indem die Anwesenden (60 an der Zahl) durchaus nicht des Schutzes bedürftig. Denn man konnte

auf den ersten Blick konstatieren, daß es sich nicht um arbeitsscheue Elemente handelte, sondern im Gegenteil waren es zumeist die besten Kräfte unserer Branche, welche durch Arbeitslosigkeit zum Mißgange verurteilt sind.

Das einleitende Referat hielt Kollege Dehler. In seinen Ausführungen geißelte er besonders die Unthätigkeit der staatlichen und kommunalen Behörden gegenüber der Arbeitslosigkeit. Er schließt mit einem Appell an die Anwesenden, sich mehr denn je an die Organisation anzuschließen. Es sei Pflicht, sich hauptsächlich mit den anwesenden Unorganisierten ins Gericht, die durch ihre Pflichtverlegung die Lage ihrer Familien und Kollegen haben verschlechtern helfen. Es sei Pflicht aller unserer Berufsgenossen, in Zukunft durch Verkürzung der Arbeitszeit und Abschaffung der Accordarbeit die Ueberproduktion einzudämmen. Spätere schilderte unter anderem die Arbeiterfreundlichkeit des Fabrikanten Dieberich in Berlin, der seiner Zeit so lebenswürdig war und den Genossen Gräf — bekannt durch den Meineidprozeß — anspießlich zu lassen und jetzt blutige Thränen weint, daß ihm die Justizherrschaft nicht mehr zur Verfügung stehen und infolgedessen durch Lohnreduktion an seinen wenigen Arbeitern daselbst herausgeholt möchte. Redner schließt sich der Anregung des „Vorwärts“ an, für die Gewerkschaften von den kommunalen Behörden Subventionen zu fordern. — Hierauf wurde festgestellt, daß von den anwesenden Arbeitslosen 88 der Leisten- und 17 der Maschinenbranche angehören. Jedoch ist als sicher anzunehmen, daß mindestens die doppelte Zahl Vergolder in Berlin zur Zeit arbeitslos ist. — Von einer Resolution wurde Abstand genommen, da die Anwesenden mit den Ausführungen und Forderungen der Redner einverstanden waren. Wenn die Arbeitslosigkeit anhält, soll mit den Arbeitslosenversammlungen fortgefahren werden. Zum Schluß werden die Arbeitslosen aufgefordert, sich rege an der allgemeinen Arbeitslosenzählung über Groß-Berlin zu beteiligen.

**Charlottenburg.** Am 9. Januar tagte zu Charlottenburg in der Gambius-Brauerei eine öffentliche Versammlung, einberufen von der Charlottenburger Gewerkschaftskommission. Der bisherige Gewerbegerichtsbeisitzer Gen. Klein gab einen Bericht über die bisherige Tätigkeit des Gewerbegerichts. In demselben Punkte sprach auch Gen. Menge. Eine lebhafte Debatte entpinn sich über das Verhältnis der Maurerorganisation zur Gewerkschaftskommission. Trotz mehrmaliger Sitzungen und Versammlungen zwischen der Maurerorganisation und der Gewerkschaftskommission konnte keine Einigung erzielt werden. Genosse Basse von der Maurerorganisation erklärte, daß die Maurer von nun an wieder der Gewerkschaftskommission beitreten würden und zwar mit einem Beitrag von 10 Pfennigen pro Mitglied und Jahr. Ferner erklärte Genosse Schulz, zu den jetzt stattfindenden Gewerbegerichts-Wahlen eine Pauschsumme von 150 M. in einer Rate an die Gewerkschaftskommission zu zahlen. Es wurden folgende Kandidaten aufgestellt:

1. Bezirk: Strauß, Bauarbeiter, und Klein, Buchdrucker;
2. Bezirk: Fatusch, Transportarbeiter, und Görke, Maurer;
3. Bezirk: Ludenthien, Metallarbeiter, und Scheel, Fabrikarbeiter;
4. Bezirk: Weismantel und Hauslein, beide Zimmerer;
5. Bezirk: Lüdike, Maurer; 6. Bezirk: Naylor, Maler;
7. Bezirk: Wenzel, Holzarbeiter, und 8. Bezirk: Förster, Transportarbeiter. Zu wählen sind 12 Arbeitgeber und 12 Arbeitnehmer.

**Karlshorst.** Am Montag fand hier eine öffentliche Volksversammlung statt, beauftragt Stellungnahme zu den Gemeindevorständen. Die Versammlung war zur Hälfte von gegnerischer Seite besucht. Genosse W. Manasse hielt einen Vortrag über die Aufgaben der Sozialdemokratie in der Gemeindeverwaltung. In der Diskussion wandte sich ein bürgerlicher Redner gegen die Ausführungen des Referenten. Er fürchtete namentlich die Unterdrückung seitens der sozialdemokratischen Gemeindevorleiter. Leider wurde die Versammlung, ohne zu einem Schluß zu kommen, nach Eintritt der Polizeistunde durch den überwachenden Gendarm aufgelöst.

## Letzte Nachrichten und Depeschen.

### Gazelle-Prozeß.

**Kiel, 17. Januar.** Das heute zusammengetretene Oberkriegsgericht des ersten Geschwaders verwarf die Berufung des Gerichtsbeamten bezüglich der Freisprechung des Obermatrosen Groger von der Anklage der Bedrohung des Kommandanten, seihen Regattenkapitän Reichle, der Freisprechung des Obermatrosen Weiß von der Anklage der vorläufigen Befestigung von Geschützteilen, sowie die Berufung Grogers wegen Verletzung in die zweite Klasse des Soldatenstandes. Bezüglich des Wachtmeister-Matrosen Kunze und der Obermatrosen Genz, Weiß und Peil hob das Oberkriegsgericht das Urteil vom 7. November auf. Kunze wird wegen Mordverletzung zu 6 Wochen Mittelarrest verurteilt, zwei Wochen werden durch die Untersuchungshaft als verbüßt erklärt. (Kunze war zu 3 Monaten Gefängnis und Degradierung verurteilt.) Obermatrose Weiß wird mit 2 1/2 Monaten Gefängnis bestraft (in erster Instanz 3 Monate). Bei Genz findet nur eine weitere rechtliche Beurteilung statt. Die Strafe von 3 Monaten Gefängnis bleibt bestehen. Peil (in erster Instanz zu drei Wochen Mittelarrest verurteilt) wird wegen Mordverletzung zu zwei Wochen Mittelarrest verurteilt. Das Oberkriegsgericht erbielt in dem Dichten und Singen des Spottliedes auf den Kommandanten nur eine Milderungsverlegung in Bezug auf eine Diensthandlung, nicht aber eine vorläufige Erregung von Mißvergnügen unter Kameraden in Bezug auf den Dienst.

### Das englische Parlament über Wilow.

**London, 17. Januar.** (W. L. V.) MacNeill richtet an den Ersten Lord des Schatzes Balfour die Anfrage, ob er dem Hause Abchriften der Versicherungen vorlegen wolle, die dem deutschen Reichskanzler von der englischen Regierung gegeben und vom Grafen Wilow im deutschen Reichstage erwähnt worden seien, daß nämlich mit den in der Edinburgher Rede Chamberlains erhobenen Beschuldigungen gegen die deutsche Armee wegen Unmenschlichkeit nicht die Rücksicht verbunden gewesen sei, die Gefühle des deutschen Volkes zu verletzen. Ueber denselben Gegenstand sind noch sieben Anfragen im Hause eingebracht. Balfour erwidert, es seien in der beregten Angelegenheit amtlich keine Versicherungen verlangt worden. Von Chamberlain seien keine Beschuldigungen der Unmenschlichkeit gegen die deutsche oder irgend eine andere Armee erhoben worden, wie dies in der Frage Mac Neills ausgedeutet werde. Diese Thatsache sei dem deutschen Volk gegenüber in einer nichtamtlichen Unterredung von Marquis of Lansdowne festgestellt worden. Nach Ansicht der Regierung bestche keinerlei Notwendigkeit, irgend eine Erklärung abzugeben, die bezwecke, Chamberlains Rede abzuschwächen oder zurückzunehmen. (Unter Weifall.) Ob die weitere Frage Mac Neills, ob Marquis of Lansdowne oder der deutsche Volkshof die Unterredung eröffnet habe, wird von der Regierung keine Antwort gegeben. In Beantwortung einer andern Frage erklärt Marquis of Lansdowne, Lynch werde, sobald er landen sollte, verhaftet werden.

### Unwetter.

**Budapest, 17. Januar.** (W. L. V.) Seit gestern wüdet hier und in einem großen Teil Ungarns heftiges Unwetter. Der Sturm richtete an den Gebäuden großen Schaden an. Zahlreiche Unglücksfälle werden gemeldet.

**Zembar, 17. Januar.** (W. L. V.) In ganz Galizien herrscht totaler Schneefall. Die Bahnverbindungen sind teilweise gestört, die mit Rußland vollständig unterbrochen.

Reichstag.

120. Sitzung vom Freitag, 17. Januar 1902, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratsitz: Graf v. Posadowsky. Vor der Tagesordnung stellt der bayerische Generalmajor v. Gredes gegenüber einer gestrigen Äußerung des Herrn Abg. Dr. Heim fest, der bayerische Kriegsminister habe nicht erklärt, ihm sei von einem Kundschafter an die Bundesregierungen betreffend die Erhebungen über die Konsequenzen des Antrages Rißler nichts bekannt, sondern habe nur erklärt, die Angelegenheit gehöre zum Ressort des Ministeriums des Innern.

Der Gesandtschaftsbericht, betreffend die Verlegung der deutsch-dänischen Grenze wird in erster und zweiter Beratung debattelos erledigt. Nach Erledigung einiger Redemassnahmen folgt die Interpellation der Abgg. Albrecht und Gnossen:

Welche Maßnahmen gedenkt der Herr Reichskanzler zu ergreifen, um den Folgen der wirtschaftlichen Krise, die sich in Betriebseinsparungen, Lohnkürzungen und vornehmlich in Arbeiterentlassungen bemerkbar machen, zu begegnen und dem dadurch hervorgerufenen Notstand weiter Volksschichten entgegenzuwirken?

Staatssekretär Graf Posadowsky erklärt sich bereit, die Interpellation sofort zu beantworten.

Zur Begründung der Interpellation erhält das Wort

Abg. Jubell (Soz.):

Die diesmalige Krise ist von so bitteren Nachwehen für die Arbeiter begleitet wie keine zuvor. Der große Paufruch hat die Krise noch beschleunigt, gekommen wäre sie aber auf jeden Fall. Von den Einzelregierungen wird ja auch heute wieder bestritten, daß ein außerordentlich großer Notstand vorhanden sei. Daselbst geschah auch 1893, als wir ebenfalls eine Reichstags-Interpellation einbrachten. Wir forderten damals eine Arbeitslosen-Zählung. Dieselbe erfolgte aber erst 1900. Trotzdem damals bereits die Konjunktur im Aufsteigen war, wurden doch über eine halbe Million Arbeitslose gezählt. Man hätte meinen sollen, daß diese Erfahrung die Regierung veranlaßt hätte, eine dauernde Arbeitslosen-Statistik anzunehmen. Davon war aber natürlich keine Rede. Erst nach Herbeibringen der neuen, viel schwereren Krise hörte man davon, daß der Reichskanzler Erhebungen über die Arbeitslosigkeit angeordnet habe. Aber wie wird dabei verfahren. Der Oberpräsident von Sachsen, Herr v. Wöttcher, berief eine Konferenz von Großindustriellen, Regierungspräsidenten, Landräten usw., um den Umfang der Arbeitslosigkeit festzustellen. Von den durch die Not am meisten Betroffenen, den Arbeitern, wurde niemand gefragt. Kein Vertreter der Arbeiter-Organisationen der großen Industriebezirke Magdeburg und Halle wurde zu der Konferenz in Halle zugezogen. Kalkülisch war den Herren, die an der Konferenz teilnahmen, denn auch nichts von einem Notstand bekannt. Der Oberbürgermeister von Halle hat sich sogar erlaubt, die Arbeiter bei dieser Gelegenheit auf das gräßlichste zu beschimpfen. Er sagte: von 2000 sich meldenden Arbeitslosen sind sicher 1500 Pannbrüder. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Dieser Ansprache hat ungeheure Entrüstung unter den Arbeitern, die bei ihrer unverschämten Not noch so verhöhnt werden, hervorgerufen. Herr v. Wöttcher hat aber für diese Beschimpfung der Arbeiter kein Wort der Zurückweisung gefunden.

In einzelnen Fällen haben sich die Kommunen ja dazu aufgeschwungen, wenigstens etwas für die Arbeitslosen zu thun. So wurde in Frankfurt a. M. ein außerordentlicher Kredit in der Höhe von 70 000 M. für die Arbeitslosen bewilligt. So lange die Not im Hause bleibt, stellt sich die Bourgeoisie ja stets so, als wisse sie nichts davon. Erst wenn sie sich auf der Straße zeigt, erschrickt die bürgerliche Gesellschaft vor der Not. Anstatt aber für Brot und Arbeit für die Arbeitslosen zu sorgen, speist sie dieselben mit kaltem Stahl und dem Gemischschlauch ab, wie wir es jetzt in Frankfurt a. M. erlebt haben.

Wie man die Arbeitslosen behandelt, das hat ja auch 1894 der Notstand in Berlin gezeigt. Auch die anfängliche bürgerliche Presse ist sich darüber einig, daß Kravalle erst durch die Polizei hervorgerufen wurden. Wenn man in Berlin die Arbeitsnachweisesstellen besucht, dann findet man, daß das Verlangen nach Arbeit von Tag zu Tag zunimmt. Alle diese haben das heisse Verlangen, wenigstens etwas Brot nach Hause bringen zu können. Leider hat sich erst die Minderheit der Arbeiterschaft organisiert, es fehlen daher auch die Mittel zu einer genügenden Arbeitslosen-Statistik. Aber schon das Material der Berliner Gewerkschaftskommission zeigt die ungeheure Ausdehnung der Arbeitslosigkeit in Berlin. Meiner geht anscheinlich auf die im „Vorwärts“ veröffentlichte Arbeitslosenstatistik der Berliner Gewerkschaftskommission ein. Soweit es ihnen möglich war, haben ja die Gewerkschaften für ihre Arbeitslosen durch die Arbeitslosenunterstützung gesorgt; das sind aber noch lange nicht alle, und zum Bezug dieser Unterstützung muß der Arbeitslose vorher längere Zeit hindurch dem Verband angehört haben. Sogar von einzelnen Arbeitgebern wird das Bestehen eines außerordentlichen Notstandes anerkannt. Der Kommerzienrat Wigenstein, der Vorsitzende des Tarifausschusses der Buchdrucker, hat vor einigen Tagen ein Zirkular an seine Berliner Kollegen erlassen, mit der Aufforderung, vorläufig keine Leberstunden machen zu lassen und die Arbeitszeit zu verlängern, um die 800 augenblicklich in Berlin arbeitslosen Buchdrucker wenigstens vorübergehend beschäftigen zu können. Auch Herr Kühnemann, der Ihnen ja viel näher steht als uns, hat angegeben, daß die Krise in der Metallbranche sich auch in Zukunft noch härter als dies schon jetzt der Fall ist, bemerkbar machen werde.

Da muß man sich wirklich wundern, daß die Regierung erst durch eine sozialdemokratische Interpellation angefordert werden muß, etwas für die Arbeitslosen zu thun. (Sehr richtig! bei den Soz.) Wenn es sich um die Not der Landwirtschaft handelt, da ist ja die Regierung sofort bereit, einen außerordentlichen Notstand anzuerkennen und dem Reichstag Vorschläge zu machen, um dieser Not abzuhelfen. Auch bei Minderheiten wurde sofort von der Regierung eingeschritten. Hier, wo es sich um Hunderttausende und um Familien handelt, da rührt sich nichts bei der Regierung und auch aus Ihrer Mitte werden keine Anträge gestellt. Wir sind sehr begierig, welche Antwort Graf Posadowsky geben wird.

Wir verlangen in allererster Linie, daß augenblicklich Mittel vom Reiche, und durch Anregung des Reiches von den Bundesstaaten und durch deren Druck von den Kommunen, daß außerordentliche Mittel zur Verfügung gestellt werden, um der momentanen Not zu steuern. Sie sind immer bereit, hundert Millionen Anleihen zu unproduktiven Zwecken zu bewilligen, auch wie sind jetzt bereit, hundert Millionen zu bewilligen, um diesem Notstand zu begegnen. Dann verlangen wir auch, daß in Zukunft das, was ich als zur Veränderung notwendig ansähe, geschehen muß. Ueberall müssen vom Reichstag die weiteren Mitten für Banken bewilligt werden, um den Arbeitslosen die nötige Arbeitsgelegenheit zu verschaffen. Weiter verlangen wir, um einen Barometer für den Auf- und Niedergang unseres gesamten wirtschaftlichen Lebens zu haben im Arbeitsministerium, so gut wie Sie ein Handels-, ein Landwirtschaftliches Ministerium usw. haben. Für die weitaus größte Majorität der Bevölkerung verlangen

wir ein Arbeitsministerium, verlangen wir Einrichtungen, die Sie heute schon haben, die Errichtung eines Reichs-Arbeitsamtes, das wieder in Arbeiterkammern zerfällt. Dafür ist bisher noch gar nichts getan worden, das wenige, was man hat, ist abgetrotzt worden. Das Arbeitsamt hat in erster Linie die Verpflichtung, eine fortlaufende Arbeitslosenstatistik vorzunehmen. Die Krise, die jetzt die Arbeiter betroffen hat, ist nicht die letzte. Wann die nächste Krise kommen wird, kann niemand voraussagen, aber das steht fest, daß sie infolge der anarchischen Produktionsweise wieder ausbrechen muß.

Das Reichs-Arbeitsamt muß auch fortlaufend über die Höhe der Löhne in den verschiedenen Gegenden des Reiches unterrichtet sein. Es muß die Organisationen der Arbeiter schärfen vor Übergriffen der Polizei und der Unternehmer und den ruhigen Ausbau dieser Organisationen ermöglichen. Man wird ja wohl wieder den Arbeitern den Vorwurf machen, sie hätten in der besseren Zeit zu wenig gespart. Aber haben Sie denn die Arbeiterorganisationen in den letzten Jahren als gleichberechtigt mit den Unternehmerverbänden anerkannt? Wie sollen die Arbeiter an einen Ausbruch ihrer Organisationen denken, wenn durch Polizei, Staatsanwalt und ordentliche Gerichte Jahrzehnte von Gefängnis und Zuchthaus über die Arbeiter, die sich koalieren, verhängt werden. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.)

Ja man hat sogar das Privatesicherungsrecht dazu benutzen wollen, um den Organisationen der Arbeiter Schwierigkeiten in den Weg zu legen. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Weiter muß das Reichs-Arbeitsamt Erhebungen darüber anstellen, in welchem Maße ausländische Arbeiter als Lohnrücker seitens der Unternehmer benutzt werden. Wir sind international, aber das darf uns nicht hindern, auf das Schärfste dagegen zu protestieren, daß die Unternehmer unter falschen Versprechungen sich billige Arbeitskräfte aus dem Auslande verschaffen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Man hätte denken sollen, daß z. B. beim Bau des Zeltower Kanals angesichts der Krise Arbeitslose verwendet werden würden. Zu der That aber sind bei einem der an diesem Bau beteiligten Unternehmer von 300 Arbeitern nur 80 Deutsche (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten), bei einem andern sind zwei Drittel der beschäftigten Arbeiter Italiener. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Besonders auch die hiesige Textilindustrie leidet unter der Lohnrückerlei der Textilarbeiter aus Holland und Belgien, die an viel schlechtere Arbeitsbedingungen gewöhnt sind und jede Verbesserung der Lage der hiesigen Arbeiter bisher unmöglich gemacht haben. — Das Reichs-Arbeitsamt muß weiter die Manipulationen der Arbeitgeber scharf beobachten und die Wirkungen der Kartelle und Trusts feststellen. — Wir verlangen einen Maximal-Arbeitstag für Deutschland, und zwar, da auf die Annahme des achtstündigen Arbeitsstages jetzt ja nicht zu rechnen ist, die Durchführung des zehnstündigen Arbeitstages.

Ein Teil der Arbeitgeber hat ja in der Zeit des wirtschaftlichen Aufschwungs schon von selbst die Arbeitszeit auf neun und acht Stunden verläßt. — Wir verlangen weiter das Verbot der gewerblichen Beschäftigung von Kindern unter 14 Jahren. Graf Posadowsky kündigte ja vor einigen Tagen einen Gesetzesentwurf zur Einschränkung der Kinderarbeit an. Wir hoffen, daß es hiermit nicht so geht wie mit der Verordnung zum Schutze der Hülfsarbeiter, deren Inkrafttreten von Jahr zu Jahr hinausgeschoben wird. Ich fürchte aber, das Gesetz wird so lange auf sich warten lassen wie die gesetzliche Regelung des Arbeitsnachweises, die sich seit jetzt 17 Jahren im Stadium der Erhebungen und Erörterungen befindet. — Wir verlangen des weiteren eine Beschränkung der Frauennarbeit und das Verbot der Frauennarbeit in gesundheitsgefährlichen Betrieben. — Ueberhaupt fordern wir einen weiteren Ausbau der Arbeiter-Versicherungsgesetzgebung. Dem Herrn Kommerzienrat Schlumberger war ja allerdings das jetzige Tempo schon viel zu schnell. Ich glaube aber, daß selbst seinen näheren Freunden keine Ausführungen wenig gefallen haben werden. Die „National-Zeitung“ wenigstens hat seine Rede mit wenigen Sätzen abgefaßt.

Wenn Herr Schlumberger den Arbeiter für verrückt findet, beweist das die Höhe seiner sozialpolitischen Anschauung. Würden Sie eine solche Behandlung ihrer Kinder dulden? Herr Schlumberger hat hier nur ausgesprochen, was alle Unternehmer denken, was aber laut zu sagen sie viel zu vorsichtig sind. Darin werden Sie doch mit uns einverstanden sein, daß an der heutigen Krise der Arbeiter am unglücklichsten ist. Hat die bürgerliche Gesellschaft nun nicht die Verpflichtung, Mittel zur Verfügung zu stellen, um denen, die durch die Krise ins Elend gekommen sind, zu helfen durch eine Arbeitslosen-Unterstützung? Es ist eine Verpflichtung der Gesellschaft, die Opfer, die sie von der Arbeiterschaft fordert, nicht untergehen zu lassen und dadurch, daß sie auf Unterstützung durch die Gemeinden angewiesen sind, auch politisch rechtlos zu machen. Es ist Pflicht der Regierung, für die Opfer der kapitalistischen Produktionsweise zu sorgen. Das hat auch die „Kreuz-Ztg.“ anerkannt, die vor kurzem schrieb, daß in erster Linie Mittel zur Unterstützung der Arbeitslosen stiftlich gemacht werden müssen. Auch die Herrn Heim nobelstehende Presse brachte einen Artikel, in dem sie ansah, daß wenn jeder Millionär nur 4 Proz. seines Vermögens geben würde, für eine Arbeitslosen-Unterstützung 400 Millionen vorhanden wären. Das Organ der Firma Krupp, die bei den Panzerplatten 80 Millionen verdient hat, machte den schlechtesten Vorschlag: daß den Arbeitern, so lange sie in Arbeit stehen, ein Teil der Aramten- und Invaliditätsgelder zurückgehalten werden bis zum Betrage von 100 M., den Berufsgenossenschaften zur Verteilung gegeben und erst dann auszubezahlt werden, wenn die Arbeiter arbeitslos geworden sind. Andre wollen eine Dividendensteuer als Arbeitslosen-Unterstützung einführen, so daß von jeder Dividende ein bestimmter Prozentsatz als Arbeitslosen-Unterstützung verwendet werde. Ich könnte Ihnen noch einen großen Teil der Notstandsdebatten in Deutschland anführen, in Berlin, Hamburg, München, Stuttgart usw. In erster Linie dürfen die staatlichen Institute keine Arbeiter entlassen, sondern müssen durch Verlängerung der Arbeitszeit neue Arbeitsgelegenheit schaffen. Der sächsische Minister erklärte, daß man alle Mittel zur Verfügung stellen müsse, um Hoch- und Tiefbauten bei Eisenbahnen auszuführen. In erster Linie müsse für die entlassenen Eisenbahnarbeiter gesorgt werden.

Leider denken eine große Anzahl gewissenloser Unternehmer den Notstand der Arbeiterschaft aus. Früher eingeführte Verbesserungen werden rückgängig gemacht. Ein Teil der Arbeitgeber hat Vereinbarungen getroffen, um den Ausbruch von Streiks auf bestimmte Zeit hinaus zu verhitzen. Die Arbeiterschaft tritt aber nur in Streiks ein, wenn sie sich in schlechten Lohnverhältnissen befindet oder Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen entgegenzutreten muß. Zahlreiche Holzindustrielle haben ihren Arbeitern einfach gekündigt; überall ist der Willkür Ehrer und Thor geöffnet.

Ich habe Ihnen in kurzen Zügen angedeutet, in welchem außerordentlichen Notstand sich viele Kreise der Arbeiterschaft befinden. An Ihnen, an der Regierung wird es jetzt liegen, ob Sie Zustände, wie sie jetzt in Frankfurt a. M. bestehen, überall in Deutschland herbeiführen wollen, oder ob Sie es als Ihre Pflicht empfinden, dem augenblicklichen Notstand entgegenzutreten und für die Zukunft Vorsorge zu treffen. Es liegt nicht in unserer Gewalt, es liegt in Ihrer Gewalt, es liegt in den Händen der Regierung und des Reichstages, Mittel und Wege ausfindig zu machen, die für die Zukunft dem außerordentlichen Notstande entgegenwirken. Den hungernden Arbeitern ist es, wenn sie zur Verzweiflung getrieben werden, wenn sie wochen- und monatelang nichts zu beißen und zu brechen haben, schließlich ganz gleichgültig, was mit ihnen geschieht. Sie haben es in der Nacht, das

Neueste zu vermeiden, schnell einzugreifen, schnelle Hilfe zu bringen. Die Verantwortung, wenn es nicht geschieht, tragen nicht wir, sondern diese Verantwortung tragen Sie! (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Staatssekretär Graf Posadowsky:

Die Interpellation geht von der Voraussetzung aus, daß ein Notstand infolge der herrschenden Krise besteht. Es ist deshalb meine Pflicht, Ihnen zunächst die tatsächliche Lage auf Grund amtlichen Materials eingehend zu schildern. Ich habe mich seiner Zeit an sämtliche Reichsressorts und Einzelregierungen mit der Bitte um Material über die Wirkungen der Krise gewandt. Aus Preußen liegt der Bericht von Anfang Januar vor. Hier heißt es: am stärksten ist durch die rückläufige Konjunktur die Metall-, namentlich die Eisenbranche, sowie die Maschinenindustrie betroffen. In gedrückter Lage befinden sich auch die Cement-, Kohlen- und zum Teil auch die Textilindustrie, einzelne Zweige der Bekleidungs-, Papier- und Cigarrenindustrie. Die Unternehmer zeigen sich bemüht, Arbeiterentlassungen möglichst zu vermeiden. Die in Betracht kommenden Industrien beschäftigen überwiegend gelehrte Arbeiter und sind deshalb darauf angewiesen, ihre Arbeiterschaft auch in Zeiten schlechten Geschäftsganges festzuhalten. Sie nehmen deshalb nur im äußersten Notfalle Arbeiterentlassungen vor und vermeiden die Zahl der Beschäftigten nur dadurch, daß sie für den regelmäßigen Abgang keinen Ersatz einstellen. Zur Aufrechterhaltung des Betriebes werden alle Aufträge angenommen auch wenn sie ganz geringen oder gar keinen Gewinn abwerfen; es werden Reparaturen vorgenommen, zu denen in der Periode des flotten Geschäftsganges keine Zeit übrig war. Wo Entlassungen nicht zu vermeiden sind, werden zunächst die ausländischen und unversicherten Arbeiter entlassen. Jährlicher als die Arbeitslosigkeit ist in einzelnen Bezirken das Sinken der Löhne, die teilweise um 10 bis 20 Proz. heruntergegangen sind. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Trotzdem sind die jetzigen Löhne im Vergleich zu früheren Jahren nicht ungenügend.

Für Berlin giebt der Polizeipräsident die Gesamtzahl der Arbeitslosen auf ca. 7500 an. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Dabei sind allerdings alle die Personen nicht berücksichtigt, die überhaupt niemals die feste Absicht haben, eine dauernde Arbeit vorzunehmen, und dann auch nicht die Saisonarbeiter. Auf wie hoch sich die Zahl der Arbeitslosen in Berlin beläuft, wenn man diese Arbeiter mit berücksichtigt, läßt sich nicht schätzen. Im Jahre 1895 wurden durch die letzte Reichsstatistik für Berlin 37 000 erwerbsfähige Arbeitslose gezählt. Einen besorgniserregenden Umfang hatte also die Arbeitslosigkeit damals noch nicht angenommen.

Die Angaben der andern Bundesstaaten ergeben ebenfalls kein anormales Bild. Ein großer Teil der Regierungen, außer Preußen, sprechen sich dahin aus, daß Arbeiterentlassungen in erheblichem Umfang überhaupt nicht stattgefunden haben und auch nicht zu erwarten seien. Braunschweig, Sachsen, Koburg-Gotha glauben auf Entlassungen für die nächste Zukunft rechnen zu müssen. Aus dem Königreich Sachsen wird dagegen berichtet, es seien Anzeichen vorhanden, daß die Geschäftslosigkeit den Tiefstand erreicht habe. Auch die besonders industriereichen Bundesstaaten bestreiten das Vorhandensein eines Notstands. Interessant ist dagegen, daß in der Landwirtschaft mehrfach Arbeiterentlassungen stattgefunden. Dahingehende Berichte liegen z. B. aus dem Großherzogtum Baden vor. Zur einzelnen Industriezweige, die elektrotechnische, die Holzindustrie sind von Niedergang erfasst, während andre zum Teil einen recht guten Geschäftsgang aufweisen, ja einzelne sogar an Arbeitermangel leiden und Ueberstunden einführen müssen. Derartige Meldungen liegen aus Sachsen-Weimar, Baden, Thüringen vor. Aus Württemberg wird gemeldet, daß zwischen den Industrien, die an Arbeitermangel leiden, und denen, die Arbeiter entlassen müssen, ein Ausleich der Arbeiter stattgefunden habe, so daß von einer Besorgnis erregenden Arbeitslosigkeit nicht gesprochen werden kann. Dasselbe wird aus Lübeck berichtet, wo insbesondere bei dem Schiffbau und in den Emballagefabriken sowie in der Kapselungsindustrie sehr günstige Verhältnisse herrschen. In Hamburg sollen 2000 Arbeiter mehr beschäftigt sein als im Vorjahre. Mit den Meldungen aus Württemberg stimmen überein Meldungen aus Sachsen, Baden, Hessen, Bremen. In allen diesen Staaten kann von einem Notstand zur Zeit nicht gesprochen werden. Der Geschäftsverfall in den öffentlichen Verkaufsläden hat abgenommen. (Lachen links.) Die Langzeitlosen und Vergnügungen sind nicht seltener geworden, die öffentlichen Lokale sind stark besucht. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Nur aus Bayern und zwar aus den Bezirken Pfalz, Mittel- und Oberfranken werden erhebliche Arbeiterentlassungen gemeldet. In den übrigen Bezirken Bayerns konnten nennenswerte Arbeiterentlassungen vermieden werden. Aus Baden wird gemeldet, daß, soweit Entlassungen notwendig waren, zum größten Teil die ausländischen Arbeiter entlassen wurden, ebenso in Elsaß-Lothringen. Der größte Teil der Arbeitslosen gehört dem Vagantentum an, in dem die Arbeiterentlassungen in jedem Winter in erheblichem Maße stattfinden. In außerordentlichem Maße ist dies in diesem Winter nach der Fall gewesen und ist auch in Frühjahr nicht zu erwarten. Das hat selbst der „Vorwärts“ zugegeben. Aus Baden wird berichtet, daß die Zahl der Arbeitslosen auf 5000 geschätzt wurde, während sich in die von sozialdemokratischer Seite ausgelegten Listen, die von den letzten Tagen des Oktober bis in die ersten Tage des November anlagen, erheblich weniger Personen als arbeitslos einzeichneten.

In Frankfurt a. M. ist bisher in allen Fällen für Arbeitsgelegenheit gesorgt worden, wo die Centrale für Arbeitsvermittlung in Anspruch genommen wurde. In der städtischen Herberge für Obdachlose, die für eine große Zahl von Wästen Raum bietet, wurden am Samstag nur drei Arbeiter, ein Schuhmacher und ein Schneider angetroffen. Unter diesen Umständen hat die Stadt Frankfurt davon abgesehen, eigentliche Notstandsarbeiten vorzunehmen. Es werden aber sämtliche Wästen, die im Winter zur Einlieferung gelangen sollten, fortgesetzt, und es hat keinerlei Entlassung von Personal stattgefunden. Zahlreiche Erdarbeiter werden bei Gasanlagen und Arbeiten der elektrischen Straßenbahn beschäftigt.

Ich möchte auch Bezug nehmen auf eine sehr eingehende Erwiderung, die der Herr Abg. Fischel auf die Interpellation der Sozialdemokraten in der Berliner Stadtverordneten-Versammlung als Stadtrat abgegeben hat. Danach hat die Beschäftigung weiblicher Personen in Berlin fortwährend zugenommen, es waren noch nie verhältnismäßig soviel weibliche Arbeiter in Berlin beschäftigt, wie gerade jetzt. Die Löhne stehen nach dieser Erklärung des Herrn Abg. Fischel noch nicht so niedrig, wie der Höchststand des Jahres 1898 war, das doch mitten in die Hochkonjunktur hineinfiel. In manchen Branchen liegen freilich normale Verhältnisse nicht vor. Herr Fischel erklärte, daß auf diesen Gebieten vielfach mit Ueberreibungen gearbeitet werde und führte an, daß die 1280 Hilfsarbeiter, die die Stadt für einen Tagelohn von 2,00 M. annehmen wollte, nur gerade zusammengebracht werden konnten. Es war keine Rede von einem Ausbruch, kein Arbeiter, der sich meldete, wurde zurückgewiesen. (Lachen des Abg. Singer.) Es ist freilich selbstverständlich, daß sich in solchen Verhältnissen die Dinge jeden Tag ändern können. Herr Fischel hat mir eine statistische Tabelle mitgeteilt, aus der sich, wenn ich sie recht verstehe, allerdings ergibt, daß die Beitragszahlungen für die Berliner Krankenassen in der letzten Zeit abgenommen haben, was auf eine gewisse Verschlechterung der Situation schließen läßt. Es ist weiter sehr wahrscheinlich, daß sich die Arbeitslosigkeit im Januar und Februar, wie das alljährlich der Fall ist, noch steigern wird. In welchem Umfange, das hängt natürlich von der Bitterung ab.

Ich habe mich an sämtliche Reichsressorts gewandt mit der Frage, in welchem Maße sie mit den ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln in der Lage wären, Arbeit zu schaffen, denn es kommt doch jetzt nicht darauf an, neue Gesetze zu machen, sondern so schnell wie möglich Arbeit zu schaffen. (Sehr richtig! b. d. Soc.) Das Reichs-Postamt hat mir geantwortet, daß die Ober-Postdirektionen angewiesen seien, die bewilligten Mittel so viel wie möglich dazu zu verwenden, alle Bauten mit Aufhöhen der eigentlichen Winterpausen in vollem Umfang fortzusetzen und ferner alles vorzubereiten, um die im Etat für 1902 vorgesehenen Neubauten, sobald sie vom Reichstag bewilligt sind, alsbald in Angriff zu nehmen. Arbeiterentlassungen und Lohnkürzungen haben im Betriebe der Post- und Telegraphenverwaltung und bei der Reichsdruckerei nicht stattgefunden.

Herr v. Thielen hat mir in seiner Eigenschaft als Chef der Reichseisenbahnen geantwortet: Ich habe aus Anlaß der bestehenden Krise angeordnet, daß in der Reichseisenbahnverwaltung Arbeiter, die durch den Verkehrsrückgang entbehrlich geworden sind, gleichwohl nicht aus dem Eisenbahndienst entlassen werden sollen. Solche Personen sollen in geeigneter Weise anders beschäftigt werden und überall zum Ersatz des natürlichen Ausfallens von Arbeitern verwendet werden. Die ständig bei der Verwaltung beschäftigten Arbeiter sollen in ihren Lohnbezügen keinerlei Verkürzung erleiden. Nur bei Neueinstellungen sind geringere als die bisher gezahlten Anfangslöhne zu bewilligen und Lohnhöbungen jedenfalls zurückzuhalten. Alle Arbeiten sind soweit wie möglich zu fördern. Alle Neubauten sollen, soweit es das Wetter erlaubt, begonnen werden. Der Staatssekretär des Reichs-Marineamts teilt mir mit, daß auf der kaiserlichen Werft in Danzig der Umbau von Seiner Majestät Schiff „Ludwig“, der planmäßig erst im Rechnungsjahr 1902 begonnen werden sollte, schon jetzt in Angriff genommen werden soll. Auf allen drei kaiserlichen Werften werden, so weit wie möglich, die Betriebsanrichtungen für das Rechnungsjahr 1902 schon jetzt in Arbeit gegeben.

Wir müssen dabei stehen bleiben, daß die Fürsorge in solchen Verhältnissen Sache der Kommunen und Einzelstaaten ist, und daß das Reich nur vorgehen kann, um einem akuten Notstand abzuwehren, soweit im Etat Mittel dafür vorhanden sind. Dafür ist Sorge getroffen und ich kann nur wünschen, daß der neue Etat möglichst bald wieder zur Verabschiedung gelangt, damit wir möglichst bald wissen, über welche Mittel wir verfügen können und weiter, ohne das Staatsrecht zu verletzen, in dieser Weise vorgehen können.

Nun noch eine allgemeine Bemerkung. Es wird mir in verschiedenen dieser Berichte mitgeteilt, daß sich Zeichen dafür geltend gemacht hätten, daß die Krise ihren Tiefstand im allgemeinen erreicht habe und daß, wenn jetzt nicht Verstärkungen in größerem Maße eingingen, diese Erscheinung vielleicht auf Spekulationsmanövern beruhe, um die Preise zu drücken. Denn man habe die Beobachtung gemacht, daß Agenten, die Bestellungen bei den Fabriken machten, diese Bestellungen häufig als außerordentlich dringend bezeichneten, was ein Beweis für die angegebene Vermutung zu sein scheint.

Man ist auf die Arbeitslosenzählung gekommen. Diese ist eine der schwierigsten Aufgaben, die überhaupt existieren. Der verstorbene Direktor des reichsstatistischen Amtes, Herr von Saeckel, ein ausgezeichnete Rationalökonom und Statistiker und ein sehr vorurteilsfreier Mann, hat mir noch vor kurzer Zeit eine Denkschrift vorgelegt, in der er die fast unüberwindlichen Schwierigkeiten darlegt, die einer richtigen Arbeitslosenzählung entgegenstehen. Ein Arbeitsloser ist ein Mann, der körperlich fähig und gewillt ist, eine seinen körperlichen oder geistigen Kräften entsprechende Arbeit zu übernehmen. Alle diese Voraussetzungen statistisch zu erfassen und festzulegen, ist eine fast unlösbare Aufgabe. Ich bin auch persönlich der Ueberzeugung, daß die letzte Arbeitslosenzählung von 1896 ein sehr aufsehbares Material darstellt: Im ein Bild von dem Stand des Arbeitsmarktes zu gewinnen, muß man die Arbeitsverhältnisse in den einzelnen Kommunen beobachten und sich ein Urteil bilden nicht unter Zuziehung der Polizei, der bei uns in Deutschland meines Erachtens viel zu viel zugemutet wird (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten), sondern unter Zuziehung von Arbeitgebern und Arbeitnehmern.

Ich habe es bedauert, daß Abg. Wedel abfällige Worte gefunden hat für die Errichtung der arbeitsstatistischen Abteilung im reichsstatistischen Amte. Ich hatte erwartet, daß diese Maßregel auch den Verfall der socialdemokratischen Abgeordneten finden würde. Sie bedeutet jedenfalls eine Verbesserung des bestehenden Zustandes; es wird damit eine dauernde Stelle beim statistischen Amte eingerichtet, die vorzugsweise berufen sein wird, die Verhältnisse der Arbeiter, des Arbeitsmarktes, die Beschäftigungs- und Lohnverhältnisse in den einzelnen Arbeitszweigen fortgesetzt zu verfolgen und das Material der Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Vielleicht wird man nach englischen Muster in kurzen Zwischenräumen graphische Darstellungen über die Verhältnisse auf dem Arbeitsmarkt, etwa in der Form von Kurven, veröffentlichen.

Die bestehende Abfahrtskrise hat ihre ersten Ursachen auch vom socialpolitischen Standpunkt. Aber woher ist diese Krise entstanden? Bei einer steigenden Konjunktur werden kolossale Kapitalien in Neubauten investiert, die auf eine vorübergehende Situation berechnet sind und selbstverständlich nicht ausgenutzt werden können, sobald die Hochkonjunktur zurücktritt. Eine weitere Folge dieses Verfahrens ist, daß man durch hohe Löhne die Arbeiter von ihrer bisherigen Arbeitsstelle, wo sie ein sicheres, dauerndes Einkommen hatten, lockt und sie nach den großen Centren der Industrie zieht; wenn dann solche Krisen eintreten, dann sind die Leute arbeitslos, und es treten Zustände ein, wie wir sie jetzt haben. Dann treiben die Arbeiter als menschliches Pflanz auf dem überfüllten und überwühlten Arbeitsmarkt umher. Man hat versucht, diese Arbeiter auf das Land wieder zurückzuführen; soweit meine Mitteilungen reichen, mit einem recht bescheidenen Erfolg. (Sehr richtig! rechts.) Es ist nicht nur ein Zeichen der Arbeiterbevölkerung, sondern das geht in sehr viel höhere Kreise der Gesellschaft hinauf, daß, wer einmal die Wilder der Großstadt in sich aufgenommen hat, es als eine Verfallstrafe betrachtet, wenn er nun auf das platte Land oder in eine kleine, stille Provinzstadt zurückgehen soll. Das ist die psychologische Seite der Frage. Es kommt aber auch eine physische Seite hinzu. Die Arbeiter, die längere Zeit in geschlossenen Räumen gearbeitet haben, besitzen nicht mehr die körperliche Widerstandskraft, um Wind und Wetter draußen auf dem platten Lande zu ertragen. Deshalb wollen sie zum großen Teil nicht zur alten Arbeitsstätte zurück.

Man hat einmal von meiner agrarischen Weltanschauung gesprochen, aus der meine Rede zur Verteidigung des Postarbeits hervorgegangen ist. Nein, nicht aus einer agrarischen, sondern aus einer socialpolitischen Weltanschauung ist dieselbe hervorgegangen. Auf der Pariser Weltausstellung war in plastischen Darstellungen in der deutschen Abteilung das Wachstum der Großstädte in den letzten 20-30 Jahren demonstriert. Die ungeheure Zunahme der Großstädte, die sich daraus ergab, war geradezu überraschend. Ist es aber ein erfreulicher Zustand, wenn die Industriezentren in dieser Weise wachsen, wenn die Bevölkerung immer mehr sich konzentriert? Ich würde es für socialpolitisch richtiger und weislicher halten, wenn sich die Bevölkerung möglichst gleichmäßig über das ganze Land verteilt hätte. Das kann man aber nicht erreichen durch polizeiliche Maßregeln. Ich halte jeden Versuch, die Freizügigkeit mittelbar oder unmittelbar zu beschränken, für vollkommen utopisch. Das ist in unserer Zeit der Eisenbahnen und billigen Verkehrsverhältnisse nicht mehr möglich. Man muß dafür sorgen, daß die Arbeiter sich auf dem Lande wieder wohl fühlen wie bisher, indem man in großartigem Umfang mit der Ansiedelung auch in anderen Landesteilen Deutschlands vorgeht. Je mehr Leute wir eine Scholle verschaffen, desto mehr wird es uns gelingen, durch alle diese kleinen Dämme die Bevölkerung auf dem Lande zu erhalten und das Zustromen nach den großen Industrie-Centren zu vermeiden.

Abg. Dr. Zahn machte der Regierung den Vorwurf, sie habe nichts gethan, um die industrielle Ueberproduktion

abzumindern. Wie hätte die Regierung das wohl anfangen sollen. Man kann in unserer Zeit keine Maßregeln mehr ergreifen, um die Bewegung oder die Erzeugung der Güter einzuschränken, oder um die persönliche Freiheit des Einzelnen irgendwie zu behindern. Auch in unserer Zeit der socialpolitischen Krisen muß jeder die Folgen der eignen Handlungsweise tragen. Wir können nur das dringende Ersuchen an die Industrie richten, angesichts der heutigen Erfahrungen, wohin die Ueberproduktion führt, recht vorfristig in der Errichtung neuer Anlagen zu sein. Aber, meine Herren, wir müssen Sie auch bitten, wenn Sie zu den Arbeitern kommen, verbreiten Sie unter ihnen die Erkenntnis, daß es sehr gefährlich für sie ist, einen sichern, wenn auch bescheidenen Arbeitsplatz zu verlassen und gelockt von hohen Löhnen in den Zeiten der Hochkonjunktur nach den Großstädten zu strömen. Auch der Arbeiter trägt dann teilweise die Verantwortung, wenn er arbeitslos wird, ebenso wie der kleine Kapitalist, der gelockt von hohen Zinsen seine sicheren Papiere verkauft und unsichere Werte erwirbt.

Der Herr Vorredner hat von der Versicherung gegen Arbeitslosigkeit gesprochen. Soweit Erfahrungen darüber vorliegen — allerdings sind sie nur in einem sehr kleinen und beschränkten Gebiet gemacht —, sind sie nicht besonders ermutigend. Es giebt Männer der Wissenschaft, die behaupten, daß die Arbeitslosigkeit überhaupt nicht Gegenstand der Versicherung sein kann, weil das Eintreten des Versicherungsfalles in so hohem Maße von dem Willen des Versicherten selbst abhängig ist, daß man das Risiko nicht übernehmen kann. Immerhin will ich anerkennen, daß es außerordentlich wohlthätig wäre, wenn Mittel gefunden würden, um solchen Arbeitlosen abzuwehren, weil neben den Leichtsinnigen auch zahllose Unschuldige leiden. Sehr ausserordentliche Ansichten über die Arbeitslosen-Versicherung sind in der Wissenschaft und bei den Socialisten vorhanden. Jede Arbeitslosen-Versicherung hat eine Voraussetzung, daß es nämlich gelingt, statistisch absolut korrekt die wirkliche Arbeitslosigkeit zu erfassen. Ehe wir aber — das ist meine Anschauung, ich kenne die der verbündeten Regierungen nicht — zu solchen Experimenten schreiten, müssen wir eine ganz andre statistische Grundlage dafür finden, als wir sie jetzt haben. Sehr zweifelhaft würde es mir auch erscheinen, ob wir nicht vielleicht viel wichtiger socialpolitische Aufgaben zu lösen haben als die Arbeitslosenversicherung, weil sie permanente Zustände treffen, während die Arbeitslosigkeit doch ein vorübergehender Zustand ist. Bevor aber diese Fragen näher geklärt sind, müssen energische Maßnahmen ergriffen werden, um den Notstand zu mildern, indem die Kommunen ihre Kräfte hier einsetzen und die Arbeitervereinigungen. Wenn die gewerkschaftlichen Vereine so ihre Thätigkeit auffassen, daß sie große Fonds anammeln, um die Arbeitslosen zu unterstützen, dann erlaube ich diese Thätigkeit für segensreich und nützlich.

Die Herren werden sich davon überzeugen, daß wir in einem Tempo in der Socialpolitik vorgehen, wie kein andrer Staat. Auch in dieser Session wird Sie ein socialpolitisches Gesetz noch beschäftigen. Fortgesetzt versuchen wir, die Lage der Arbeiterklasse zu bessern. Die innerhalb der Etats bereitgestellten Mittel sollen so schnell wie möglich verbraucht werden, um Arbeit zu schaffen. Einen solchen Weg werden Preußen, die Einzelstaaten und die Kommunen einschlagen. Bei sachverständiger, gemeinsamer Arbeit, bei der auch die Arbeitslosen mitwirken können, hoffen wir über die Krisis hinwegzukommen. (Bravo! rechts, im Centrum und bei den Rational-liberalen.)

Auf Antrag Singers wird die Besprechung der Interpellation beschlossen.

Abg. Dr. Sipe (L.):

Die Arbeitslosigkeit verdient eine Erwiderung auch hier. Es besteht Not im Lande, es dringen Notrufe an uns. Deshalb können wir der socialdemokratischen Fraktion dankbar sein, daß sie die Interpellation gestellt hat. Hätte sie es nicht gethan, so würden wir es gethan haben. Nur aus Höflichkeit haben wir es unterlassen, weil schon im Herbst bekannt war, daß die Socialdemokraten interpellieren würden. Im vorstehenden Landtag hat ja auch meine Fraktion eine solche Interpellation gestellt. Dankbar können wir auch dem Staatssekretär für die Art seiner Verantwortung der Interpellation sein. Nur will es mir erscheinen, als ob seine Berichtsteller die Krisis zu optimistisch beurteilen. Aus welcher Zeit stammen diese Berichte? Ich teile nicht die Auffassung, die auch Herr v. Meinhofen ausgesprochen hat, daß wir den Höhepunkt der Krisis bereits erreicht haben. Notwendig erscheint mir vor allem, daß wir eine offizielle Klarstellung über den Umfang der Arbeitslosigkeit erhalten. Der Staatssekretär scheint diesem Gedanken nicht sehr geneigt zu sein. Er hat die Ergebnisse der Arbeitslosen-Statistik von 1895 kritisiert. Gewiß sind dabei Fehler vorgekommen. Die damalige Statistik gab nur ein Augenblicksbild, aber sie hat doch selbst auf socialdemokratische Kreise gewirkt: der Glaube an das Märchen von der industriellen Reserve-Armee ist seitdem zurückgegangen. Jetzt würde eine solche Statistik viel sorgfältiger von der Kommission für Arbeiterstatistik unter Zuziehung von Arbeitern und Unternehmern vorbereitet werden. Sie müßte sich auch auf die bisher ergriffenen Mittel gegen die Arbeitslosigkeit erstrecken und so ein getreues Bild der gegenwärtigen Situation bieten. Die Arbeitslosigkeit wirkt verheerend auf die Arbeiterklasse und alle Parteien sollten Hand in Hand gehen, um sie einzuschränken. Auf dem Wege der Armenpflege im gewöhnlichen Sinne ist ihr nicht beizukommen. Die Arbeiter empören sich mit Recht darüber, daß sie unverdienter Arbeitslosigkeit mit Verlust der politischen Rechte bezahlet werden. Wenn auch anzuerkennen ist, daß die Unternehmer dank der Maßnahmen der Centralbehörde jetzt rücksichtsvoller als früher bei Arbeiterentlassungen vorgehen, empfiehlt es sich doch, daß die Kommunen helfend eingreifen und Kostenträger gründen, aus denen die Arbeitslosen unterstützt werden, ohne daß sie ihre politischen Rechte verlieren. Es sollten Kostenträgerkommissionen gebildet werden, die die ganze Angelegenheit in die Hand nehmen. Auch könnten Vorstöße aus den Kostenträgern gelenkt werden. Manche Arbeiter würden, wenn es ihnen wieder besser geht, den Vorstoß gern zurückzahlen. Außer gewöhnliche Zustände erfordern außerordentliche Mittel. Die Kommunen können viel thun, Schulbauten gerade jetzt errichten, Kanalisieren usw. Gerade jetzt sollten sie Grund und Boden erwerben und an gemeinnützige Baugenossenschaften weiter geben. Straßenzüge könnten neu angelegt werden. Aber auch die Einzelstaaten und das Reich müßten helfend mit Arbeit einspringen. Wir werden uns den Etat diesmal sehr genau darauf ansehen, welche Bauten sich beschleunigen lassen. Wir müssen erwägen, was augenblicklich und was für die Zukunft zu thun ist, um solche Krisen zu mildern. Der Ausbau der Arbeitsnachweise ist eine wichtige socialpolitische Aufgabe. Das ganze Land muß mit einem Netz von Arbeitsnachweisen überzogen werden, auch das platte Land. Es ist ganz falsch zu glauben, daß man die Landarbeiter verhindern kann, ihre Stelle zu wechseln. Der Abfluß vom Lande ist organisiert, aber die Zurückführung nicht. Das muß nachgeholt werden. Es fehlt den Arbeitsnachweisen die Organisation nach Provinzen und die Centralisation, das muß nachgeholt werden. Die Post muß in den Dienst der Arbeitsvermittlung gestellt werden mit ihrem Telephonnetz. Wie schön wäre es, wenn in den Postgebäuden eine Nachweisung des Arbeitsmarktes zu finden wäre. Weiter müssen Naturalverpflegungstationen für den wandernden Arbeiter in Ergänzung zu den Arbeitsnachweisen organisiert werden. Eine weitere Ergänzung der Naturalverpflegungstationen müßten die Arbeiterkolonien sein. Es ist nicht die erste Krise und wird nicht die letzte sein. Marx glaubte an eine Gesetzmäßigkeit in der Wiederkehr der Krisen und führte sie zurück auf die Anarchie in der Produktion. Eine gewisse Anarchie besteht, aber sie ist zu mäßigen. Vor allem steigt der Konsum der breiten Masse beständig. Das Marx sich in

dieser Beziehung irrt, ist nicht bloß die Anschauung bürgerlicher Gelehrter, auch Bernstein hat diese Krisentheorie auf ihren wahren Wert zurückgeführt.

Herr Wedel glaubt an eine geregelte Produktion und Konsumtion im Zukunftsstaat; er sollte doch etwas vorsichtiger sein mit seinen Prophezeiungen, das müßte ihn schon der Widerspruch in den eignen Reihen lehren. Wie soll der Bedarf der Bevölkerung vorher bestimmt werden? Das ist doch heute nur in Gelangnissen möglich. Alle Theorien, die dahin gehen, die Konsumtion zu regulieren, führen mit Notwendigkeit zu einem Zwangsstaate. — Wir dürfen uns nicht über die Krisen mit Klagen oder Redensarten wie die von den fetten und fetten mageren Jahren hinwegwälzen, sondern müssen die Ursachen der Krisen untersuchen. Einen Teil der Schuld tragen jedenfalls die Banktrahs. Gegen ihre Wiederholung muß auf dem Gebiete der Gesetzgebung vorgegangen werden. Weiter ist zweifellos ein Teil der Schuld an den Krisen dem Gebahren der Syndikate und Kartelle beizumessen. Auch ihren Ausdehnungen muß durch die Gesetzgebung begegnet werden. Auf eine weitere Ursache der Krisen hat schon Graf Vosadowsky hingewiesen, es ist die Ueberproduktion. Um diese für die Zukunft zu vermeiden, müßte die Produktionsstatistik regelmäßig weiter fortgeführt werden, aber die Zahl der Betriebe und der beschäftigten Arbeiter müßte dauernd beobachtet werden, im Auslande wären Beobachtungsstationen zu errichten.

Zwei Lehren bietet uns die jetzige Krisis. Erstens beweist sie die Solidarität der Interessen zwischen Unternehmer- und Arbeiterorganisationen. Nur in Zeiten des industriellen Aufschwungs können die Arbeiterorganisationen sich günstig entwickeln. Zweitens lehrt uns die Krisis, die Notwendigkeit des Schutzes der Landwirtschaft. Wir sehen hier, daß wir nicht alles auf eine Karte setzen können. Sondern daß die Landwirtschaft den Rückhalt der Industrie bildet. (Sehr richtig! rechts.)

Ich komme nun noch kurz auf die Arbeitslosenversicherung. Nachdem das Deutsche Reich für die Arbeitslosigkeit infolge Krankheit, Invalidität zuerst vor andern Staaten gesorgt hat, möge es auch an eine Versicherung der infolge mangelnder Arbeitsgelegenheit Arbeitslosen denken. — Eine solche Arbeitslosenunterstützung haben ja die Gewerkschaften schon seit langer Zeit eingeführt. Wie sich diese zu einer Zwangsversicherung durch den Staat stellen, wissen wir nicht. Das ist auch wieder ein Beweis für die Notwendigkeit eines Arbeitsamts. Jedenfalls müßte sich die Arbeitslosenunterstützung der Verschiedenartigkeit der Verufe anpassen. Bei entsprechender Veränderung ihrer Organisation könnten sich sehr gut die Berufsgenossenschaften dieses Versicherungszweiges annehmen. Eine Reihe von Berufs-genossenschaften, z. B. die Knappschafts-Berufs-genossenschaften, bieten ohne weiteres eine geeignete Basis für die Einführung der Arbeitslosen-Unterstützung. — Es war mir interessant, daß der Redner der Socialdemokratie von der Arbeitslosen-Unterstützung nicht sprach, für die Herren Socialdemokraten scheint also die Frage noch zu dringlich zu sein. Sie ist ja auch noch wenig geklärt. Natürlich könnte sich eine Kommission mit den Plänen auf diesem Gebiete beschäftigen. Mit deutscher Kraft, deutschem Fleiß und Gottvertrauen werden wir hoffentlich die Schwierigkeiten der jetzigen Situation überwinden.

Abg. Göttsch (fr. Sp.):

Wir glauben, daß die Arbeitslosigkeit weit größer ist, als das amtliche Material dies erscheinen läßt. Man vergißt bei solchen Berechnungen gewöhnlich die Zunahme der Bevölkerung in Rechnung zu ziehen. Besonders schwer hat ja die Krisis auf die Eisenindustrie eingewirkt. In einem Werke sind von 8000 Arbeitern des Vorjahres jetzt nur noch 1000 beschäftigt. Auch sonst haben Entlassungen bis zu 5 Proz. stattgefunden.

Als Ursache der Krisis gab Graf Vosadowsky an, daß zu viel Kapitalien einzelnen Industrien zugeflossen wären. Das ist doch eine etwas mechanische Auffassung. Rationgemäß wendet sich das Kapital den Industrien zu, die besonders prosperieren. Würde der Rat des Grafen Vosadowsky, das Geld viel mehr den dauernden Renten zuzuführen, allgemein befolgt, so würden diese natürlich sehr bald im Hinblick beträchtlich sinken, und dadurch würde sich wieder die Neigung des Publikums steigern, sich höher verzinsten Industriepapieren zuzuwenden. — Daß die Krisis sich gerade in der Eisenindustrie am meisten bemerkbar macht, liegt vor allem daran, daß in Zeiten des wirtschaftlichen Aufschwungs sich die Bahnbauten besonders infolge des bisherigen Sparsystems ganz plötzlich kolossal vermehren. Hoffentlich sorgt die Eisenbahnverwaltung dafür, daß in der jetzigen schlechten Konjunktur die Bauthätigkeit nicht wieder ganz einhüllt, sondern stetig vorwärts geht.

Auch die kolossale Steigerung der Elektrizitäts-Industrie hatte einen enorm gesteigerten Eisenbedarf zur Folge. Damit ging Hand in Hand eine Steigerung des Bedarfs an Kohlen und Erzen. Die Eisenpreise wurden stark erhöht, nicht ohne Mitwirkung der Dörfe. Die Altiengeellschaften mußten die günstige Konjunktur benutzen, um die notwendigen Neubauten ihrer Betriebe herbeizuführen. Und damit erfolgte wiederum eine Steigerung des Verbrauchs von Eisen, Kohlen und Erzen. So ging die Bewegung wechselseitig weiter, bis schließlich der Moment der Ueberproduktion eintritt. Damit aber ist das Vertrauen verloren. Die Finanzkrisis tritt natürlich immer noch eher ein als die Krisis in der Industrie selbst. Die Industrie sucht zunächst die hohen Preise des Zustandes aufrecht zu erhalten und die überschüssenden Produkte zu wesentlich billigeren Preisen an das Ausland abzuführen. Damit erfolgt eine Stärkung des ausländischen Marktes, die schließlich wieder ungünstig auf den inländischen Markt einwirken wird.

Gegen den Wunsch des Abg. Wedel, daß der Staat das Monopol der Kohlengruben-Ausbeutung übernehme, hege ich aber die allergrößten Bedenken. Wir haben bisher mit den Staatsmonopolen schlechte Erfahrungen gemacht. Es hat mich auch gewundert, daß gerade die Konservativen sich für einen Anschluß des Preussens an das Kohlenmonopol erklärt haben. Auch auf diesen Gebieten zeigen sich die ungünstigen Folgen der Schutzoll- und der Kartellpolitik.

Es wird auch im socialistischen Zukunftsstaat nicht möglich sein, die ganze Produktion so festzulegen, daß sie genau der Konsumtion entspricht. Auch den Kartellen ist das in keiner Weise gelungen. Zur Krisis hat auch die unzeitige Sparsamkeit der Nationalen Finanzpolitik beigetragen. Herr Vertheim, den wir demnächst wohl in diesem Hause begrüßen werden, ist gewiß auch der Meinung, daß auch der socialistische Staat das Unternehmertum nicht durch eine gesellschaftliche Organisation wird ersetzen können. (Zuruf bei den Socialdemokraten: Altiengeellschaften!) Die versprechen es auch nicht immer! Auch im socialistischen Zukunftsstaat werden wir nur irrende Menschen sein, und Talente werden nicht mehr gezüchtet werden als bisher.

Ein bedeutendes Mittel zur Beseitigung der Arbeitslosigkeit würde die alsbaldige Ausführung des Mittelland-Kanals sein. Herr v. Quittner hat den Grund seiner Zeit einmal mit neun Monaten ausgedeutet, bei dem Kaiser Wilhelms werden es vielleicht neun Jahre oder noch länger. Jedenfalls kommt die Kanalvorlage für dies Jahr leider nicht mehr in Betracht. Herr Wedel nannte uns eine Fülle von kulturellen Aufgaben, für die er sofort eine Milliarde bewilligen würde. Aber seine reichhaltige Musterkarte ist eigentlich momentan ohne praktische Bedeutung.

Wir stehen auf dem Standpunkt, daß nicht nur die Kommunen und die Einzelstaaten, sondern auch das Reich in Zeiten der Krisis die Pflicht hat, so viel wie möglich Arbeitsgelegenheit zu schaffen. Es darf aber alles Mittel für die Arbeitslosen uns nicht verführen, eine ungeheure Finanzpolitik zu treiben. Für unrentable Anlagen dürfen keine Arbeiten aufgenommen werden, aber die ungünstige Konjunktur muß möglichst zur Schaffung von Vermögensanlagen verwendet werden, für die wir gern bereit sein werden, Mittel zu bewilligen. Damit wird es hoffentlich gelingen, die vorübergehende Krise zu überwinden.

Das sonstige socialpolitische Wohnfragen betrifft, so ist die Frage eines Magalarbeiterstages für uns

durchaus diskutabel. Selbstverständlich treten wir auch für den Gang der gewerblichen Arbeit ein. Die Frage der Arbeitslosenversicherung haben wir zum Gegenstand eines besonderen Artikels gemacht. Etwas ähnliches tritt auch bereits ein. In der Arbeiterschaft nach dem Ende ein. Ihre Aufgabe hat sich trotz der schlechten Zeiten günstig entwickelt. Nun will man durch die Zolltarif-Vorlage diese Aufgabe gefährden; wie viel Elend und Jammer mühe dadurch entstehen! Unsere Maschinenindustrie arbeitet heute fast nur noch für das Ausland. Im Vorgebirge wird die ganze Fülle der Kräfte sich erst im nächsten Jahre bemerkbar machen. (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.) Das, was den Unternehmungsgeist unserer Industrie lähmt und eine wirtschaftliche Besserung geradezu unmöglich macht, das ist die Unsicherheit unserer handelspolitischen Zukunft. (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.) Das Kapital ist ja da, das Geld ist fabelhaft billig, alle Anzeichen werden kolossal übergezeichnet. Aber überall fehlt das Vertrauen. Die Kaufverträge wollen den Zolltarif so bald wie möglich unter Dach und Fach bringen. (Sehr richtig! recht.) Wir sagen: sehr falsch! Viele Industrielle haben eine Todesangst vor diesem Zolltarif. Mit dem gegenwärtigen autonomen Tarif würde man leichter zu günstigen Handelsverträgen kommen. So lange diese Unsicherheit nicht aus der Welt geschafft wird, wird man zu keiner noch viel gefährlicheren Arbeitslosigkeit als der jetzigen kommen, wenn wir nicht zurückkehren zu einer gesunden Handelspolitik! (Beifall links.)

Darauf verlegt sich das Haus. Präsident Graf v. Helldorf: Nach der mir vorliegenden reichhaltigen Rednerliste wird die heute abgebrochene Debatte kaum schon morgen beendet werden, sondern sich noch auf Montag ausdehnen. Am Dienstag werde ich an erster Stelle die noch ausstehenden Wahlsprachen auf die Tagesordnung setzen. Nächste Sitzung Sonnabend 1 Uhr. (Fortsetzung der heutigen Beratung.) Schluß 6 Uhr.

## Wirtschaftlicher Wochenbericht.

Berlin, den 17. Dezember.

Dieselbe Tendenz, nur einige Grade schwächer: in diesen Tagen läßt sich die Haltung der Börse während der letzten Berichtwoche im Vergleich zur ersten Woche des Jahres zusammenfassen. An die Stelle der Spekulationslust ist eine gewisse Reserve getreten. Kommt zwar im ganzen die Haltung als fest gelten, so ist doch das Geschäft merklich stiller geworden, und deutlich tritt die Reizung hervor, zunächst abzuwarten, wie sich die Wirtschaftslage gestaltet. Durchwogen läßt sich ein leichtes weiteres Anziehen der Kurse konstatieren, wenn es auch andererseits nicht an kleinen Abwärtsbewegungen fehlt. Besonders erfahren Eisen-, Bahn- und teilweise auch Bankaktien verschiedene Kurssteigerungen, während Kohlenaktien auf einlaufende Meldungen hin, daß die Lager überfüllt seien und weitere Förderungseinschränkungen bevorstünden, im ganzen zur Schwäche neigten.

Unausgütig wirkte, wie sich vornehmlich am Mittwoch zeigte, auf die Haltung auch die schwache Tendenz der New Yorker Börse ein, an der die Depression andauert. In den verschiedenen, im vorigen Wochenbericht erwähnten Umsätzen, die auf ihren Verkehr bedürfen, gestellte sich am Dienstag weiter die Zahlungsstellung des amerikanischen Präsidenten George W. Phillips, der seine Hausspekulationen auf 5 Millionen Pfund Sterling, 1,2 Millionen Pfund Sterling und 600 000 Pfund Sterling liquidiert; ein Falliment, das die Chicagoer Getreidebörse erschütterte und auch auf die New Yorker Effektenbörse nicht ohne lähmenden Einfluß blieb.

Dr. Phillips, in Firma George W. Phillips u. Co., war einer der bedeutendsten Hausspekulanten Chicagos in Getreide, der allerdings, wenn es ihm die Umstände rissam erscheinen ließen, auch in die Baisse spezialisierte. Interessant ist, daß er nebenbei Mitarbeiter der hier von Professor Rühlmann zur Regulierung der Getreidepreise herausgegebenen und von der „Deutschen Tageszeitung“ angepriesenen Zeitschrift „Getreidemarkt“ ist. Das „Berliner Tageblatt“ nimmt diese Mitarbeiterschaft Phillips an dem hochagrarischen Organ zum Anlaß, um sich mit folgender Bemerkung auf die agrarische Presse zu wenden: „Wie zweifelhaft hierüber kein Augenblick, daß Professor Rühlmann Herrn Phillips in bestem Glauben zu Wort kommen ließ. Indes ergibt sich daraus doch, daß Herr Rühlmann in der Auswahl seiner Gewährsmänner nicht die erforderliche Vorsicht übt, und wir möchten wohl wissen, welches Geschrei die agrarische Presse erheben würde, wenn sie einen Mann wie Phillips an die Spitze der liberalen Presse hängen könnte.“

Die in der Auslastung zum Ausdruck kommende Grundstimmung ist etwas übel angebracht, denn es kann kaum ein Zweifel darüber bestehen, welcher politischen Richtung die Mehrheit des Spekulantentums beizugehört ist, der hyperagrarischen oder derjenigen, welche das „Berliner Tageblatt“ repräsentiert. Zudem aber tritt sich das Tagesblatt, wenn es annimmt, jene Agrarier, deren Interessen die Rühlmannsche Zeitschrift vertritt, wären thätig gegen Getreide Spekulationen an sich eingenommen. Uföolnt nicht. Die „Water Bloch“, halten die meisten seiner Bestimmungen verteidigen heute noch so ein bißchen spekulieren keineswegs für eine Sünde gegen den agrarischen Geist, und regelmäßig, wenn im Sommer aus Deutschland oder fremden Ländern ungünstige Saatensstands-Berichte sich einstellen, zeigt sich, daß die agrarische Presse diese Meldungen mit Vergnügen interpoliert und durch übertriebene Nachrichten eigener Korrespondenten zu ergänzen sucht, und so der Hausspekulation eine Grundlage bietet, auf der diese sich bei ihren Manipulationen zu stützen vermag. Die Vorgänge des letzten Sommers und Herbstes liefern dafür die besten Belege. Was der Agrarier richtiger Konkrete verabsäumt, sind nur die Hausspekulationen, die auf die Getreidepreise drücken. Ich glaube, es wird schwer halten, aus der „Deutschen Tageszeitung“ ein Beispiel beizubringen, in der sie sich mit ähnlichem Grimm gegen Hausspekulationen in Getreide ausdrückt, wie gegen die Hausspekulationen. Auch Rühlmanns heftige Angriffe gegen den amerikanischen Elevatoren-King laufen lediglich darauf hinaus, daß dieser im Herbst, wenn die Ablieferung der Farmer beginnt, durch die verschiedenartigen Mandate auf den Preis zu drücken sucht; dagegen findet man bei Rühlmann eine merkwürdige Sympathie für Mr. Leiter, dem Entrepreneur des 1898er Weizen-Corners. Also, weshalb sollte er nicht gerade Mr. Phillips als besonders befähigt zur Mitarbeiterschaft an seiner Zeitschrift halten, da dieser doch meist à la hausse spekuliert. Wenn er im vorigen Sommer mal das Gegenteil versuchte, war dies ja nur eine vorübergehende Schwäche.

Aus dem Gebiete der obererheinischen Montanindustrie wurde in den letzten Tagen gemeldet, es wären von der dortigen Eisenindustrie Lieferungsverträge in dem Umfange gemacht, daß wenigstens für das laufende Quartal ziemlich Beschäftigung gesichert sei; und aus Ober-Sachsen kam die Nachricht, daß die in Deutchen abgehaltene Generalversammlung des obererheinischen Kohlenindustrials einen ausföhlenden Voten-Rudde! begab. Martin-Rohlfen an die Bismarckhütte verkauft hat. Demio sollen die schlesischen Walzwerke für die nächsten 2-3 Monate ziemlich mit Aufträgen versehen sein. Auch an Meldungen über kleine Preiserhöhungen seitens einzelner Vereinigungen und Verbände der Eisenbranche fehlt es nicht; z. B. haben die rheinisch-westfälischen Stabeisenwerke gemeinsam mit denen des Saar- und Moselgebiets eine Erhöhung des Preises um 5 Proz. beschlossen.

Alle derartige Meldungen, die von manchen kapitalistischen Blättern so leicht als Beweise für die Wiederbelebung des Geschäfts registriert werden, haben, so erfreulich sie an und für sich sind, doch nur höchstens die Bedeutung, daß vorläufig ein Fortarbeiten innerhalb der Grenzen der letzten Wochen gesichert ist. Darin die Anfänge eines neuen Aufschwunges sehen zu wollen, heißt mehr als optimistisch urteilen; denn so schwer auch Näheres über die Art der Lieferungsverträge zu erfahren ist, so geht doch aus dem Charakter der Mitteilungen deutlich hervor, daß die Aufträge eben hinreichend mögen,

in der nächsten Zeit einigermassen den Betrieb in dem reduzierten Umfang des vergangenen Quartals aufrecht zu erhalten; und vielleicht kann dies. Dazu aber kommt, daß es sich zum Teil um Exportaufträge zu außerordentlich niedrigen Preisen handelt. Inwiefern könnte, läme nur die Wirtschaftslage Deutschlands allein in Betracht, in dieser vorläufigen Sicherung einer möglichen Weiterbeschäftigung ein günstiges Zeichen dafür erblickt werden, daß der Tiefstand bereits überschritten ist. Aber die deutsche Eisen- und Stahlindustrie ist — und zwar gerade unter den jetzigen Verhältnissen — auf den Export angewiesen, und die Wirtschaftslage der Länder, die hierfür in Betracht kommen, gestaltet sich immer trüber. Rußland, das in den letzten Jahren ein bedeutendes Quantum der deutschen Eisenwaren- und Maschinenproduktion aufgenommen hat, erweist sich stetig weniger ausnahmsfähig und so weit dorthin exportiert wird, geschieht es durchweg zu unter den Produktionskosten stehenden Preisen, da die russische Eisenindustrie zu jedem nur halbwegs annehmbaren Preis verkauft. Nicht viel besser steht es um den Absatz nach Oesterreich und selbst der englische Eisenmarkt, der im letzten halben Jahr so bedeutende Mengen deutscher Eisen- und Stahlwaren aufgenommen hat, erweist sich als gesättigt. Die Preise für englisches Roheisen, Eisen- und Stabeisen wie für Fertigwaren sind beträchtlich zurückgegangen; neue Aufträge laufen nur spärlich ein aus verschiedenen Hauptstätten der englischen Eisen- und Stahlindustrie, vornehmlich aus dem Sheffield-Distrikt, Birmingham, Manchester, Wolverhampton werden Betriebseinschränkungen und die Einstellung von Feuerstätten berichtet, nur die Barrower Stahlwerke sollen noch für lange Zeit mit Aufträgen versehen sein. Hinzu kommt, daß trotz aller glänzenden Berichte aus Amerika auch dort die Lage der Eisen- und Stahlindustrie unsicher zu werden beginnt. Die guten Aufträge, die beispielsweise die englische Stahlindustrie bei ihren gesunkenen Preisen von dort erhoffte, sind ausgeblieben oder ganz unbeträchtlich ausgefallen.

Gegenüber einer derartigen Gesamtlage des Eisenmarktes besagt es, so erfreulich sie im einzelnen auch sein mögen, recht wenig, wenn da und dort kleinere und größere Aufträge bei deutschen Werken einlaufen und diesen vorläufig die Fortführung der Produktion ermöglichen. Ein weit besseres, wenn auch ebenfalls keineswegs untröstliches Barometer des industriellen Wetterstandes liefert die Ab- oder Zunahme der Arbeitslosigkeit und der Konsum von Kohlen und Coaks. Von einer Abnahme der Arbeitslosigkeit in den industriellen Bezirken ist aber bisher nichts zu verspüren, vielmehr trifft das Gegenteil zu; und was den Verbrauch von Brennmaterialien betrifft, so spricht die Ueberfüllung der Lager und die Herausziehung der Produktionsbeschränkung um circa 10 Proz. seitens des Coal-Syndikats eine deutliche Sprache, mag immerhin die milde Witterung nicht ohne Einfluß auf den Konsum sein.

In drei Tagen wird in Brüssel die Zuckerkonferenz wieder zusammentreten, um über einen Ausweg aus der Seelasse zu beraten, in die das zu Gunsten der Agrarier eingeföhrte Ausfuhrprämien-System die internationale Zuckerindustrie gebracht hat. Nach dem jüngst von einer französischen landwirtschaftlichen Zeitschrift veröffentlichten Mitteilungen ist unter der Hand zwischen den meistbeteiligten Mächten eine dahingehende Verständigung erzielt worden, daß vorläufig die Zuckerkarte in Dentschland und Oesterreich-Ungarn bestehen bleiben. Als Kompensation hierfür soll allen übrigen an der Konvention beteiligten, Nebenzucker produzierenden Staaten gestattet werden, eine Prämie von 2 Proz. per 100 Kilogramm erzeugten Zucker zu zahlen, und ferner soll Frankreich zur Ausgleichung der unangünstigeren Bedingung, unter denen seine Zuckerindustrie arbeitet, das Recht erhalten, eine Extra-Prämie von 4 Proz. per 100 Kilogramm zu gewöhren.

Ob thätiglich auf dieser Basis eine Verständigung zu Stande kommt, ist zum mindesten zweifelhaft, und noch zweifelhafter ist, ob England zustimmen wird. Es dringt im Interesse seiner Zucker erzeugenden Kolonien auf Abschaffung der Ausfuhrprämien, und in der gestrigen Thronrede, mit welcher der König das Parlament eröffnete, heißt es mit nicht mißzuverstehender Bezugnahme auf die Brüsseler Konferenz:

„Auf Einladung des Königs der Belgier ist eine internationale Konferenz zur Beratung über die Zuckerpriemien vor kurzem in Brüssel zusammengetreten. Ich hege die Überzucht, ihre Entscheidung werde zum Verlassen eines Systems führen können, durch das die zuckererzeugenden Kolonien und die Fabrikanten im Mutterlande beim Betriebe dieses höchst wichtigen Industriezweiges in unbilliger Weise belastet worden sind.“

Es ist keineswegs unabweislich, daß England, falls nicht das Prämien-System fällt, dazu übergeht, nach amerikanischem Muster Ausgleichsbezüge auf eingehenden Prämienzucker zu legen, umso mehr, als er dadurch eine gute Einnahmequelle zu teilweiser Deckung seiner Kriegskosten gewinnt.

**Parteigenossen in den Vororten! Versammelt nicht, die bis zum 30. d. M. anliegenden Wählerlisten zu den Gemeindevahlen einzusehen oder durch die am Mittwoch bekanntgegebenen Parteigenossen einzusehen zu lassen!**

## Berliner Partei-Angelegenheiten.

**Leser- und Diskussionsklub Südost.** Wie alljährlich feiert auch in diesem Jahre der Leser- und Diskussionsklub Südost sein Stiftungsfest. Der Genosse Paul Singer hält die Festrede. Das ausgezeichnet künstlerische Programm birgt für einen gewöhnlichen Abend. Das Fest findet am Sonntag, den 19. Januar im Gewerkschaftshause statt. Eintrittspreis pro Blätt 30 Pf.

**Lichtenberg.** Der Wahlverein ladet seine Mitglieder, aus deren Einsätzen bestimmt gerechnet wird, zum Montagabend 8 1/2 Uhr in die Bezirkslokale, deren Adressen anbei erfolgen, zu einer Besprechung über die Arbeitslosen-Zählung und zum Zwecke der Verteilung der „Zähler“ ein. Alle Gewerkschaftsmittglieder, auch die, welche nicht Mitglieder des Wahlvereins sind, werden zur Mitarbeit am Orte ermahnt. Die Meldungen erfolgen am Montag, den 20. Januar, abends 8 Uhr in die Ausgabe der Zählerkarten am Sonntag, 26. Januar, früh 8 Uhr, bei dem Bezirksführern in folgenden Lokalen: Schilling, Mangerstr. 5; Kutterhölle, Friedrichstr. 11; Ryster, Franzfurter Allee 181; Radde, Friedrichstr. 26; Wielenz, Kronprinzstr. 34; Lange, Wartenbergstr. 67; Zimmermann, Rummelsburgerstr. 48; Händler, Pfarrerstr. 45; Fraule, Wilhelmstr. 84. Eing. Zrenkrothe; Wastan, Dogenstr. 1; Singer, Dorsstr. 111; Krause, Hohen-Schönhauserstr. Alle Arbeiter müssen an diesem Werke mitarbeiten. Der Vorstand.

**Röppel.** Sonntagmittag 1/2 Uhr findet im Hotel Kaiserhof eine Volksversammlung für Frauen und Männer statt, in welcher Stadtk. Genosse Dr. Alfred Bernstein-Berlin einen Vortrag halten wird. Da am Montag, den 20. und Dienstag, den 21. d. M., die Stadtverordneten-Erstawahl für den verstorbenen Genossen Fiedler stattfindet, so erscheint zahlreich in dieser Versammlung.

**Uldersdorf.** Die Parteigenossen werden hierdurch aufgefordert, Einsicht in die vom 15.-30. Januar ausliegenden Gemeinde-Wählerlisten zu nehmen. Es ist zulässig, daß auch die mit der Steuerkarte versehenen Frauen der Wähler sich im Gemeinde-Bureau von 9 bis 3 Uhr Auskunft hierüber holen. Andersfalls ist auch Genosse Tempel, Kronprinzstr. 34, gen. bereit, Einsicht zu nehmen für Genossen, denen es an Zeit hierzu mangelt.

**Witz.** Den Genossen zur Nachricht, daß am Montagabend 8 Uhr in Bismarck Lokal, Chaussee 97, eine Solierversammlung stattfindet, in welcher Reichstags-Abgeordneter Fritz Zubeil über: „Die allgemeine politische Lage“ referiert. — Diejenigen Genossen, welche sich an der Handzettel-Verteilung be-

teiligen wollen, werden ersucht, sich Sonntag früh 7 Uhr bei Witzger, Wartenbergstr. 27, einzufinden.

**Stralau.** Der Wahlverein hält Sonntagmorgen 2 Uhr bei Witzger seine Generalversammlung ab. In der u. a. wurde Parteigenossen aus der Gemeindevertretung Bericht erstatten werden. Jedes Mitglied möge erscheinen!

**Pankow.** Laut amtlicher Bekanntmachung liegen die Wählerlisten auf dem Gemeinde-Amt in der Breitenstr. 6 in der Zeit von 8-3 Uhr an den Wochentagen und am Sonntag, den 19. und 20. d. M., in der Zeit von 9-1 Uhr im Zimmer 5 zur Einsicht aus. Wir eruchen die Genossen, welche an den Wochentagen keine Zeit haben, die beiden Sonntage zu benutzen, um die Listen einzusehen.

## Lokales.

**Die Volksversammlung,** welche, wie wir mehrfach angekündigt haben, Sonntagvormittag 11 Uhr im Zecnpalast abgehalten werden sollte, darf laut einer polizeilichen Anordnung zu dieser Stunde nicht stattfinden und kann erst mittags 3 wö 1/2 Uhr eröffnet werden. Maßgebend für diese Verfügung ist die bekannte Beschlusses-Ordnung vom 19. März 1898, laut welcher öffentliche Versammlungen Sonntags erst nach Beendigung des Hauptgottesdienstes, also erst von 12 Uhr an stattfinden dürfen. Diese Bestimmung der Versammlungs-Verordnung ist aber neuerdings durch zwei Kammergerichts-Entscheidungen vom 22. April und 5. November vorigen Jahres für ungültig erklärt worden. Trotz alledem beharrt das Polizeipräsidium auf seinem alten Standpunkt und müßt sich durch Verbote um die Aufrechterhaltung dieser durch das höchste Gericht in Preußen für haltlos und gesekwidrig erklärten Verordnung. In einem Streitverfahren, das von unsrem Parteigenossen W. A. N. S. eingeleitet wurde, soll demnächst das Ober-Berwaltungsgericht über Gültigkeit und Ungültigkeit jener Verordnung entscheiden. Harmonisiert dieser Entscheid mit dem des Kammergerichts, so wird das Reichsgericht zu sprechen haben.

Daß ein solches Verfahren, wie es hier von der Berliner Polizeibehörde beliebt wird, geeignet ist, die Achtung vor der Autorität des Gesetzes zu heben, wird keiner behaupten wollen.

Vorab bleibt uns aber nichts übrig, als uns der Gewalt der Polizeibehörde zu fügen, doch werden die Parteigenossen und Genossinnen durch einen imposanten Besuch der Versammlung im Zecnpalast zeigen, wie sie über jene Maßnahme der Behörde denken. Bekanntlich spricht unser Parteigenosse August Sebel über stehendes Heer und Volksheer mit besonderer Berücksichtigung des Vorkrieges.

**In den beiden Kirchenbau-Prozessen** der Stadtgemeinde Berlin wider die St. Simon- und die Samariter-Kirchengemeinde hat das Kammergericht noch eine weitere Beweisnahme, hauptsächlich durch Vorlegung städtischer Rechnungen als Beweis ergehen, daß immer nur die dem Magistrat als Patron obliegenden Zahlungen geleistet worden sind. Ein neuer Termin soll am 22. April d. J. stattfinden. Es ist hieraus ersichtlich, daß das Kammergericht die Beweisnahme über die städtischerseits behauptete Lokalobertrag für erheblich hält.

**Aus der gestrigen Magistrats-Sitzung.** Die Stadtberatungen nahmen wieder, wie in den letzten Sitzungen, geraume Zeit in Anspruch. Angenommen, wenn auch mit einigen Veränderungen, wurden die Etat der Wasserversorgung, für die Berliner Feuerweh und die städtische Straßenverwaltung. Letzterer zeigt keine Einnahmen, sondern weist nur Ausgaben nach. Diese belaufen sich im ganzen auf 69 835 M. Der Etat des Feuerlöschwesens schließt in Einnahme ab mit 989 350 M. und in Ausgabe mit 6 667 783 M. Der Zuschuß beläuft sich danach auf 5 678 412 M. oder auf 64 020 M. mehr als im laufenden Etat. In der Einnahme finden sich 940 000 M., die von der städtischen Feuerlöschgesellschaft als Beitrag zu den Kosten der Feuerweh zu zahlen sind, es sind dies 70 000 M. mehr als im Vorjahre. Ferner wurde beschlossen, die Stelle des Subdirektors der städtischen Gaswerke mit dem Magistratsassessor Strauß zu besetzen und diesen der Stadtverordneten-Versammlung zu präsentieren.

**In der Verhaftung des Rechtsanwaltes und Notars Gustaf Platow** werden noch folgende Einzelheiten mitgeteilt. Die Ermittlungen haben ergeben, daß der Zusammenbruch auf übermäßigen Aufwand in der Familie zurückzuführen ist, während der Verhaftete für seine Person sehr bescheiden lebte. Im billiger zu wohnen, verlegte Platow vor zwei Jahren sein Bureau nach der Kronenstraße und mietete eine Privatwohnung in der Köpenickerstraße 67. Schon damals stand es schlecht mit ihm. Sein Bureau-vorsteher, der zehn Jahre bei ihm thätig ist, hatte schon ein volles Jahr sein Gehalt nicht bekommen und legte einen Vorstoß zur Miete gegeben. Trotzdem verlangte Frau Platow für die neue Wohnung allerhand Anschaffungen, gab große Gesellschaften und machte kostspielige Reisen. Es konnte ihr nicht hoch genug hergehen. Unterdessen legte der schwache Mann sich alle möglichen Beschränkungen auf. Oft mußte er sich vom Bureauvorsteher einige Groschen leihen, wenn er zum Termin ging. Häufig genug sah man ihn bei Witzinger ein Bröckchen essen. Von Mandanten, die keine Vorstände leisteten, wurden schon längere Zeit keine Aufträge mehr angenommen, und verlor jemand, so wurde es ihm schwer, einen etwaigen Rest seines Vorkaufes wieder zu bekommen. Die Mandatgeber wurden vom Bureauvorsteher sämtlich ordnungsmäßig abgedient, die Anlage aber behielt der Notar sich selbst vor, so daß der Bureauvorsteher über ihren Verbleib nichts wußte. Seit Montag erliefen Platow nicht mehr im Bureau, erledigte aber noch mehrere Angelegenheiten durch Ferngespräche mit seinem Bureauvorsteher. Am Mittwoch hörte auch das an, nachdem am Dienstagabend zwei Briefe von der Hand des Anwalts im Bureau abgegeben worden waren. Der eine Brief war an Frau Platow gerichtet, in dem andren gestand Platow dem Bureauvorsteher seine ganze Schuld und beauftragte ihn, dem Landgerichtspräsidenten Anzeige zu machen. Dieser benachrichtigte sofort die Staatsanwaltschaft und die Kriminalpolizei. Kriminalbeamte durchsuchten die Bureauräume, beschlagnahmten die Geschäftsbücher und verschloßen das Privatzimmer des Anwalts im Bureau. Nach den bisherigen Ermittlungen belaufen sich die Unterschlagungen auf 80 000 Mark. Der Bureauvorsteher hat seit sieben Monaten kein Gehalt bekommen und auf 1/4 Jahr die Bureauanteile aus seiner Tasche bezahlt. Die übrigen Angelegten kommen um ein Monatsgehalt. Dedung ist für den Rehbetrag nicht vorhanden. Die laufenden Aufträge übernimmt ein vom Gericht bestellter Substitut, um sie zu Ende zu führen. Frau Platow erkundigte sich auf Grund des Abschreibebriefes, nach dem ihr Mann sich erschossen wolle, als bald nach der Lebensversicherung-Police, konnte sie aber nicht bekommen, da sie verpfändet ist.

**Herr Stadtverordneter Friedmann** ersucht uns um Aufnahme folgender Zuschrift: In dem Bericht über die letzte Sitzung der Stadtverordneten-Versammlung ist aus der von mir gehaltenen Rede berichtet, es würden sich Personen aus Furcht, das Wahlrecht zu verlieren, von der Aufzählung des Krankenhauses zurückhalten lassen. Es ist jedoch in den Bericht nicht meine Bemerkung aufgenommen, daß diejenigen, die unter Voranschaffung der Bestimmungen des A. L. M., des Sanitätsreglements von 1885 zc. und des Reichs-Zeichengesetzes ins Krankenhaus aufgenommen werden, nicht das Wahlrecht verlieren, da die dadurch entstehenden Kosten polizeiliche Kosten und nicht Armenkosten sind. Ich lege hieraus besonderes Gewicht, weil hierdurch ein Weg gezeigt wird, solchen Personen das Wahlrecht zu erhalten, deren Aufnahme in ein Krankenhaus auf Grund der gesetzlichen Bestimmungen zc. notwendig ist. Die Kernte müßten hierauf besonders hinwirken.

**Manshandel.** An ein in der Jungfernhöhe aufgetragenes Biskolenduch erinnerte eine Verhandlung, die gestern vor der Strafkammer in Kiel stattfand. Wegen Zweikampfes mit tödlichen Waffen

war der Dr. med. Joachim Jäbi von der dortigen psychiatrischen Klinik angeklagt. Dr. J. hatte gelegentlich seines Berliner Aufenthalts das in einem hiesigen Restaurant von dem Dr. med. R. gebrauchte Wort „Unverschämtheit“ auf sich bezogen und dem angeblichen Bekleidiger die Karte abgefordert. Bei dessen Weigerung verfolgte er ihn eine Obsequie. Die Folge davon war eine Herausforderung zum Zweikampf, der am andern Morgen in der Jungfernhöhe bei Berlin ausgefochten wurde. Die Bedingungen lauteten auf zehn Schritte Distanz und dreimaligen Angelwechfel. Schon beim ersten Gange wurde Dr. Jäbi durch einen Schlag in den rechten Oberarm kampfunfähig gemacht; er war infolge der Verwundung zwei Monate in das Krankenlager gefesselt. Der Angeklagte wurde jetzt nach dem Antrage des Staatsanwalts zur Mindeststrafe von drei Monaten Festungshaft verurteilt, und zwar mit Rücksicht darauf, daß er durch die ihm zugefügte Verletzung schon erheblich gestraft sei. Sein Gegner, Dr. R., der bei dem Ehrenhandel ohne Verletzung davonkam, ist inzwischen vom Kriegsgericht zu drei Monaten und einem Tag Festung verurteilt worden.

**Die entlassenen Beamten der Preussischen Hypothekbank** haben, wie ein hiesiges Blatt mittelt, an den Kaiser eine Petition in Sachen des ehemaligen Pensionfonds dieser Beamten gerichtet. Der Fonds, der eine halbe Million Mark beträgt, ist im Laufe von 25 Jahren u. a. auch von der Mehrzahl der entlassenen Beamten gesammelt worden. Diese verlangen nun, daß ihnen wenigstens ein Teil des Fonds zu gute komme. Die Bank verweigert dies; die Beamten sind namentlich in erster Instanz mit ihrer Klage zurückgewiesen worden. Aus diesem Anlaß haben sie die Vermittlung des Kaisers nachgesucht. Auch wird die Angelegenheit im Abgeordnetenhaus zur Sprache gebracht werden.

**Ein gut Teil Aberglaube** steckt noch in der Berliner Bevölkerung. Das ist u. a. bei dem Geschäftsbetriebe der Anstalten des Tiererziehungvereins zu erkennen. Dieser Tage erschien in dem Depot An der Stadtbahn eine Frau, die drei Tropfen Blut von einem lohrbraunen Hund kaufen wollte, weil solche angeblich einem kranken Mann verordnet seien. Ebenda wollte ein Mann den Kadaver eines Hundes erwerben, der jedoch nicht durch Gift getötet, sondern aufgehängt worden sei. Ein sehr begehrter Artikel bei der abergläubigen Bevölkerung der Reichshauptstadt scheint „Hundefetz“ zu sein, das fast täglich in den Anstalten gefordert wird. Es soll angeblich ein Universalmittel gegen die Lungenschwindsucht bilden. Mit einer weißen Rage, die in der Mitternachtstunde getötet werden sollte, wollte eine Frau Schäge erlangen. Daß auch Esel glückbringende Tiere sind, konnten die Angestellten des Depots An der Stadtbahn durch Käufer von Longohren erfahren, die lediglich aus diesem Grunde ihre Ziehunde durch Esel ersetzen wollten.

**Bei einer Treibjagd** wurde gestern der zwölfjährige Sohn Paul des Eigentümers Friedrich aus Veer durch Schußwunden verletzt. Der Verwundete erhielt von einem Berliner Sonntagsschützen, der den Schuß der Hasenjagd mitmachen wollte, eine volle Schrotladung in den Rücken und wurde so schwer verwundet, daß man ihn nach Berlin in ein Krankenhaus bringen mußte. Ob der arme Knabe Treiberdienste hat verrichten müssen, statt die Schale zu suchen?

**Zwei diebische Brüder**, die gemeinsam „arbeiteten“, wurden von der Kriminalpolizei festgenommen. Ernst und Wilhelm Heitsch besahnten zusammen Geschäfte mit stottem Verkehr. Während der eine den Verkäufer auf irgend eine Weise beschäftigte, stahl der andre, der bereits eine Kleingeldtasche hatte, was er bekommen konnte und entfernte sich mit der Beute. In einem Cigarrengeschäft merkte der Verkäufer den Diebstahl alsbald nach dem Weggehen der Kunden und verfolgte diese, bis sie sich trennten. Einer der Brüder hatte nun das Pech, daß er sich verirrete und an dem Geschäft wieder vorbeikam. Hierbei erwischte man ihn, und die Kriminalpolizei ermittelte und verhaftete auch den andern. Beide wurden gestern, Freitag, nach Moabit in Untersuchungshaft gebracht.

**Das Spielen mit Feuer** hat dem 10jährigen Sohn Willy des Arbeiters Gerlach aus der Jagowstraße das Leben gekostet. Der Knabe füllte, während die Eltern nicht zu Hause waren, eine Cigarettenschachtel mit Spiritus und zündete diesen an. Nun hatte er das Unglück, die Schachtel vom Tische zu stoßen, so daß sich ihm der brennende Spiritus über den Körper ergoß und seine Kleider in Brand setzte. Bevor ihm auf sein Hilfeschrei Hausgenossen beifliegen konnten, war er bereits mit Brandwunden bedeckt. Nach mehrwöchiger Schmerzenslager starb er jetzt im Moabiter Krankenhaus.

**Bei der Arbeit tödlich verunglückt** ist am Donnerstag der 41 Jahre alte Maschinenmeister Karl Henschel aus der Oranienstraße 83, der in der Papierwarenfabrik von Wärburg in der Alten Jakobstraße 24 beschäftigt war. Der Mann geriet durch eigene Unvorsichtigkeit in das Getriebe einer Steindruckmaschine, deren Schlitzen ihm den Schädel eindrückte, so daß er auf der Stelle verschied.

**In der Angelegenheit** des wegen Sittlichkeitsverbrechens verhafteten Walter John in Schönberg, worüber wir zuletzt am Sonntag berichteten, teilt uns der Vater des unglücklichen Geisteskranken mit, daß er keine sittliche Verfehlung begangen habe und auch nicht krank sei.

**Feuerbericht.** Freitagnachmittag kurz nach 4 Uhr wurden infolge mehrfacher Explosion vier Löschwagen nach der Sebastianstr. 52 gerufen, wo in einem Keller sich Pfeiflohlen entzündet hatten. Es wurde kurze Zeit Wasser gegeben, worauf die Kohlen umgeschichtet wurden. Freitag früh gegen 3 Uhr hatten in der Wilsnackerstr. 17 Betten und Kleidungsstücke in einer Wohnung Feuer gefangen. Es gelang indes, den Brand im Keime zu ersticken. Kurz vorher mußte in der Lühowstr. 3 ein Brand gelöscht werden, der den Fußboden und die Wände zerstört hatte. Donnerstagnachmittag 2 Uhr hatte sich in der Ritterstr. 23 in einem Miskelager Celluloid entzündet, doch konnte das dadurch entstandene Feuer noch auf seinen Heerd beschränkt werden. In der Potsdamerstr. 98 ging nachmittags 4 Uhr ein Stroh mit Kleidungsstücken in Flammen auf. Auch in der Wilsnackerstr. 13 brannten abends 8 Uhr Betten, Möbel und Kleidungsstücke. Außerdem erfolgten noch Alarmierungen nach der Reuen Hochstraße 52 und Brändenstr. 7, wo es sich jedoch um unbedeutende Anlässe handelte.

**Arbeiter-Bildungsschule.** Wir machen nochmals auf das heute abend im „Böhmischen Braubaus“, Landsberger Allee 11—13, stattfindende Stiftungsfest aufmerksam. Das uns vorliegende Programm bietet dem Besucher einen künstlerischen Genuß, wie man ihn schon des öfters bei andern Veranstaltungen der Schule gehabt hat. Ein volles Haus darf wohl erwartet werden. Die Teilnehmer wollen sich zeitig mit Billets versehen, da offene Plätze nicht statthaben, und pünktlich zur Stelle sein, da bei Beginn die Saalthüren geschlossen werden.

**Die homöopathische Poliklinik** von Dr. med. Schaper wird täglich abends 7—8 Uhr Oranienburgerstr. 55 abgehalten.

**Orgelkonzert.** Bei Hedwig Schiefer, Sr. Sanitätsrat Dr. Buschold, Dr. von Roos, Witz Meyer, Bielefeld, Bismarck, Dr. Hob. Schwiebelmann und der Capella-Chor unter Leitung von Hrn. Paul Schütz unterhalten den Orgelkonzert des Musikdirektors Otto Dornel in der Marienkirche am Montag, den 20. Januar, abends 7 1/2 Uhr. Der Eintritt ist frei.

**Frühlingstote** an der Riviera, der neue, mit farbigen Bildern und Wandplacaten angefüllte Vortrag der Urania über den Zusammenhang von Anhalten, Behalten und durch die schneebedeckte wälsche Landschaft hinweg in den sonnigen Gebirgen des Mittelmeeres. Man sieht die zauberhaften Orte der Riviera, benannt mit der äppigen Pflanzenwelt und das schöne Meer, ergötzt sich an dem herrlichen Leben und Treiben in Nizza und plant in die Spielstätte von Monte Carlo.

**Aus den Nachbarorten.**

**Die Charlottenburger Armenverwaltung** hat infolge des außerordentlichen Anwachsenden der Zahl der obdachlos werdenden Familien im Herbst 1901 mit Unterstützung der Polizeidirektion bezüglich der Ende September 1901 in den städtischen

Unterkunftsräumen befindlichen 86 Familien Erhebungen darüber veranstaltet, aus welcher Wohnung die Obdachlosen in die Fürsorge der Stadt übergegangen sind, wer jetzt in diesen Wohnungen wohnt, welcher Mietsbeitrag von den früheren und den neuen Mietern gezahlt wird, von wo die Neuzugezogenen zur Anmeldung gelangt sind, seit wann die zur Zeit in Obdach befindlichen Personen in Charlottenburg wohnen und woher sie gekommen sind. Leider fehlt die sehr wichtige Frage nach dem Grunde der Obdachlosigkeit, aber auch so ist das Ergebnis nicht ohne Interesse. Von den obdachlosen Haushaltungsvorständen wohnten nur zwei weniger als zwei Jahre in Charlottenburg, 10 zwei bis fünf Jahre, 27 sechs bis zehn Jahre, 19 elf bis fünfzehn Jahre und 28 über fünfzehn Jahre. Aus Charlottenburg gebürtig waren 11; zugezogen waren aus Berlin und den übrigen Vororten 21, aus Spandau 7, aus andern Orten 88, während es von 9 Personen unbekannt ist, woher sie zugezogen sind. Die durch die Aufnahme der Haushaltungsvorstände in die städtischen Unterkunftsräume frei gewordenen Mietswohnungen wurden vermietet an Haushaltungsvorstände, die zugezogen waren aus einer andern in Charlottenburg innegehabten Wohnung in 70, aus Berlin und näheren Vororten in 3, aus andern Orten in 5, unbekannt in 3 Fällen. Von den leergebliebenen Wohnungen wurden 2 wegen Umbau, je eine wegen Errichtung einer Werkstätte, wegen Abbruchs des Hauses nicht mehr bezogen, eine blieb leer stehen. Von den obdachlosen Haushaltungsvorständen waren 42 Arbeiter, 11 Witwen, 19 überlassene Frauen, je 1 Klempner, Kutscher, Schlosser und Steinseher, 2 Schuhmacher und 7 Maurer. Die Steigerung der Wohnungsmieten gegenüber den bisher bezahlten Mieten betrug für die neuen Mieter in 8 Fällen 1 bis 5 Proz., in 7 Fällen 6 bis 10 Proz., in 20 Fällen 11 bis 20 Proz. und in 12 Fällen über 20 Proz., während in 27 Fällen keine Steigerung, in 2 Fällen eine Herabsetzung um 9 beziehungsweise 25 Proz. eintrat.

**Die Rigorose Stadtverordnetenversammlung** hatte in ihrer Sitzung vom letzten Donnerstag zu entscheiden über eine Vorlage des Magistrats, betreffend das Ausschneiden eines Besoldeten Magistratsmitgliedes und die Neubesehung der Stelle. Es handelte sich um den Stadtrat Granier. Der Magistrat beantragt: „Die Versammlung möge sich damit einverstanden erklären, daß der Stadtrat Granier sein Amt als besoldeter Stadtrat am 31. März d. J. niederlegt. Zweitens möge das Gehalt der Stelle wie bisher auf 5800 M. jährlich, steigend von drei zu drei Jahren um je 400 M. bis zum Höchstbetrage von 7000 M. festgesetzt werden. Und drittens möge die Versammlung beschließen, eine Neuwahl mit möglicher Beisetzungsung vorzunehmen und im Falle der Ausschreibung die Festsetzung der Bedingungen derselben dem Wahlschuß gemeinsam mit einem vom Magistrat eingesetzten Ausschuß zu übertragen.“ Begründend führte der Magistrat noch aus: Die Vertretung des Stadtrats Granier (der bekanntlich von der Amtsführung suspendiert ist) werde vorläufig Kosten nicht verursachen, da aber die Vertretung bei der jetzigen Geschäftsbelastung der Decernenten des Magistrats erhebliche Schwierigkeiten bereite, so bitte der Magistrat, die Neuwahl möglichst zu beschleunigen. Das dem Stadtrat Granier gewährte Gehalt halte der Magistrat auch bei der Neubesehung der Stelle für angemessen. Im übrigen werde es sich empfehlen, die Aufstellungsbedingungen nach Beratung in einem Ausschusse, zu welchem der Magistrat die beiden Bürgermeister und den Stadtrat Bärner deputiert hat, festzustellen.

Die Stadtverordneten-Versammlung stimmte in nichtöffentlicher Sitzung dem Antrage des Magistrats zu und beschloß, den Wahlschuß für den sechszehnten Zweck zu verstärken. Von den Sozialdemokraten wurden Dr. Silberstein und Wühl in den Ausschuß hineindelegiert.

Im Anschluß an die Plenarsitzung fand gleich eine Sitzung des verstärkten Wahlschusses statt. Man beschloß, die Stellung des besoldeten Stadtrats anzuschreiben.

**Aus Rigorose** berichtet man uns: Dem Genossen Doeste ist von der Staatsanwaltschaft mitgeteilt worden, daß das gegen ihn eingeleitete Strafverfahren wegen Gotteslästerung, welche er in einer Versammlung in Preig gethan haben soll, eingestellt worden ist.

**Von der Freien Bühne in Friedenau.** Das alte Unglück der Aufführung von Dramen verkannter Genies zieht sich wieder über Berlin zusammen. Früher brachte Herr Direktor Samst in seinem Friedrich-Wilhelmsstädtischen Theater die Geistesprodukte solcher Autoren auf die Bretter, denen es auf dem normalen Wege zur Unsterblichkeit nicht schnell genug ging. Herr Samst vollzog dabei recht feinsinnig eine Anleihe, indem er seine Premierenbühne nur mit dem Geiste solcher Schriftsteller zierte, die talentvoll genug waren, den nötigen Vorschuß und noch einiges dazu für die Kosten der Aufführung zu blechen. Nach welchen Principien der „Deutsche Arbeiterverein“ in diesem Punkt verfährt, der gestern das Friedenauer Schauspielhaus gepachtet hatte, wissen wir nicht. Das eine aber ergab die vorerzählte Aufführung des modernen Dramas „Nieder ihre Kräfte“, das von Herrn Louis Wolff-Kassell gedichtet war, daß die genannte Organisation in der Aufführung von Talenten sich mit Herrn Samst vollkomme messen kann. Es war gar viel, was der durch frühere Dramen schon benähte berühmte Autor seinen Helden, einen entlassenen Strafgefangenen an Qualen zumutete, und nicht minder schlimm war das Verden, das die Zuschauer sowohl vom Drama selbst, als von der unvorzeihlichen Aufführung anzusehen hatten, und was uns zum dritten Leid that, war noch ein Frauenlein Oberhauser, das einzige Weib an der Bühne, das sich dem Autor und der Kollegenchaft zum Tode einer natürlichen Sprechweise beschleißigte und unermüdlich in dem Streben war, eine verzeihliche Rolle verständlich darzustellen. Möge die Theatergesellschaft „Deutscher Arbeiterverein“ hinfort Dramen aufführen so viel sie wolle. Aber sie soll sich bedenken, wie dies die andern Liebhabertheater auch thun, und die Öffentlichkeit in Ruhe lassen.

## Gerichts-Beilage.

**Einer bekannten Polizeiplacarde**, die namentlich Arbeitervereinen gegenüber sehr beliebt war, ist durch Urteil des Kammergerichts ein Ende gemacht worden.

Der sozialdemokratische Wahlverein zu Schmargendorf bei Berlin, hielt am 1. Mai 1901 seine Maifeier im Lokal des Herrn Ebert in Schmargendorf ab. Der Vorsitzende hatte für den Abend eine öffentliche Versammlung angemeldet, diese fand aber mangels eines Referenten nicht statt. Daffir amüsierten sich etwa 50 Mitglieder des Wahlvereins mit ihren Angehörigen beim Tanze. Der Vorsitzende des Vereins sowohl wie der Gastwirt Ebert wurden darauf beschuldigt, den § 4 Absatz 2 der Regierungsverordnung vom 14. Juni 1892 übertreten zu haben, wonach Tanzveranstaltungen geschlossener Gesellschaften der Ortspolizeibehörde angezeigt werden müssen. Die Angeklagten wurden dann auch zu Geldstrafen verurteilt. Gegen das Urteil des Landgerichts II als der Berufungsinstanz legte nun Gastwirt Ebert Revision ein. Der Strafsenat des Kammergerichts gab dem Rechtsmittel statt, hob die Verurteilung auf und sprach Ebert mit folgender Begründung frei: Der Angeklagte sei einer strafbaren Uebertretung der Ober-Präsidialverordnung vom 17. Juni 1892 nicht schuldig. Es könne dahingestellt bleiben, ob der Angeklagte als der Gastwirt, der sein Lokal einer geschlossenen Gesellschaft überließ, nach § 4 Abs. 2 verantwortlich sei, denn die fragliche Bestimmung sei überhaupt rechtsungültig. Nach dem Sinne und der Entstehungsgeschichte des § 6 des Polizeiverwaltungsgesetzes sei die Polizei nur befugt, in Polizeiverordnungen ausschließlich öffentliche Interessen wahrzunehmen. Jeder Eingriff in die Privat-Interessen habe ihr versagt werden sollen. Bier- und Kaffeewirtschaften unterliegen dem Polizei-Verordnungsrecht nur insoweit, als sie dem Publikum offen ständen. Dies Recht höre

auf, wenn der Raum einer Privatgesellschaft vermietet sei. Es wäre dann § 4 Absatz 2 der angezogenen Verordnung so weit rechtsungültig, als er für Tanzlokale geschlossener Gesellschaften in öffentlichen oder Privatlokalen eine Anzeige bei der Ortspolizeibehörde verlange.

**Unter der Auflage der Rötigung** und des gemeinschaftlichen Hausfriedensbruchs standen gestern der Hausbesitzer Fromm, der Hausverwalter Goldbach und der Schlosser Diekmann vor der ersten Strafkammer des Landgerichts I. Eine Frau Reichold hatte zum 1. Oktober v. J. in dem Frommschen Hause in der Kurfürstendamm eine Wohnung von sieben Zimmern zum Preise von 2200 Mark gemietet. Wie sie angab, wollte sie ein Pensionat einrichten. Als sie am 1. Oktober einzog, hatte sie nur notdürftig Möbel für zwei Zimmer. Die versprochene Vorauszahlung der Vierteljahrsrente erfolgte auch nicht, und als der Verwalter diesbezüglich drängte, erklärte die Mieterin, daß sie nicht eher zahlen würde, bevor verschiedene Ausbesserungen in ihrer Wohnung vorgenommen seien, deren Ausführung sie vom Wirt beanspruchte. Dem letzteren kam die Sache bedenklich vor, er zog über die neue Mieterin Erkundigungen ein. Er erfuhr, daß sie häufig die Wohnung wechselte und bereits zweimal emigriert sei. Sie sei von ihrem Ehemann geschieden. Trotzdem hatte sie den letzten Mietsvertrag mit ihrem Mädchennamen unterschrieben. Besonders dieses Umstandes wegen hielt Fromm sich für berechtigt, den sofortigen Auszug der Mieterin zu verlangen. Als er auf entschiedenen Widerstand stieß, griff er zu einem Gewaltmittel. Er ließ die Wohnung durch einen Schlosser öffnen, und nachdem er mit den beiden Angeklagten eingedrungen, ließ er die Türen ausheben. Nun mußte die Mieterin notgedrungen ausziehen. Sie rächte sich durch obige Anzeige. Der Gerichtshof sprach alle drei Angeklagten, die vom Rechtsanwalt Dr. Halpert verteidigt wurden, frei, da sie sich in betreff der Rötigung in einem Rechtsirrtum befunden hätten und die Angaben der Zeugin in betreff des Hausfriedensbruchs nicht klar und bestimmt genug seien.

**Sozialdemokratischer Agitationsverein für den Reichstag.** Wahlkreis Ralan-Ludau. Sonntag den 19. d. Mts., nachmittags 4 Uhr: Versammlung im Lokale von Karl Schulz, Diefenbacherstr. 54.

**Freireligiöse Gemeinde.** Sonntag, den 10. Januar, vormittags 8 1/2 Uhr, in der Aula der 69. Gemeindeschule, Kleine Frankfurterstr. 6: Versammlung. Freireligiöse Besprechung. Um 10 1/2 Uhr vormittags, ebenfalls: Vortrag des Hrn. Ida Altmann: „Die Religion in der allgemeinen Dichtung“. Vor- und Nachspiel auf dem Pariser Musik-Darstellung. Gabe, Damen und Herren, sehr willkommen. — Montag, den 20. Januar, abends 8 1/2 Uhr, pünktlich, im unteren Saale des „Englischen Gartens“, Alexanderstraße 27: „Beziehende Versammlung“. Wichtige Tagesordnung. Weiße Dichtung festlich.

**Allgemeine Kranken- und Sterbefälle der Metallarbeiter** (C. P. Hamburg). Filiale Berlin 3: Sonntag, den 19. Januar, im Gewerkschaftshaus, Saal 8: Mitglieder-Versammlung. — Filiale Berlin 4: Sonnabend, den 18. Januar, abends 9 Uhr: Mitglieder-Versammlung bei Westhoff, Androssstr. 26. — Filiale Berlin 5: Sonnabend, den 18. Januar, abends 9 Uhr: Mitglieder-Versammlung bei Wühl, Postbringerstr. 68. — Filiale Berlin 6: Sonnabend, 18. Januar, abends 9 Uhr, bei Dicks, Adelerstr. 123: Kassen- und Jahresbericht. Aufstellung der Kandidaten zur diesjährigen Generalversammlung. — Filiale Berlin 9: Sonntag, den 19. Januar, vormittags 10 Uhr: Mitglieder-Versammlung bei Fischer, Waldstr. 8. — Filiale Berlin 10: Sonntag, 19. Januar, vormittags 10 Uhr: Versammlung bei Haber, Stephanstr. 11. — Filiale Charlottenburg: Sonnabend, den 18. Januar, abends 8 1/2 Uhr, bei Weber, Bismarckstr. 74: Mitglieder-Versammlung. — Filiale Rydors: Sonnabend, den 18. Januar, abends 8 1/2 Uhr, bei Filde, Radebeckerstr. 41: Kassenbericht und Aufstellung von Kandidaten zur diesjährigen Generalversammlung. — Filiale Rummelsburg: Sonntag, den 19. Januar, vormittags 9 1/2 Uhr, im kleinen Saal des Café Bellevue: Kassenbericht, Stellungnahme zur Generalversammlung und eventuelle Anträge sowie Aufstellung der Kandidaten.

**Berein der Wäsche, Schürzen- und Wäschenarbeit-Unternehmer.** Montag, den 20. Januar, abends 8 1/2 Uhr, im „Borstelischen Saal“, Adelerstr. 144: Diskussion über das neue Ordnungstatut betreffend die Krankenkassen-Versicherung der Heimarbeiter. Unternehmer als Gäste willkommen.

## Vermischtes.

**Aus Billan** wird berichtet: Von dem gestrandeten Steiner Dampfer „Luise“, dem die Schraubenwelle gebrochen und der eine Schraube verloren hat, sind fünf Leute durch den Raketenapparat an das Land gebracht worden. Die übrige Besatzung, bestehend aus dem Kapitän und neun Mann, ist an Bord geblieben. Der hintere Rumpf und der Maschinenraum des Schiffes sind mit Wasser gefüllt, Verbindung mit dem Lande wird durch den Raketenapparat aufrecht erhalten.

**Schiffsunfall.** Bei den gestern zwischen Eivemünde und Dangli stattgehabten Torpedoboot-Übungen erlitt das Boot „G 89“ Maschinenschaden und sollte von dem Torpedoboot „S 8“ in den hiesigen Hafen geschleppt werden. Infolge des heftigen Nordweststurmes wurde „G 89“ von „S 8“ losgerissen und mußte auf der Höhe von Jernböf sich selbst überlassen bleiben. „S 8“ traf heute vormittag hier ein und ging nach Einnahme von Kohlen wieder in See, um „G 89“ zu suchen. Inzwischen ist hier die Nachricht eingelaufen, das „G 89“ mit eigener Hilfe den Hafen von Goldberg erreicht hat.

**Drei Hinrichtungen auf einmal** — das ist das Neueste vom Gebiete der deutschen Kultur. Aus Raumburg a. S. wird berichtet: Der Vermeiner Boge Horn aus Droschitz bei Gera, der Arbeiter Seidel und die Witwe Schödel aus Erminlau, die alle drei am 20. Juni v. J. wegen Ermordung der Frau Vogehorn vom hiesigen Schwurgericht zum Tode verurteilt wurden, sind heute früh 8 Uhr im Hofe des hiesigen Gerichtsgebäudes hingerichtet worden.

**Hömergräber.** Aus Frankfurt a. M. wird gemeldet: Bei Braunheim werden seit etwa sechs Wochen Aufgrabungen veranstaltet, welche namentlich zur Bloßlegung eines römischen Gräberfeldes geführt haben, das als das größte in Deutschland betrachtet werden muß. Bis jetzt sind 150 Gräber aufgedeckt, die erst einen kleinen Teil darstellen. Die Ausbeute an Fundstücken ist sehr wertvoll.

**Arbeiterriß.** Lebendig gerädert wurde Donnerstagnachmittag der Maschinenmeister Studemund in der Hafenhauptstraße der Elektrizitätswerke am Ostwaldtal in Hamburg. Er wollte an der in vollem Betriebe befindlichen großen Dampfmaschine etwas nachsehen, wurde von dem mächtigen Schwungrad erfasst, in das Getriebe gerissen und mehreremale herumgeschleudert, ehe die Maschine zum Stillstehen gebracht werden konnte. Der Körper des Unglücklichen war buchstäblich in Stücke zerissen und ganze Fleischstücke hingen in Fetzen an den Speichen des Rades. Der Verunglückte hinterließ Frau und vier Kinder.

Ein ähnliches Unglück ereignete sich am selben Tage in der Papierfabrik von Ebbinghaus in Letmathe bei Wismar. Dort schürzte der Arbeiter Dämendacke in die in vollem Gange befindliche Maschine. Es gelang dem Maschinenführer jedoch, die Maschine sofort zum Stehen zu bringen, aber der Mann war bereits vollständig zerstückelt. Die Leiche wurde gerädert und furchterlich zerlegt aus der Maschine hervorgezogen.

**Das Grubenunglück in Brüg.** Ein Telegramm vom Donnerstag meldet: Die Hüllortsohle des Jupiterschachtes ist wasserfrei und gasfrei, so daß der Schacht vom Betriebsleiter mit zwei Mann besetzt werden konnte. Unten wurde konstatiert, daß beide Hüllortsohlen mit Schlämme und Holz verlegt sind. Eine Leiche wurde entdeckt, deren Vergung heute nicht mehr möglich ist. — Vom Freitag wird berichtet: Seit heute früh wird das Vordringen in dem Jupiterschachte fortgesetzt; obwohl wegen des heftigen Sturmes die obertägigen Versuchsarbeiten unterbrochen waren, konnte doch der Wasserstand in den Bingen gehalten werden. In den Nachbargruben war ein starker Wasserzufluß nicht zu bemerken. In der Nachbargrube wurde in der Nacht gearbeitet.

**In Warburg (Steinmark)** ist das Stadtkreuz niedergedrückt. Sämtliche Dekorationen und Kaskaden wurden vernichtet.

**Wetter-Prognose für Sonnabend, den 18. Januar 1902.** Heißlich warm, vorwiegend trübe und regnerisch bei lebhaften westlichen Winden. Berliner Wetterbureau

**Gerichts-Beilage.**

Ein böses Sündenregister wurde dem aus Kopenhagen stammenden Kammerdiener Conrad Frederichsen vorgehalten, welcher gefeuert der ersten Strafkammer des Landgerichts I aus der Untersuchungshaft vorgeführt wurde. Der bereits dreimal wegen Heiratschwindsels verurteilte Angeklagte war wiederum des Betrugs in fünf Fällen beschuldigt. Er versagt über ein gewinnendes Neuhäuser und dies ist, wie er selbst behauptet, der Grund seines Untergangs gewesen. Die Frauen seien ihm gegenüber gar zu entgegenkommend gewesen. Vor zwei Jahren hatte der Angeklagte eine Dienerschaft bei einer Herrschaft in Waansee inne. Er lernte dort eine 22jährige Wäscherin kennen, fing mit ihr ein Liebesverhältnis an und versprach ihr die Ehe. Dabei schwindelte er ihr vor, daß er in Berlin eine Anstalt für schwedische Heilgymnastik gründen wolle und dazu Geld gebrauche. Die Wäscherin, deren Alter sie nicht vor Thorheit

schätzte, opferte ihm ihre ganzen Ersparnisse, über 1000 M. Der Angeklagte verschwand mit dem Gelde. Er ging nach Mogdeburg und dort da nach Köln, in beiden Orten ähnliche Heiratschwindselsausübungen. Ein vierter Betrugsfall lag auf einem andren Gebiete. Der Angeklagte hatte in Bromberg einen Soldaten kennen gelernt, den Sohn eines wohlhabenden Schuhmachers in Briesen. Einmal Tages erschien der Angeklagte bei den Eltern des Soldaten in Briesen, stellte sich als Gutbesitzer bei Bromberg vor und richtete Grüße vom Sohn aus, der soeben vom Militär entlassen sei und sich nun eine Existenz schaffen müsse, wozu er 300 M. benötige. Der Angeklagte, der sich Zimmermann nannte und hochstehende Beamte als seine Verwandten bezeichnete, wußte die vertrauensfertigen Provinzialen zu überreden, ihm 300 M. für den Sohn mitzugeben. Bald darauf wiederholte der Angeklagte seinen Besuch und erhielt auf seine Bitten nochmals 300 M. für den Sohn. Schwieriger war es, beim drittenmal ein Darlehen von 300 M. für sich selbst zu erhalten; durch die fabel-

haftesten Erzählungen und falsche Vorspiegelungen gelang dem Angeklagten dies aber schließlich auch. Von jetzt ab ließ er nichts mehr von sich hören. Derwiderwärtige ist der junge Soldat gleich nach seiner Entlassung verhaftet, so daß nicht einmal hat ermittelt werden können, ob derselbe etwas von dem Gelde erhalten hat, welches der Vater für ihn bestimmt hat. Auch die Ermittlung des Angeklagten, der häufig seinen Aufenthaltsort wechselte, hat längere Zeit in Anspruch genommen. Im November vorigen Jahres wurde er vom Gericht erlitt; bei einem Diebstahl, der später gegen ihn verhandelt werden wird, wurde er festgenommen und obgleich er sich einen fremden Namen beilegte, wurde festgestellt, daß man einen lange gesuchten Verbrecher vor sich hatte. Der Gerichtshof verurteilte den Angeklagten nach dem Antrage des Staatsanwalts zu einer Zuchthausstrafe von 4 Jahren 6 Monaten, bürgerlichen Ehrenverlust und 750 M. Geldstrafe oder noch 50 Tage Zuchthaus.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

**Theater.**

Sonnabend, 18. Januar.

**Opernhaus.** Die Sibylle von Livoli. — Coppelia. Anfang 7 1/2 Uhr.

**Schauspielhaus.** Gastspiel des Mr. Coquellein aine. Le Gendro de M. Poirier. Monologues. Le bonheur qui passe. Anfang 7 1/2 Uhr.

**Neues Opern-Theater (Kroll).** Geschlossen.

**Schiller.** Einsame Menschen. Anfang 8 Uhr.

**Deutsches.** Lebendige Stunden. Anfang 7 1/2 Uhr.

**Berliner.** Wilhelm Tell. Anfang 7 1/2 Uhr.

**Lehring.** Das schwarze Schaflein. Anfang 7 1/2 Uhr.

**Reichens.** Die japanische Waise. Vorher: English spoken. Anfang 7 1/2 Uhr.

**Neues.** Coralle u. Co. Anfang 7 1/2 Uhr.

**Westen.** Urbine. Anfang 7 1/2 Uhr. Nachmittags zu halben Preisen: Domröschen.

**Secessionsbühne.** Die vier Pfennige. Anfang 8 Uhr.

**E. v. Wolzogens Bunte Theater (Niederbreitl).** Anfang 8 Uhr.

**Schall und Rauch.** Vorstellung vor Serealismond. Anf. 8 1/2 Uhr.

**Trionon.** Lebende Leber. Kleine Spiele. Anfang 8 Uhr.

**Central.** Das süße Wädel. Anfang 7 1/2 Uhr.

Nach 4 Uhr: Schneewittchen bei den sieben Zwergen. Einlagen: Lebendes Schachspiel. Die Puppe. Die freie Ratt.

**Thalia.** Seine Kleine. Anfang 7 1/2 Uhr.

**Luifen.** Der Walzerkönig. Anfang 8 Uhr.

**Carl Weich.** Das Jungfernstift. Anfang 8 Uhr.

Nach 4 Uhr: Kindervorstellung: Hien u. Däumling und der Menschenfresser.

**Friedrich-Wildenhüblisches.** Der rote Kofel. Anfang 7 1/2 Uhr.

**Belle-Alliance.** Die Dame aus Trouville. Hierauf: Er. Anfang 7 1/2 Uhr.

**Cepheus.** Spezialitäten-Vorstellung. Anfang 8 Uhr.

**Charivari-Brett.** Täglich Vorstellung. Anfang 8 Uhr.

**Metropol.** ne feine Nummer. Spezialitäten-Vorstellung. Anfang 8 Uhr.

**Apollo.** Spezialitäten-Vorstellung. Anfang 8 Uhr.

**Casino-Theater.** Weihnachts-Nachzügler. Spezialitäten-Vorstellung. Anfang 8 Uhr.

**Passage-Theater.** Spezialitäten-Vorstellung. Anfang nachmittags 5 Uhr.

**Palast.** Spezialitäten-Vorstellung. Großstadtzauber. Anf. 7 Uhr.

**Urania.** Taudenstr. 48/49. (Im Theateraal.) Abends 8 Uhr: Frühlingstage an der Riviera. Invalidenstr. 57/62. Täglich: Sternwarte.

**Urania.** Taudenstr. 48/49. (Im Theateraal.) Abends 8 Uhr: Frühlingstage an der Riviera. Invalidenstr. 57/62. Täglich: Sternwarte.

**Urania.** Taudenstr. 48/49. (Im Theateraal.) Abends 8 Uhr: Frühlingstage an der Riviera. Invalidenstr. 57/62. Täglich: Sternwarte.

**Urania.** Taudenstr. 48/49. (Im Theateraal.) Abends 8 Uhr: Frühlingstage an der Riviera. Invalidenstr. 57/62. Täglich: Sternwarte.

**Urania.** Taudenstr. 48/49. (Im Theateraal.) Abends 8 Uhr: Frühlingstage an der Riviera. Invalidenstr. 57/62. Täglich: Sternwarte.

**Urania.** Taudenstr. 48/49. (Im Theateraal.) Abends 8 Uhr: Frühlingstage an der Riviera. Invalidenstr. 57/62. Täglich: Sternwarte.

**Urania.** Taudenstr. 48/49. (Im Theateraal.) Abends 8 Uhr: Frühlingstage an der Riviera. Invalidenstr. 57/62. Täglich: Sternwarte.

**Urania.** Taudenstr. 48/49. (Im Theateraal.) Abends 8 Uhr: Frühlingstage an der Riviera. Invalidenstr. 57/62. Täglich: Sternwarte.

**Urania.** Taudenstr. 48/49. (Im Theateraal.) Abends 8 Uhr: Frühlingstage an der Riviera. Invalidenstr. 57/62. Täglich: Sternwarte.

**Urania.** Taudenstr. 48/49. (Im Theateraal.) Abends 8 Uhr: Frühlingstage an der Riviera. Invalidenstr. 57/62. Täglich: Sternwarte.

**Urania.** Taudenstr. 48/49. (Im Theateraal.) Abends 8 Uhr: Frühlingstage an der Riviera. Invalidenstr. 57/62. Täglich: Sternwarte.

**Urania.** Taudenstr. 48/49. (Im Theateraal.) Abends 8 Uhr: Frühlingstage an der Riviera. Invalidenstr. 57/62. Täglich: Sternwarte.

**Urania.** Taudenstr. 48/49. (Im Theateraal.) Abends 8 Uhr: Frühlingstage an der Riviera. Invalidenstr. 57/62. Täglich: Sternwarte.

**Urania.** Taudenstr. 48/49. (Im Theateraal.) Abends 8 Uhr: Frühlingstage an der Riviera. Invalidenstr. 57/62. Täglich: Sternwarte.

**Urania.** Taudenstr. 48/49. (Im Theateraal.) Abends 8 Uhr: Frühlingstage an der Riviera. Invalidenstr. 57/62. Täglich: Sternwarte.

**Urania.** Taudenstr. 48/49. (Im Theateraal.) Abends 8 Uhr: Frühlingstage an der Riviera. Invalidenstr. 57/62. Täglich: Sternwarte.

**Urania.** Taudenstr. 48/49. (Im Theateraal.) Abends 8 Uhr: Frühlingstage an der Riviera. Invalidenstr. 57/62. Täglich: Sternwarte.

**Urania.** Taudenstr. 48/49. (Im Theateraal.) Abends 8 Uhr: Frühlingstage an der Riviera. Invalidenstr. 57/62. Täglich: Sternwarte.

**Urania.** Taudenstr. 48/49. (Im Theateraal.) Abends 8 Uhr: Frühlingstage an der Riviera. Invalidenstr. 57/62. Täglich: Sternwarte.

**Urania.** Taudenstr. 48/49. (Im Theateraal.) Abends 8 Uhr: Frühlingstage an der Riviera. Invalidenstr. 57/62. Täglich: Sternwarte.

**Urania.** Taudenstr. 48/49. (Im Theateraal.) Abends 8 Uhr: Frühlingstage an der Riviera. Invalidenstr. 57/62. Täglich: Sternwarte.

**Urania.** Taudenstr. 48/49. (Im Theateraal.) Abends 8 Uhr: Frühlingstage an der Riviera. Invalidenstr. 57/62. Täglich: Sternwarte.

**Urania.** Taudenstr. 48/49. (Im Theateraal.) Abends 8 Uhr: Frühlingstage an der Riviera. Invalidenstr. 57/62. Täglich: Sternwarte.

**Urania.** Taudenstr. 48/49. (Im Theateraal.) Abends 8 Uhr: Frühlingstage an der Riviera. Invalidenstr. 57/62. Täglich: Sternwarte.

**Urania.** Taudenstr. 48/49. (Im Theateraal.) Abends 8 Uhr: Frühlingstage an der Riviera. Invalidenstr. 57/62. Täglich: Sternwarte.

**Urania.** Taudenstr. 48/49. (Im Theateraal.) Abends 8 Uhr: Frühlingstage an der Riviera. Invalidenstr. 57/62. Täglich: Sternwarte.

**Urania.** Taudenstr. 48/49. (Im Theateraal.) Abends 8 Uhr: Frühlingstage an der Riviera. Invalidenstr. 57/62. Täglich: Sternwarte.

**Urania.**

Tauben-Strasse 48/49.

Im Theater um 8 Uhr:

Frühlingstage an der Riviera

Invalidenstr. 57/62.

Tägl. Sternwarte.

**Castans Panopticum**

Friedrich-Strasse 165.

Neu!! Der bedeutendste

Kraftturner

der Welt, der Berliner

Alex Meyer

Phänomenale Muskulatur!

**Central-Theater.**

Heute Sonnabend, den 18. Januar,

nachmittags 4 Uhr, halbe Preise,

jeder Erwachsene hat ein Kind frei:

Schneewittchen bei den 7 Zwergen.

Abends 7 1/2 Uhr:

**Das süße Wädel.**

Operette in 3 Akten von G. Reinhardt.

Sonntag, 19. Januar, nachm. 3 Uhr,

halbe Preise: Der Jägerbaron.

Abends 7 1/2 Uhr: Das süße Wädel.

**Thalia-Theater.**

Dresdenerstrasse 72/73.

Sonnabend, den 18. Januar 1902:

Mit vollständig neuer Ausstattung

zum erstenmal:

**Seine Kleine.**

Große Berliner Lustspielkomödie mit

Sefang und Tanz in 3 Akten.

Paula Worm u. G. Guido Thiescher,

Helmerding, Junfermann, Paulsenh.

Boja, Wamowski, Junfer Schap.

Anfang 7 1/2 Uhr.

Morgen u. folg. Tage: **Seine Kleine.**

**Carl Weiss-Theater.**

Große Frankfurterstr. 132.

Nachmittags 4 Uhr: Kindervorstellung

und der Menschenfresser. Kinder-

Mädchen mit Sefang in 5 Bildern.

Abends 8 Uhr:

**Schafpiel von Minna Richetti.**

Am 25. Male:

**Das Jungfernstift.**

Operette in 4 Akten nach einer Idee

des Paul de Rod. von Ernest Guinot.

Musik von Jean Gilbert.

Jeder Besucher der heutigen

Vorstellung erhält ein Souvenir.

Morgen: **Das Jungfernstift.**

**Metropol-Theater**

Heute

Sonnabend, den 18. Januar

Zweiter grosser

Metropol-Theater-Ball

Ballmusik:

Die vollständige Kapelle des Musik-

direktors Julius Einödhofer unter

dessen persönlicher Leitung.

Volständige Kapelle des 2. Garde-

Ulanen-Regiments unter Leitung

des Kgl. Musikdirektors Neesse.

**Glänzende Illumination!**

**Grosse Ueberraschungen!**

**Brillante Ball-Arrangements!**

Exquisite Weine und Sufferl.

Rauchen gestattet.

Preise der Plätze wie gewöhnlich.

Morgen Sonntag:

**'ne feine Nummer!**

**Apollo-Theater.**

Sensationeller Erfolg:

**Gratio u. Maud**

**Willi Walden**

**Stack u. Milton**

**D' Loischthaler**

**Georg Kaiser & Ilka Paulet**

**König Aqua.**

Anfang 8 Uhr.

**Passage-Theater.**

Die neueste Sensation!

**Damen-Luftkampf**

ausgeführt von 12 jungen

Damen.

Neu! Der Gesangs-

Humorist **Amon**

in seinen Zwerchfell er-

schütternden Bauerntypen.

Neu! **Schindler,**

der phänomenale Mund-

harmonika-Virtuose.

**Michel Mayer,**

der stärkste Mann der Welt,

zählt 1000 Mk. dem, der

seine Hanteln nachhebt.

16 erstkl. Nummern.

**Belle-Alliance-Theater.**

Die Dame aus Trouville.

Schwant u. Sefang u. Tanz in 3 Akten.

Hierauf: **Er.** Pariser Lebensbild

in einem Aufzuge.

Sonntag nachmittags 3 Uhr bei kleinen

Preisen: **Das Geheimnis der**

alten Mamsell.

**Casino-Theater.**

Vorführungstr. 37.

Debut der reizenden Schwedinnen

**Geschw. Lirée.**

Nur noch kurze Zeit „Weihnachten“.

Günther u.

Anfangsabend 8 Uhr, Sonntag 7 1/2 Uhr.

Sonntag nachm. 4 Uhr: Mutterlegen.

**W. Noacks Theater.**

Himmelsstrasse 16.

**Wegen Privatfestlichkeit**

keine Vorstellung.

Sonntag:

**Unser Liebling.**

**Apollo-Theater.**

Rixdorf, Hermannstr. 49.

Jeden Sonntag und Montag

**Große Theater-Vorstellung.**

Großer Saal und Garten

zu Vereinfachlichkeiten zu vergeben.

32712\* **Ph. Thomas.**

**Cirkus Renz-Konzert-Tunnel**

Karlstrasse.

Wochentags 7 Uhr. Nur erstklassige

Sonntag 5 Uhr. **Specialitäten. J. M. Hütt.**

Jeden Sonnabend nach der Vorstellung: **Tanz ohne Nachzahlung**

**SULLIMA CIGARETTEN**

Feinste Marken!

Jährliche Production: 163 Millionen.

**Matrapas**

feine Specialität zu 3-10 Pfg. p.Stück

garantirt rein u. blumig

In allen Specialgeschäften erhältlich.

**Gänsefleisch a Pfd. 60 Pf.**

Gänse-Knochenfleisch a Pfd. 40 Pf. — Gänseleuten, frisch und ge-

pöfelt, a Stück 90 Pf. — Gänsebauch a Pfd. 90 Pf. — Darmfleisch a Pfd. 80 Pf.

Gänsefleisch, Gänseleuten und Gänselebern. — Oederbrücker Fettsäuse —

Stopfgänse, täglich frisch und in großer Auswahl!

**Gänsefett!**

garantirt rein — hochfein im Geschmack! — Räucherleuten am Knochen

und Kollagen. — Pa. Spizgans und ohne Knochen. — Gänseleber-

würstchen, 3 Stück 25 Pf., Gänsefettwürstchen und Gänseleberwürstchen empfehlt

in adäquanter Güte zu den billigsten Preisen. 21076

**Hermann Leissner,**

Berlin C.,

Klosterstr. 93, 94 u. 95 und Eckhaus Kaiser Wilhelmstrasse II.

Central-Markthalle, Stand 26.

(Telephon Amt 7 — 3072)

**Sanssouci**

Kottbuserstr. 4a

Jeden Sonntag, Montag

und Donnerstag:

**Hoffmanns**

**Norddeutsche Säger**

Neu!

**Die Zillerthaler.**

Neu!

**Die Volkshühner.**

Nach jeder Vorstellung: **TANZ.**

Entre 50 und 75 Pf. Wochentags

Anfang 8 Uhr, Entre 30 u. 50 Pf.

Wochentags Vereinsmitglieder gültig und

